

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

22. JAHRGANG

NOVEMBER 1969



INHALT

Seite

Die Wahl zum Sechsten Deutschen Bundestag 257

Ausgaben des Landes und ihre Deckung im Jahre 1968 274

Gymnasien im Schuljahr 1968/69 278

Bodennutzung im Jahre 1969 282

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz 81*

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes 87*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint Band 188 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

DIE VERANLAGTEN EINKOMMEN UND IHRE BESTEUERUNG IN RHEINLAND-PFALZ IM JAHRE 1965

Umfang ca. 180 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis ca. 10,— DM

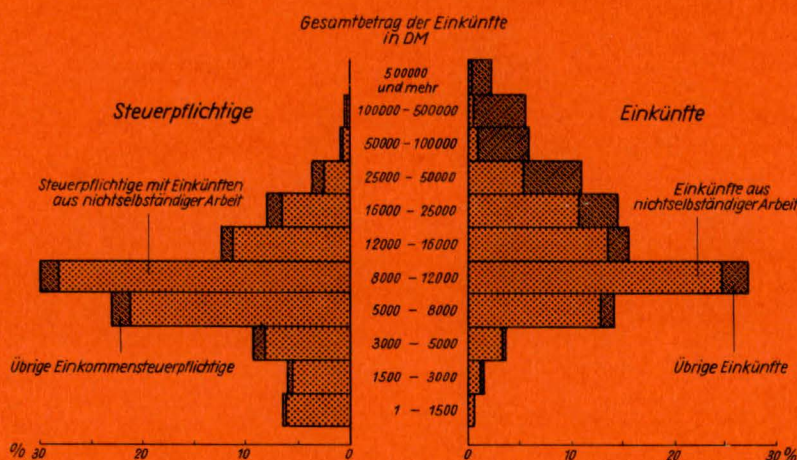
Nachdem die Resultate der Lohnsteuerstatistik 1965 bereits in Band 179 veröffentlicht worden sind, liegen mit der Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik Ergebnisse über das gesamte Einkommen und seine Besteuerung im Jahre 1965 vor. Die Palette des Gebotenen reicht von ausführlichen Angaben über Einkommensschichtungen und Einkommensquellen nach Wirtschaftsbereichen und Rechtsformen bis zu regionalen Strukturdaten und Angaben über die steuerliche Belastung der Einkünfte.

Eine Neuerung bringt der Band vor allem durch die erstmalige Zusammenfassung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen und deren Einkünfte zu einer einheitlichen Einkommenspyramide der natürlichen Personen und den Nachweis von Gemeindeergebnissen über die Einkünfte und Einkommensteuerschuld

der unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen. Diese bilden das Ausgangsmaterial für die Untersuchungen zur Gemeindefinanzreform und die Berechnung der Schlüsselzahlen für die Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 1. Januar 1970.

Dem Tabellenteil sind eingehende Erläuterungen der methodischen und steuerrechtlichen Grundlagen sowie die Hauptergebnisse mit anschaulichen Graphiken und Textübersichten vorangestellt.

Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 1965



Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- . = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich
- .. = Angabe sachlogisch nicht möglich
- ... = Angabe fällt später an

- Ø = Durchschnitt
- p = vorläufige Angabe
- r = berichtigte Angabe
- s = geschätzte Angabe

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,—; Jahresabonnement DM 20,—; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

22. Jahrgang

Heft 11

November 1969

Die Wahl zum Sechsten Deutschen Bundestag

Wahlergebnis in Rheinland-Pfalz und Wahlverhalten der Männer und Frauen
nach Altersgruppen

Dieser Beitrag befaßt sich mit den amtlichen Wahlergebnissen der Bundestagswahl 1969 in Rheinland-Pfalz, das heißt mit den Ergebnissen, die von den Wahlvorständen der 4 253 Wahlbezirke und den bei den Kreiswahlleitern eingesetzten 241 Briefwahlvorständen ermittelt, von den 16 Kreiswahlausschüssen und vom Landeswahlausschuß überprüft und amtlich festgestellt worden sind.

Darüber hinaus stützt sich dieser Bericht auf die Ergebnisse der nach § 52 des Bundeswahlgesetzes angeordneten repräsentativen Wahlstatistik. Mittels eines programmierten Zufallsauswahlverfahrens wurden für Rheinland-Pfalz 166 Wahlbezirke gezogen, in denen am Wahltag den männlichen und weiblichen Wählern entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu einer von vier Altersgruppen Stimmzettel mit aufgedruckten Unterscheidungsmerkmalen zur Stimmabgabe ausgegeben wurden. Die Auszählung dieser Stimmzettel, die über das unterschiedliche Wahlverhalten der Männer und Frauen in den verschiedenen Altersgruppen Aufschluß gibt, erfolgte im Statistischen Landesamt auf maschinellem Wege. In die repräsentative Wahlstatistik, deren Gesamtergebnis mit dem amtlichen Landesergebnis ohne Briefwahl sehr gut übereinstimmt, waren 5% der Wähler einbezogen. In einer weiteren 2%-Auswahl von 83 Wahlbezirken wurde in der Woche nach der Bundestagswahl an Hand der Wählerverzeichnisse die unterschiedliche Wahlbeteiligung der Männer und Frauen in verschiedenen Altersgruppen festgestellt.

Für die Durchführung der Bundestagswahl 1969 galt die Wahlkreiseinteilung der Bundestagswahl 1965 unverändert. Deckten sich 1965 - mit einer Ausnahme - die Wahlkreisgrenzen mit den Grenzen der Landkreise oder kreisfreien Städte, so zeigte sich als Folge der in Rheinland-Pfalz am 7. Juni 1969 in Kraft getretenen territorialen Verwaltungsreform, daß viele Landkreise zum Teil mehrfach, ja sogar Gemeinden von den Wahlkreisgrenzen durchschnitten wurden. Der Landkreis Bad Kreuznach war beispielsweise fünf Wahlkreisen zugeteilt. Dank der Mitwirkung der Kreiswahlleiter war es möglich, für die Landkreise, kreisfreien Städte und einzelne größere kreisangehörige Städte auch das Briefwahlergebnis zu ermitteln. Soweit nicht ausdrücklich anderes gesagt, enthalten

daher die in nachstehender Darstellung erwähnten Ergebnisse regionaler Gliederungen das Ergebnis der Briefwahl.

1. Wahlbeteiligung

Am 28. September 1969 waren 2,41 Millionen Wahlberechtigte in Rheinland-Pfalz aufgerufen, über die Zusammensetzung des Sechsten Deutschen Bundestages mitzuentcheiden. Gegenüber 1965 ist die Zahl der Wahlberechtigten nur um 7 000 Personen angestiegen. Unter den Wahlberechtigten befanden sich 150 000 junge Menschen, die erstmals zum Bundestag wählen durften. Rund 15% aller Wahlberechtigten waren jünger als 30 Jahre, fast doppelt so stark war die Gruppe der 60jährigen und älteren Personen. Unter 100 Wahlberechtigten befanden sich 54 Frauen.

a. Allgemeine Wahlbeteiligung: Das Interesse für die Bundestagswahl 1969 war in Rheinland-Pfalz wiederum sehr groß. Von ihrem Wahlrecht haben 2,1 Millionen Wähler Gebrauch gemacht. Diese hohe Teilnahme entspricht einer Wahlbeteiligung von genau 87% und ist nur wenig geringer als die von 1965 (88%).

Die Wahlbeteiligung lag wie bei den vorangegangenen Bundestagswahlen über dem Durchschnitt der Bundesländer (86,7%). 1965 übertraf sie um 1,2 Punkte, nunmehr um 0,3 Prozentpunkte die Ziffer des Bundesgebietes. Das Saarland weist mit 89,1% die höchste Wahlbeteiligung auf, Hessen nimmt mit 88,2% den zweiten Platz ein, während die Länder Baden-Württemberg und Bayern ebenso wie 1965 die geringste Wahlbeteiligung (85,1 bzw. 85,2%) verzeichneten.

b. Regionale Unterschiede: Die Wahlbeteiligungsziffern in den rheinland-pfälzischen Wahlkreisen streuten zwischen 84,9 und 88,7% gegenüber 85,1 und 90,0% im Jahre 1965. Die Wahlkreise Neuwied (88,7%) und Ahrweiler (88,6%) gehörten bereits 1965 zu den wahlfreudigsten, während in den Wahlkreisen Kaiserslautern (84,9%) und Pirmasens (85,4%) die Wahlbeteiligung am schwächsten war. Der Unterschied der Wahlbeteiligung von 1969 und 1965 bewegt sich zwischen einer leichten Zunahme bis 0,7 Prozentpunkte in zwei Wahlkreisen und einer Abnahme bis zu - 2,2 Prozentpunkten. Zunahmen verzeichneten der

Wahlkreis 159 Ludwigshafen, dessen Wahlbeteiligung mit 87,1% knapp über dem Landesdurchschnitt liegt, und der Wahlkreis 152 Kreuznach, dessen Wahlbeteiligung um 0,7 Punkte auf 86,4% angestiegen ist. Von dem stärksten Rückgang ist der Wahlkreis 162 Pirmasens mit 2,2 Minuspunkten betroffen, dessen Wahlbeteiligung auf 85,4% sank.

Innerhalb der Verwaltungskreise übersteigt nur die Wahlbeteiligung im Landkreis Ludwigshafen 90% (91,1%), während 1965 in neun der heutigen 28 Landkreise 90% und mehr der wahlberechtigten Bevölkerung zum Wählen gegangen waren. Unter den kreisfreien Städten hebt sich Frankenthal mit einer Wahlbeteiligung von 89,2% hervor. Der Abstand zu den kreisfreien Städten Pirmasens und Trier mit der niedrigsten Wahlbeteiligung (83,0%) macht über 6 Prozentpunkte aus. Die Spanne zwischen der Ziffer des Landkreises mit der höchsten und des Landkreises mit der geringsten Wahlbeteiligung (Zweibrücken 82,8%) umfaßt 8,3 Punkte.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 1965 ist unter den Landkreisen nur für Birkenfeld eine, wenn auch geringfügige, Zunahme der Wahlbeteiligung zu registrieren, wobei der Landkreis Birkenfeld wegen seiner unterdurchschnittlichen früheren Wahlbeteiligungsziffern bekannt ist. Mit 82,9% liegt die Ziffer um 1,4 Punkte höher als vor vier Jahren. Unter den kreisfreien Städten hatten Kaiserslautern, Ludwigshafen und Neustadt eine höhere Wahlbeteiligungsziffer als 1965; den stärksten Rückgang wies mit 2,3 Punkten Pirmasens auf.

1. Wahlbeteiligung der Männer und Frauen
nach Altersgruppen 1965 - 1969
(Repräsentativergebnis)

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Wahlbeteiligung ¹⁾		
		ins- gesamt	Männer	Frauen
21 - 25	B 1969	79,4	78,8	80,1
	B 1965	81,2	80,4	82,0
	L 1967	69,5	69,2	69,8
25 - 30	B 1969	85,5	85,2	85,9
	B 1965	84,8	84,8	84,9
	L 1967	73,0	72,0	74,1
30 - 35	B 1969	87,7	87,2	88,1
	B 1965	87,6	88,1	87,0
	L 1967	78,7	79,2	78,1
35 - 40	B 1969	89,8	90,8	88,9
	B 1965	90,2	90,6	89,8
	L 1967	81,3	82,6	79,9
40 - 45	B 1969	90,9	92,1	89,8
	B 1965	92,3	94,4	90,6
	L 1967	82,3	83,7	81,2
45 - 50	B 1969	90,8	92,4	89,7
	B 1965	91,6	93,4	90,3
	L 1967	80,6	84,7	77,8
50 - 60	B 1969	90,8	92,8	89,4
	B 1965	91,6	93,1	90,5
	L 1967	82,8	85,8	80,6
60 - 70	B 1969	89,6	92,0	87,7
	B 1965	90,3	92,3	88,8
	L 1967	81,0	85,0	78,0
70 und mehr	B 1969	82,3	86,9	79,5
	B 1965	84,2	89,6	80,9
	L 1967	70,6	75,7	67,5
Insgesamt	B 1969	88,0	89,4	86,9
	B 1965	88,6	89,9	87,6
	L 1967	78,5	80,4	76,8

1) Personen mit Stimmabgabe- und Wahlscheinvermerk in % der Wahlberechtigten.

c. Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter: Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht es, über die Wahlbeteiligung der Männer und Frauen sowie der einzelnen Altersgruppen Aussagen zu machen und Vergleiche mit früheren Jahren zu ziehen. Die repräsentativ ermittelten Wahlbeteiligungsziffern liegen geringfügig über den tatsächlichen, da in die Berechnung der Ziffern alle im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen, die einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen erhalten haben, einbezogen sind. Die Vernachlässigung des Umstandes, daß von 169 000 Wahlscheininhabern 4 500 weder brieflich noch persönlich zur Wahlurne gingen und die Wahlbriefe von 6 200 Briefwählern wegen Mängel zurückgewiesen wurden, verursacht einen geringeren Fehler als das Berechnungsverfahren, bei dem alle Wahlschein-Wahlberechtigten außer Ansatz bleiben.

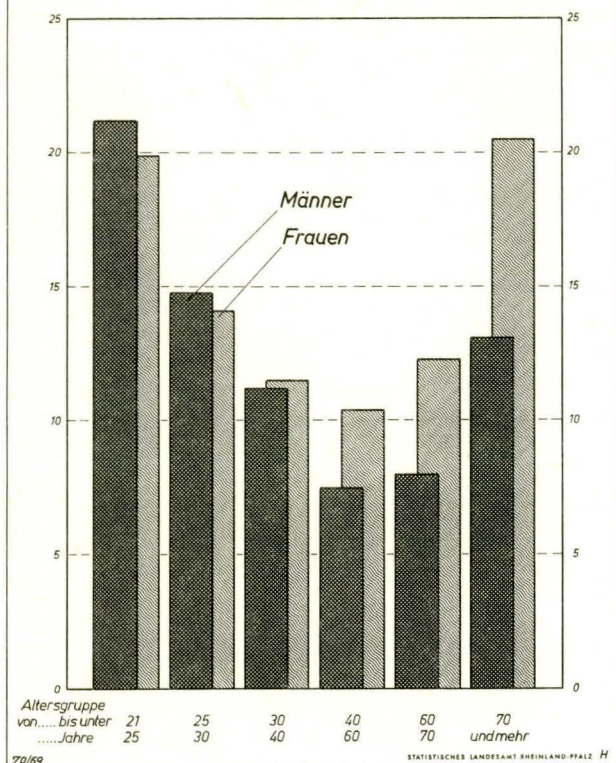
Wie schon bei den vorausgegangenen Wahlen beteiligten sich an der Wahl im Verhältnis mehr Männer als Frauen: Von 100 Männern gingen 89, von 100 Frauen 87 zur Wahlurne. Der Unterschied in der Höhe der Wahlbeteiligung der Männer und der Frauen hat sich seit 1953, wo die Ziffer der Männer um 5 Prozentpunkte höher als die der Frauen lag, reduziert.

Sieht man in der Wahlbeteiligung einen Gradmesser für die Teilnahme am politischen Geschehen, so sind die mittleren Altersgruppen am stärksten politisch interessiert. Mit zunehmendem Alter nimmt das Interesse ab. In die Augen springend ist jedoch die schon früher beobachtete weit geringere Wahlbeteiligung der Jugendlichen, deren Interesse zu wecken die Parteien sich stark engagiert hatten. Der Anteil der männlichen Nichtwähler im Alter von 21 bis 25 Jahren ist mit 21% am höchsten, sogar noch höher als der der weiblichen Nichtwähler im Alter von über 70 Jahren. Der Anteil der männlichen Nichtwähler sinkt mit zunehmendem Alter und erreicht bei den 40- bis 70jährigen den niedrigsten Stand, um von 70 an wieder anzusteigen. Auffallend niedrig ist der durchschnittliche Anteil der Nichtwähler unter 40- bis 70jährigen, der sich zwischen 7 und 8% bewegt. Die Wahlbeteiligung der Männer im höheren Alter entspricht aber immer noch dem Landesdurchschnitt von 87%. Bei den Frauen wird die höchste Wahlbeteiligung für die Altersgruppe der 40- bis 60jährigen ausgewiesen, nur 10% dieser Altersgruppe gingen nicht zum Wählen. Die geringste Wahlbeteiligung ist bei den jüngsten Frauen zu finden, deren Ziffer derjenigen der über 70jährigen Wählerinnen (79,5%) entspricht.

Die Wahlbeteiligung der Männer ist im allgemeinen größer als die der Frauen, und zwar im Durchschnitt um 2,5 Punkte. In den Altersgruppen der 21- bis 35jährigen ist kein merklicher Unterschied bezüglich der Wahlbeteiligung zu erkennen. Von den 35jährigen an differieren die Ziffern immer mehr, bis schließlich in der Altersgruppe der 70jährigen und älteren der Abstand zwischen den Ziffern für Männer und Frauen 7 Prozentpunkte erreicht: in dieser Gruppe ist der Anteil der weiblichen Nichtwähler um die Hälfte größer als der der gleichaltrigen Männer.

Schaubild 1
Die Nichtwähler nach Geschlecht und Altersgruppen

Im Wählerverzeichnis eingetragene Personen
ohne Stimmabgabe- und Wahlscheinvermerk in % der Wahlberechtigten



d. Briefwähler, Wahlscheinwähler: Nach den wahlrechtlichen Bestimmungen konnte jeder Wahlberechtigte, der verhindert war, am Wahltag in seinem Wahllokal zu wählen, auf Antrag einen Wahlschein erhalten, um in einem anderen Wahlraum seines Wahlkreises wählen zu können oder bei einem Wahlschein mit Briefwahlunterlagen brieflich zu wählen. Es steht außer Zweifel, daß die Einrichtung der Briefwahl, die 1957 eingeführt wurde, vielen sonst verhinderten Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts ermöglicht und zu dem Zustandekommen der hohen Wahlbeteiligungsziffern beigetragen hat.

Von Wahl zu Wahl ist die Zahl derer, die einen Wahlschein beantragt haben, größer geworden. Zur Bundestagswahl 1969 wurden rund 169 000 Wahlscheine ausgegeben, das sind 3 000 mehr als 1965, 33 000 mehr als 1961 und über 56 000 mehr als 1957. Auf die Wahlberechtigten bezogen sind damit 1957 an 5,1%, 1961 an 5,8%, 1965 an 6,9% und 1969 an 7,0% Wahlscheine erteilt worden. Die Zahl derer, die vor einem Wahlvorstand mit Wahlschein gewählt haben, wie Kranke vor einem beweglichen Wahlvorstand, ging seit 1957 erheblich, nämlich von 14 400 auf 7 200, zurück, ihr Anteil sank von 12,7 auf 4,3%. Die vermehrte Ausgabe von Briefwahlunterlagen steht auch damit im Zusammenhang, daß eine Vielzahl von Gemeinden darauf verzichtete, für Krankenhäuser bewegliche Wahlvorstände zu bilden, die Kranken vielmehr sofort mit Briefwahlunterlagen versah. Bezieht man die Zahl der Briefwähler (1957: 96 000;

1961: 123 000; 1965: 153 000; 1969: 157 000) auf die Wähler, so stieg ihr Anteil von 4,9 über 5,9 und 7,2 auf nunmehr 7,5%. Freilich konnten nicht alle bei den Kreiswahlleitern eingegangenen Wahlbriefe von den Briefwahlvorständen zugelassen werden; 6 200 Wahlbriefe wurden zurückgewiesen, in den meisten Fällen (zu 95%) deshalb, weil dem Wahlbrief kein gültiger Wahlschein oder kein mit der eidesstattlichen Versicherung versehener Wahlschein beigelegt war.

Wie die repräsentative Wahlstatistik zeigt, haben erwartungsgemäß die älteren Leute am häufigsten brieflich gewählt. Der Anteil der über 70jährigen Männer, für die ein Wahlschein ausgestellt wurde, beträgt 12%, der gleichaltrigen Frauen sogar 16%. Im übrigen überrascht es, daß sich die Jungwähler in so starkem Maße der Briefwahl bedient haben: ihr Anteil liegt mit 9% über dem Gesamtdurchschnitt von 7%.

2. Ungültige Stimmen

Von den rund 2 097 000 Wählern in Rheinland-Pfalz haben 49 000 eine ungültige Erststimme, 41 000 eine ungültige Zweitstimme abgegeben, das sind 33 000 ungültige Erststimmen und 17 000 ungültige Zweitstimmen weniger als 1965. Der Anteil der ungültigen Erststimmen sank seit 1965 von 3,9 auf 2,3%, während gleichzeitig der Anteil der ungültigen Zweitstimmen von 2,8 auf 2,0% zurückging. Der Anteil der Wähler, die mit ihren ungültigen Stimmen ihre Wahlentscheidung vertan haben, ist damit erfreulicherweise geringer geworden. Eine gleichartige Feststellung ist für das ganze Bundesgebiet zu treffen, bei einer Abnahme der ungültigen Erststimmen von 2,9 auf 2,4% ist ein Absinken der ungültigen Zweitstimmen von 2,4% auf 1,7% zu verzeichnen.

Innerhalb des Landes ist die Häufigkeit von ungültigen Erst- und Zweitstimmen sehr unterschiedlich, aber auch die Abweichungen zwischen den Prozentsätzen von Erst- und Zweitstimmen tendieren zu Extremwerten. Der Wahlkreis 159 Ludwigs-

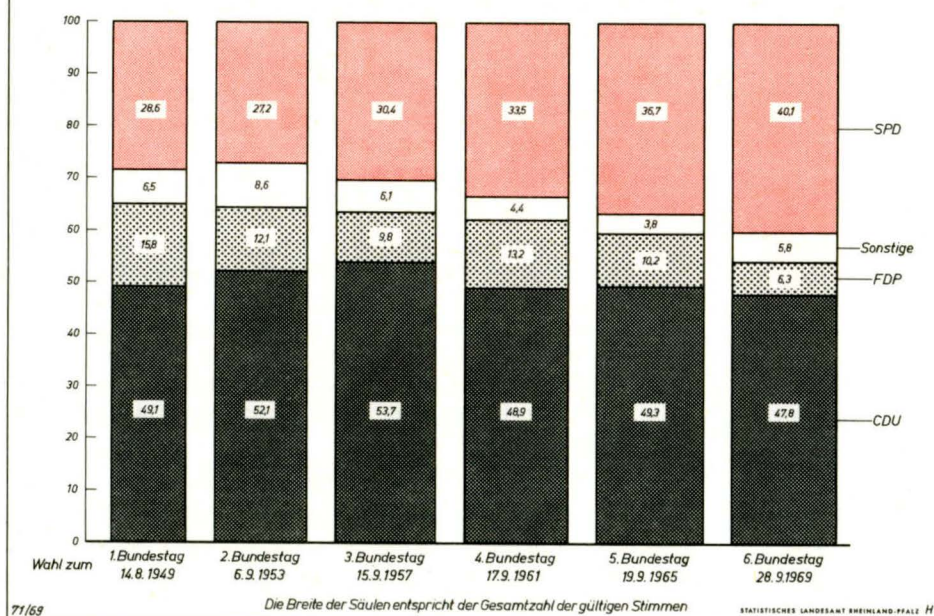
2. Anteil der ungültigen Erst- und Zweitstimmen 1953 - 1969

Art der Stimmen	1953	1957	1961	1965	1969
Erststimmen	4,4	3,4	3,4	3,9	2,3
Zweitstimmen	3,7	3,9	4,8	2,8	2,0

hafen hat mit 1,5% die wenigsten, der Wahlkreis 153 Bitburg mit 5,2% die meisten ungültigen Erststimmen; bei den Zweitstimmen bewegt sich der Anteil der ungültigen Stimmen zwischen 1,1% im Wahlkreis 156 Mainz und 3,0% im Wahlkreis 162 Pirmasens. Die Tatsache, daß in einem Wahlkreis zwischen ungültigen Erst- und Zweitstimmen prozentual keine Differenz besteht, ist ebenso interessant wie die Tatsache, daß in Wahlkreisen die Differenz in der einen oder anderen Richtung sehr hoch ist. So gab es im Wahlkreis 152 Kreuznach (mit 1,6%) Gleichheit im Prozentsatz der ungültigen Erst- und Zweitstimmen. In drei Wahlkreisen waren - im Gegensatz zum Landesdurchschnitt - un-

Schaubild 2

Stimmenverteilung bei den Bundestagswahlen 1949 - 1969



gültige Zweitstimmen häufiger als ungültige Erststimmen, 13 Wahlkreise verhielten sich entsprechend der allgemeinen Tendenz: Ungültige Erststimmen waren um vieles häufiger als ungültige Zweitstimmen. Einen Extremwert für den ersten Fall bietet der Wahlkreis 162 Pirmasens, wo der Anteil der ungültigen Zweitstimmen mit 3,0% den der Erststimmen um 0,8 Punkte übertraf. Einen Extremwert für den zweiten Fall haben wir im Wahlkreis 153 Bitburg, wo die Differenz 2,4 Punkte betrug (5,2% ungültige Erststimmen, 2,8% ungültige Zweitstimmen).

Die früheren, oft hohen Prozentsätze an ungültigen Stimmen bei Bundestagswahlen waren in Zusammenhang mit dem komplizierten Wahlsystem, das der Bundestagswahl zugrundeliegt, gebracht worden. Sicherlich haben Presse, Rundfunk und Fernsehen weitgehend mit Aufklärungsarbeit dazu beigetragen, daß ungültige Stimmabgaben aus mangelnder Kenntnis des Wahlverfahrens wesentlich geringer geworden sind. Auf Grund einer repräsentativen Untersuchung kann angenommen

werden, daß 1965 rund 0,3% aller Wähler deshalb ungültig gewählt haben, weil sie das Wahlverfahren mißverstanden haben. Dieser Prozentsatz ist neuerdings auf 0,2% gesunken. Im übrigen läßt sich feststellen, daß die Anteile an ungültigen Stimmen bei den jungen Wählern wesentlich geringer sind als bei den älteren. So liegt beispielsweise der Anteil der ungültigen Zweitstimmen in der Altersgruppe der Jungwähler von 21 bis 30 Jahren bei 1%, bei den Jungwählerinnen bei 1,5%, während er bei den über 60jährigen Wählern und Wählerinnen auf 2,3 bzw. 3,1% ansteigt. Im übrigen haben die männlichen Wähler weniger ungültige Stimmen verursacht als die weiblichen Wähler: 1,8% der Zweitstimmen waren bei den männlichen, 2,3% bei den weiblichen Wählern ungültig.

3. Stimmenverteilung

Zur Bundestagswahl hatten in Rheinland-Pfalz folgende Parteien Landeslisten eingereicht: Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD Freie Demokratische Partei FDP Aktion Demokratischer Fortschritt ADF Nationaldemokratische Partei Deutschlands NPD Der Wähler konnte sich mit seiner Zweitstimme für eine dieser Parteien entscheiden und so an der parteipolitischen Zusammensetzung des Sechsten Deutschen Bundestags mitwirken.

a. Landesergebnis: Wie im ganzen Bundesgebiet hat sich in Rheinland-Pfalz die Beständigkeit des Parteiensystems aufs neue bestätigt. Obwohl sich in Rheinland-Pfalz nur fünf Parteien - im Bund waren es nicht weniger als 12 - zur Wahl gestellt und um die Gunst der Wähler gestritten hatten, konnten die drei im bisherigen Bundestag vertretenen Parteien insgesamt 94,2% aller gültigen Zweitstimmen auf sich vereinigen. Die Wähler haben damit einer Stimmenzersplitterung wie auch den extremen Parteien NPD und ADF eine klare Absage erteilt. Der von NDP und ADF erzielte Stimmenanteil beträgt zusammen nur 5,8%. Der Anteil aller nicht im Bundestag vertretenen Parteien, die sich an den Bundestagswahlen beteiligten, sank auf Bundesebene seit 1953 von 16,5 auf 5,4%.

Die CDU ist in Rheinland-Pfalz wieder - mit einem Abstand von über 157 000 Stimmen - als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen, wenn es ihr auch nicht gelungen ist, das Stimmenergebnis von 1965 zu erreichen. Auf Grund einer Einbuße von rund 31 000 Stimmen, das bedeutet einen Stim-

3. Landesergebnis der Wahlen 1965 - 1969

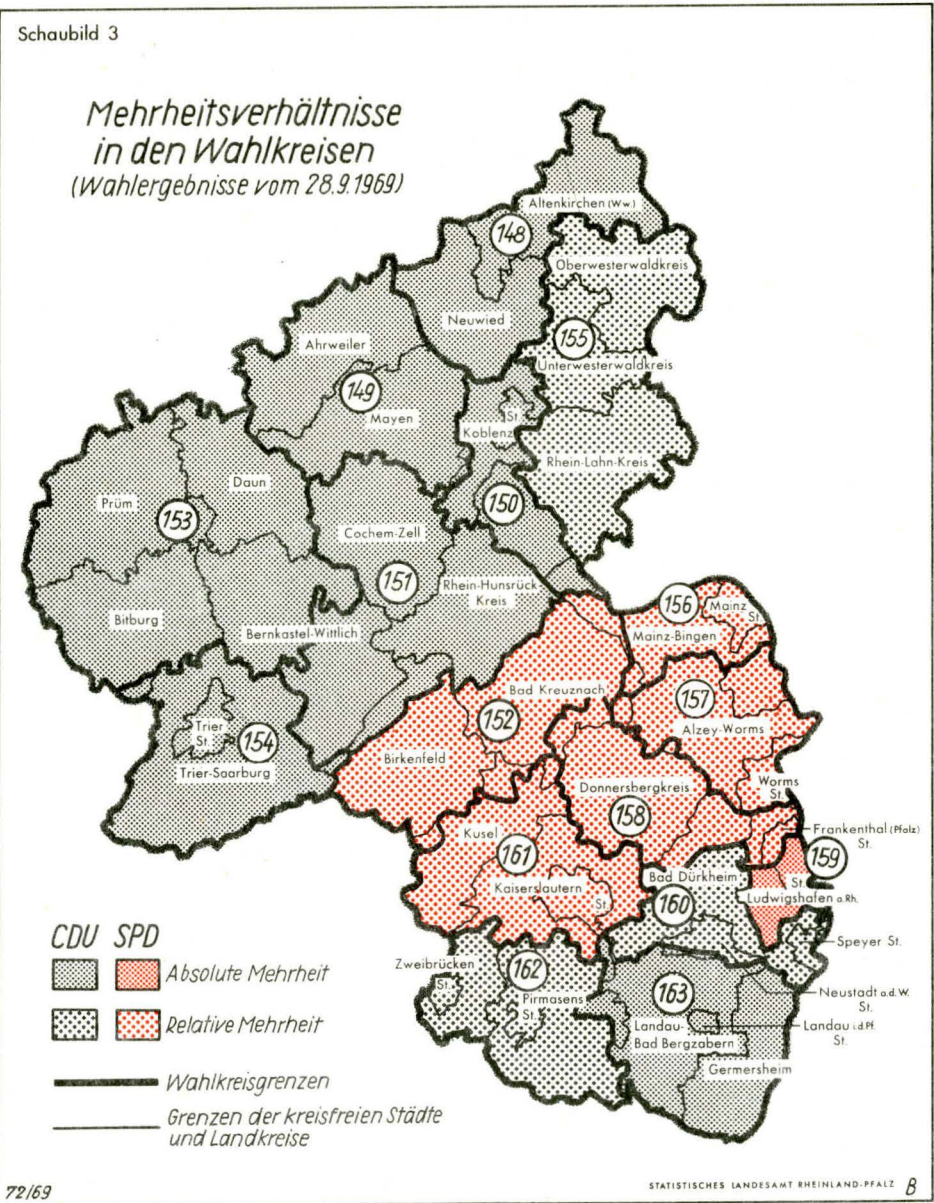
	Bundestagswahl 1969		Bundestagswahl 1965		Landtagswahl 1967	
	Zweitstimmen					
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	2 410 176	-	2 403 771	-	2 387 307	-
Wähler	2 097 308	87,0	2 114 311	88,0	1 872 966	78,5
Ungültige Stimmen	41 208	2,0	58 581	2,8	29 007	1,5
Gültige Stimmen	2 056 100	98,0	2 055 730	97,2	1 843 959	98,5
CDU	982 640	47,8	1 013 573	49,3	861 142	46,7
SPD	825 379	40,1	754 175	36,7	679 177	36,8
FDP	128 650	6,3	209 028	10,2	153 089	8,3
ADF / DFU	11 651	0,6	25 081	1,2	22 871	1,2
NPD	107 780	5,2	51 237	2,5	127 680	6,9
AUD	-	-	2 636	0,1	-	-

menverlust gegenüber 1965 um 3,1%, blieb die CDU unter der Marke von einer Million Wählern, die 1965 um 14 000 überschritten worden war. Mit insgesamt 983 000 Stimmen erzielte die CDU einen um 1,5 Prozentpunkte unter demjenigen von 1965 liegenden Stimmenanteil in Höhe von 47,8%. Von Bundestagswahl zu Bundestagswahl hat die zweitstärkste Partei im Lande, die SPD, sowohl ihren Wählerbestand vermehren als auch ihren Stimmenanteil erhöhen können. Im Jahre 1957 überschritt die SPD knapp 30%, kam bei der Bundestagswahl 1961 auf 33,5%, 1965 auf 36,7% und verdankt nun einem Zuwachs von 71 000 Stimmen, das sind 9,4% mehr als 1965, daß sie mit insgesamt 825 000 Stimmen die 40%-Marke überschritt und einen Stimmenanteil von 40,1% erzielte. Der Vorsprung der CDU vor der SPD im Lande Rheinland-Pfalz hat sich in dieser Zeitspanne verkürzt: 1957 lag die SPD um 23,3 Prozentpunkte, 1961 um 15,4, 1965 um 12,6 und jetzt um 7,7 Prozentpunkte hinter der CDU zurück. Die drittstärkste Partei im Lande, die FDP, hat ihren Wählerstamm von 1965 nicht halten können. Nur 129 000 Wähler gaben der FDP ihre Zweitstimme, das sind nur drei Fünftel der Wählerzahl von 1965. Dieser beachtliche Stimmenverlust hatte den Rückgang des FDP-Stimmenanteils von 10,2 auf 6,3%, um 3,9 Prozentpunkte, zur Folge. Die NDP, die zwei Jahre zuvor bei der

4. Stimmenanteile der Parteien bei den Bundestags- und Landtagswahlen 1947 - 1969

Wahl	CDU	SPD	FDP	Sonstige
L 1947	47,2	34,3	9,8	8,7
B 1949	49,1	28,6	15,8	6,6
L 1951	39,2	34,0	16,7	10,1
B 1953	52,1	27,2	12,1	8,6
L 1955	46,8	31,7	12,7	8,8
B 1957	53,7	30,4	9,8	6,1
L 1959	48,4	34,9	9,7	7,0
B 1961	48,9	33,5	13,2	4,4
L 1963	44,4	40,7	10,1	4,8
B 1965	49,3	36,7	10,2	3,8
L 1967	46,7	36,8	8,3	8,2
B 1969	47,8	40,1	6,3	5,8

Schaubild 3



letzten Landtagswahl in Rheinland-Pfalz mit 6,9% der gültigen Stimmen ihren Einzug in den rheinland-pfälzischen Landtag erzwingen hatte, kam bei der Bundestagswahl nicht auf den vor ihr erhofften Wahlerfolg. Mit einem Stimmenanteil von 5,2% war sie zwar erfolgreicher als 1965 (2,5%), blieb aber um 1,7 Prozentpunkte unter dem Ergebnis der Landtagswahl. Mit nur 12 000 Stimmen oder 0,6% der abgegebenen Zweitstimmen haben die rheinland-pfälzischen Wähler die ADF zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.

b. Wahlkreise und Verwaltungsbezirke: In 10 der 16 Wahlkreise blieb die CDU, in 5 Wahlkreisen die SPD die stärkste Partei, in einem Wahlkreis (Wahlkreis 156 Mainz) wechselte die Zweitstimmenmehrheit von der CDU zur SPD über. In 7 Wahlkreisen verfügte die CDU über die absolute Stimmenmehrheit, die von 50,3% im Wahlkreis 148 Neuwied bis 68,3% im Wahlkreis Bitburg reicht. Von den drei Wahlkreisen, in der die CDU die einfache Stimmenmehrheit besitzt, ist diese mit 46,7% im Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer

5. Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1965 - 1969

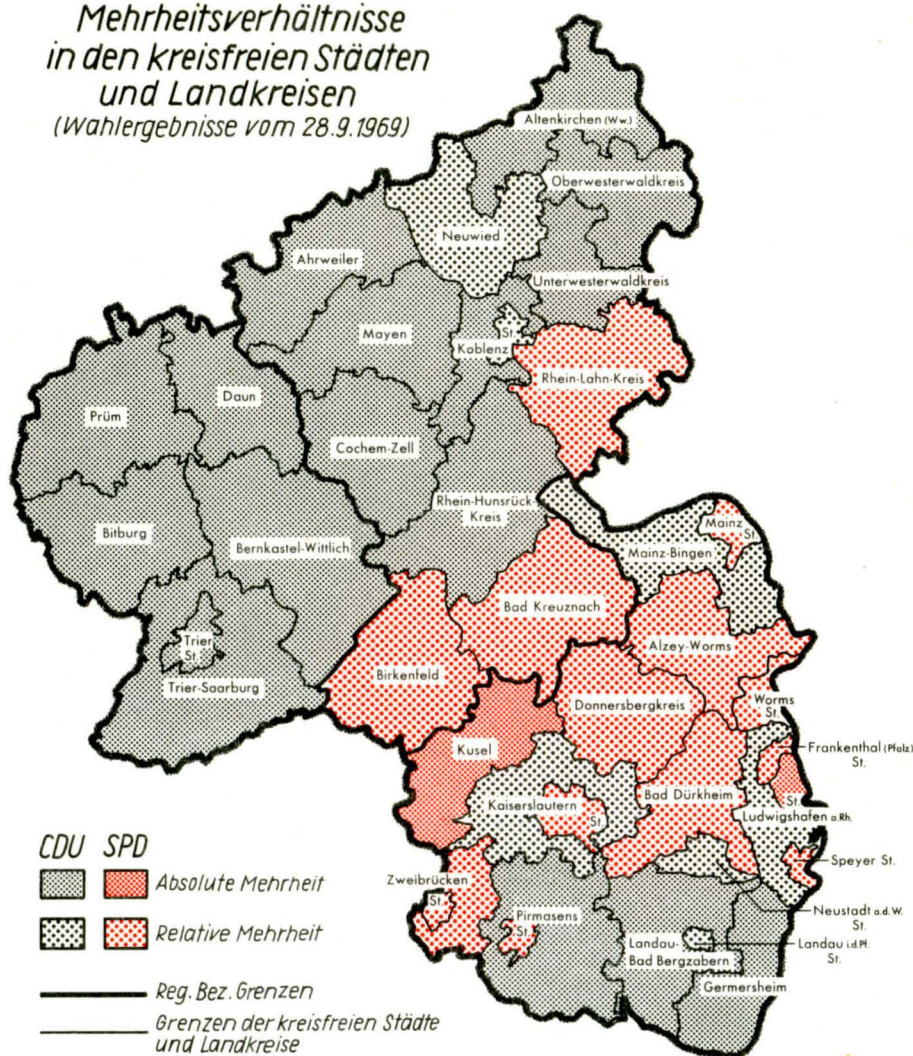
Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	FDP	NPD	Wahlkreis Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	FDP	NPD
Landesergebnis							Wahlkreis 163 Landau						
							B 1969	87,2	51,6	33,9	7,5	6,5	
							B 1965	89,2	51,3	32,6	11,3	3,5	
							L 1967	80,7	50,0	32,4	8,6	8,3	
Regierungsbezirksergebnisse							Regierungsbezirk Koblenz						
							B 1969	87,5	51,0	38,5	6,5	3,7	
							B 1965	88,5	53,1	34,2	10,4	1,3	
							L 1967	78,9	50,4	35,0	8,6	5,0	
Wahlkreisergebnisse							Regierungsbezirk Trier						
							B 1969	85,8	62,0	27,9	5,6	4,1	
							B 1965	87,4	66,4	23,7	8,1	1,1	
							L 1967	78,4	63,7	24,0	6,7	4,9	
							Regierungsbezirk Rheinhausen-Pfalz						
							B 1969	87,0	41,7	44,5	6,3	6,8	
							B 1965	87,7	41,9	42,0	10,5	3,8	
							L 1967	78,1	39,4	41,6	8,5	8,9	
Landkreisergebnisse							Landkreis Ahrweiler						
							B 1969	88,7	66,8	26,0	4,3	2,6	
							B 1965	90,0	72,1	19,0	7,3	0,8	
							L 1967	81,0	70,1	20,0	5,5	3,8	
							Landkreis Altenkirchen (Ww.)						
							B 1969	89,0	53,1	36,7	6,9	3,1	
							B 1965	90,5	57,3	31,9	9,4	0,8	
							L 1967	81,5	53,9	33,7	8,4	3,5	
							Landkreis Alzey-Worms						
							B 1969	87,3	33,6	45,7	8,0	12,4	
							B 1965	88,5	32,5	44,0	14,7	7,6	
							L 1967	80,2	28,9	44,0	11,5	14,4	
							Landkreis Bad Dürkheim						
							B 1969	86,9	41,2	44,7	5,9	7,6	
							B 1965	88,1	40,9	42,8	10,4	4,5	
							L 1967	79,4	37,9	42,6	8,7	9,4	
							Landkreis Bad Kreuznach						
							B 1969	88,0	39,5	46,2	8,6	5,3	
							B 1965	88,4	37,9	44,0	14,3	2,7	
							L 1967	78,3	36,2	43,4	11,8	7,6	
							Landkreis Bernkastel-Wittlich						
							B 1969	84,9	62,6	24,2	7,4	5,4	
							B 1965	86,5	68,2	20,0	10,0	1,3	
							L 1967	77,2	63,7	21,0	8,5	6,0	
							Landkreis Birkenfeld						
							B 1969	82,9	36,1	46,6	9,0	7,6	
							B 1965	81,5	32,6	45,8	17,1	3,1	
							L 1967	67,5	28,1	45,8	14,8	9,9	
							Landkreis Bitburg						
							B 1969	85,1	65,1	24,5	6,6	3,5	
							B 1965	86,9	70,4	20,0	8,4	0,6	
							L 1967	77,6	67,2	21,2	6,6	4,6	
							Landkreis Cochem-Zell						
							B 1969	89,4	70,6	21,6	4,5	3,1	
							B 1965	90,4	76,3	16,6	6,1	0,5	
							L 1967	83,2	72,8	18,1	4,7	3,8	
							Landkreis Daun						
							B 1969	88,0	70,5	22,6	4,3	2,5	
							B 1965	88,8	76,3	16,3	6,3	0,6	
							L 1967	80,4	74,1	16,6	5,1	3,7	
							Donnersbergkreis						
							B 1969	85,4	33,7	48,4	6,6	11,1	
							B 1965	85,9	31,7	48,6	12,2	6,5	
							L 1967	78,1	26,9	48,0	9,9	14,4	
							Landkreis Germersheim						
							B 1969	89,0	53,3	34,4	7,2	4,7	
							B 1965	90,5	53,9	33,4	9,5	2,0	
							L 1967	82,1	52,2	33,4	7,4	6,3	
Rheinland-Pfalz	B 1969	87,0	47,8	40,1	6,3	5,2							
	B 1965	88,0	49,3	36,7	10,2	2,5							
	L 1967	78,5	46,7	36,8	8,3	6,9							
Wahlkreisergebnisse													
Wahlkreis 148 Neuwied	B 1969	88,7	50,3	39,8	6,5	3,0							
	B 1965	90,0	53,5	35,1	9,8	0,7							
	L 1967	80,8	50,7	36,1	8,4	4,0							
Wahlkreis 149 Ahrweiler	B 1969	88,6	62,1	31,2	3,8	2,5							
	B 1965	89,9	66,3	25,8	6,4	0,7							
	L 1967	81,2	64,4	26,2	4,7	3,8							
Wahlkreis 150 Koblenz	B 1969	87,2	51,9	39,2	5,5	2,9							
	B 1965	88,8	55,7	33,6	8,6	1,1							
	L 1967	79,6	52,8	35,1	7,3	3,8							
Wahlkreis 151 Cochem	B 1969	85,9	58,3	27,5	9,1	4,8							
	B 1965	87,2	62,8	23,0	12,5	1,1							
	L 1967	78,5	57,7	24,7	11,0	5,9							
Wahlkreis 152 Kreuznach	B 1969	86,4	38,6	46,5	8,4	6,0							
	B 1965	85,7	36,2	44,8	15,0	2,7							
	L 1967	74,4	33,7	44,2	12,6	8,2							
Wahlkreis 153 Bitburg	B 1969	86,3	68,3	22,3	5,7	3,4							
	B 1965	88,0	73,8	17,7	7,3	0,7							
	L 1967	79,1	71,1	18,0	5,9	4,5							
Wahlkreis 154 Trier	B 1969	85,8	57,4	33,2	4,9	4,1							
	B 1965	87,6	60,8	29,3	7,9	1,3							
	L 1967	78,6	58,8	29,2	6,3	4,9							
Wahlkreis 155 Montabaur	B 1969	87,1	49,2	40,4	6,4	3,6							
	B 1965	88,2	50,0	36,7	10,9	1,5							
	L 1967	78,1	46,8	38,3	8,9	5,2							
Wahlkreis 156 Mainz	B 1969	88,1	42,0	45,7	7,2	4,3							
	B 1965	88,6	43,3	40,9	11,1	2,7							
	L 1967	79,0	40,9	41,8	9,4	6,2							
Wahlkreis 157 Worms	B 1969	87,4	35,7	46,7	7,3	9,5							
	B 1965	88,2	35,4	44,5	12,5	5,9							
	L 1967	79,4	32,4	44,2	10,3	11,4							
Wahlkreis 158 Frankenthal	B 1969	87,7	37,0	48,4	5,9	8,2							
	B 1965	88,7	36,0	47,6	10,3	4,9							
	L 1967	80,6	32,3	47,3	8,6	10,7							
Wahlkreis 159 Ludwigshafen	B 1969	87,1	36,2	53,9	4,8	4,1							
	B 1965	86,4	37,4	49,8	8,4	2,1							
	L 1967	75,4	35,1	49,9	6,7	6,0							
Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer	B 1969	87,9	46,7	41,6	5,3	5,6							
	B 1965	88,4	46,9	38,7	9,4	3,2							
	L 1967	80,2	45,4	38,4	7,4	7,1							
Wahlkreis 161 Kaiserslautern	B 1969	84,9	37,4	47,0	5,8	8,9							
	B 1965	85,1	36,4	45,6	10,6	4,9							
	L 1967	74,5	33,3	43,9	8,9	11,8							
Wahlkreis 162 Pirmasens	B 1969	85,4	47,0	38,4	6,0	8,0							
	B 1965	87,6	47,3	36,7	10,8	3,6							
	L 1967	76,2	44,8	35,3	7,7	10,9							

noch: 5. Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1965 - 1969

Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	FDP	NPD	Verwaltungsbezirk	Wahl	Wahl- betei- ligung	CDU	SPD	FDP	NPD
		%							%				
Landkreis Kaiserslautern	B 1969	86,7	45,4	40,3	5,2	8,6	Stadt Bad Kreuznach	B 1969	85,8	39,6	46,5	9,4	3,8
	B 1965	87,1	45,0	39,6	9,9	3,6		B 1965	86,4	38,2	42,3	15,9	2,2
	L 1967	77,4	41,2	38,6	7,7	11,1		L 1967	75,2	37,2	42,5	13,8	5,2
Landkreis Koblenz	B 1969	88,8	53,6	38,8	4,5	2,6	Stadt Bad Neuenahr- Ahrweiler	B 1969 ¹⁾	88,2	63,3	27,8	5,7	2,9
	B 1965	90,0	57,5	34,0	6,8	0,8		B 1965 ¹⁾	89,2	66,5	22,4	8,7	1,3
	L 1967	82,3	54,6	35,2	5,8	3,4		L 1967 ¹⁾	82,1	66,0	22,8	5,7	4,7
Landkreis Kusel	B 1969	84,0	28,8	52,3	5,7	11,5	Stadt Bingen	B 1969	90,3	49,1	40,4	6,6	3,7
	B 1965	85,6	26,6	53,6	10,3	7,2		B 1965 ¹⁾	91,4	50,3	36,4	9,9	2,1
	L 1967	74,0	23,8	48,9	8,4	15,8		L 1967 ¹⁾	83,6	48,4	38,3	7,5	4,8
Landkreis Landau- Bad Bergzabern	B 1969	86,2	51,9	32,2	7,9	7,7	Kreisfreie Stadt Frankenthal (Pfalz)	B 1969	89,2	40,2	49,9	5,0	4,2
	B 1965	89,0	50,8	31,2	12,5	4,3		B 1965	89,5	41,0	46,9	7,9	2,4
	L 1967	80,9	49,6	30,9	9,3	9,5		L 1967	80,7	38,7	47,0	6,7	6,1
Landkreis Ludwigshafen	B 1969	91,1	46,0	44,5	4,2	4,7	Stadt Idar-Oberstein	B 1969	84,6	34,4	50,3	8,4	6,1
	B 1965	91,7	47,1	42,1	7,3	2,0		B 1965 ¹⁾	83,7	28,8	49,5	16,9	3,3
	L 1967	84,8	44,3	42,7	5,8	5,8		L 1967 ¹⁾	69,5	25,1	50,9	13,4	8,8
Landkreis Mainz-Bingen	B 1969	88,7	43,5	42,5	7,8	5,8	Kreisfreie Stadt Kaiserslautern	B 1969	83,8	36,4	48,8	6,6	7,5
	B 1965	88,8	43,8	39,1	12,8	3,1		B 1965	82,8	36,0	44,4	11,9	4,5
	L 1967	80,5	41,2	40,3	10,3	7,3		L 1967	71,9	32,7	44,6	10,8	9,9
Landkreis Mayen	B 1969	88,6	58,2	35,5	3,4	2,4	Kreisfreie Stadt Koblenz	B 1969	85,0	47,8	42,5	6,0	3,4
	B 1965	89,9	61,8	31,0	5,7	0,6		B 1965	87,1	51,0	36,2	1,1	1,4
	L 1967	81,5	60,0	31,0	4,2	3,8		L 1967	76,0	48,2	38,0	8,4	4,2
Landkreis Neuwied	B 1969	88,5	48,1	42,2	6,2	3,0	Stadt Lahnstein	B 1969 ¹⁾	87,5	48,3	43,3	5,2	2,9
	B 1965	89,6	50,4	37,8	10,1	0,6		B 1965 ¹⁾	87,7	49,0	40,4	8,8	0,8
	L 1967	80,2	48,1	38,0	8,5	4,3		L 1967	79,5	48,9	38,5	7,6	3,8
Oberwesterwaldkreis	B 1969	86,3	50,6	38,8	6,7	3,5	Kreisfreie Stadt Landau i. d. Pfalz	B 1969	85,1	46,7	38,0	7,9	6,8
	B 1965	87,8	52,3	34,7	10,7	1,5		B 1965	85,4	46,4	34,5	12,8	4,7
	L 1967	76,8	47,8	37,5	8,8	4,9		L 1967	74,7	45,2	34,2	10,2	9,3
Landkreis Pirmasens	B 1969	88,9	58,1	30,7	4,6	6,3	Kreisfreie Stadt Ludwigshafen a. Rhein	B 1969	86,0	35,6	54,9	4,9	3,6
	B 1965	91,7	59,7	29,5	7,6	2,2		B 1965	85,3	37,1	50,4	8,2	2,0
	L 1967	83,5	56,6	28,2	6,0	8,5		L 1967	73,2	34,9	50,3	6,6	5,8
Landkreis Prüm	B 1969	86,2	73,4	18,4	5,1	2,9	Kreisfreie Stadt Mainz	B 1969	88,1	40,2	48,1	6,9	3,7
	B 1965	88,1	78,1	14,7	6,4	0,4		B 1965	88,5	42,5	42,3	10,0	2,7
	L 1967	80,0	75,3	14,5	5,4	4,2		L 1967	78,7	39,6	43,4	8,9	5,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	B 1969	87,1	52,1	32,5	11,4	3,6	Kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstr.	B 1969	88,7	46,1	40,6	5,9	6,4
	B 1965	88,2	55,0	28,2	15,1	1,0		B 1965	88,6	45,2	37,3	11,3	3,8
	L 1967	80,2	50,4	29,7	13,8	5,5		L 1967	81,6	45,0	36,4	8,3	8,0
Rhein-Lahn-Kreis	B 1969	85,8	41,3	46,3	7,2	4,8	Stadt Neuwied	B 1969	85,7	40,6	49,0	6,6	3,2
	B 1965	86,3	40,7	43,1	13,3	2,0		B 1965	87,0	41,2	44,6	12,2	0,9
	L 1967	76,0	37,0	44,7	10,8	6,6		L 1967	76,9	40,8	43,3	10,1	4,7
Landkreis Trier-Saarburg	B 1969	88,4	62,4	28,6	4,5	4,2	Kreisfreie Stadt Pirmasens	B 1969	83,0	41,0	42,6	6,1	9,0
	B 1965	90,2	67,3	24,4	6,7	1,1		B 1965	85,3	40,3	41,2	11,7	4,0
	L 1967	81,6	64,2	24,3	5,7	5,2		L 1967	70,5	37,5	39,2	7,9	12,8
Unterwesterwaldkreis	B 1969	89,7	58,7	33,6	5,0	2,2	Kreisfreie Stadt Speyer	B 1969	87,1	44,0	44,7	5,7	4,4
	B 1965	91,3	61,1	29,3	7,8	0,9		B 1965	87,3	44,0	41,9	8,9	2,8
	L 1967	82,2	59,2	30,3	6,3	3,4		L 1967	77,4	43,6	41,7	7,1	5,6
Landkreis Zweibrücken	B 1969	82,8	40,0	42,4	7,2	10,0	Kreisfreie Stadt Trier	B 1969	83,0	51,6	38,6	5,4	3,9
	B 1965	85,5	40,5	41,2	12,7	4,4		B 1965	84,8	53,5	34,9	9,1	1,5
	L 1967	73,4	38,3	38,6	8,8	13,2		L 1967	75,4	52,7	34,8	7,1	4,4
Ergebnisse der Städte mit 20 000 und mehr Einwohnern							Kreisfreie Stadt Worms	B 1969	87,0	37,8	48,9	6,1	5,9
								B 1965	87,9	39,0	45,8	8,9	3,8
								L 1967	77,8	36,9	44,4	8,1	7,9
Stadt Andernach	B 1969	88,3	50,2	42,7	4,6	2,4	Kreisfreie Stadt Zweibrücken	B 1969	84,4	36,4	45,8	8,0	9,0
	B 1965 ¹⁾	88,5	51,3	39,2	7,8	0,9		B 1965	85,1	35,9	42,3	14,7	5,8
	L 1967	81,2	50,6	37,9	6,3	4,3		L 1967	73,5	32,7	43,8	10,2	12,2

1) Ohne Briefwahl.

*Mehrheitsverhältnisse
in den kreisfreien Städten
und Landkreisen
(Wahlergebnisse vom 28.9.1969)*



am geringsten. Die SPD errang im Wahlkreis 159 Ludwigshafen mit 53,9% der Stimmen die absolute Mehrheit. Die geringste relative Mehrheit erbrachte der von der CDU überwechselnde Wahlkreis 156 Mainz mit 45,7%, in dem die CDU 1965 mit 43,3% die stärkste Partei gewesen war.

Die CDU, deren Stimmenanteil im Landesdurchschnitt gegenüber 1965 um 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen ist, schnitt in den einzelnen Wahlkreisen teils besser, teils schlechter ab. In fünf Wahlkreisen konnte die CDU eine Zunahme ihres Stimmenanteils erreichen, der sich zwischen 0,3 Punkten in den Wahlkreisen 157 Worms und 163 Landau und 2,4 Punkten im Wahlkreis 152 Kreuznach bewegt, in elf Wahlkreisen mußte sie Einbußen ihrer Anteilsziffern von 0,2 Punkten im Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer bis zu 5,5 Punkten im Wahlkreis 153 Bitburg hinnehmen. Im Gegensatz hierzu erhielt die SPD in allen Wahlkreisen Stimmenzuwachs, wodurch die Anteilsziffern von

0,8 (Wahlkreis 158 Frankenthal) bis zu 5,6 Prozentpunkten (Wahlkreis 150 Koblenz) zunahm. Die FDP hat im Wahlkreis 151 Cochem ihren höchsten Stimmenanteil (9,1%), nachdem der Wahlkreis 152 Kreuznach, der 1965 mit 15,0% den ersten Platz eingenommen hatte, durch den für die FDP stärksten Stimmenverlust nur noch über 8,4% der Stimmen verfügt. Der Wahlkreis 149 Ahrweiler zeigte sich auch bei dieser Wahl wieder als der FDP am wenigsten gewogen; hier erhielt die FDP nur noch 3,8% gegenüber 6,4% der Zweitstimmen im Jahre 1965. Im Wahlkreis Ahrweiler sind auch die NPD-Wähler relativ am schwächsten (2,5%) vertreten, den höchsten Stimmenanteil brachte der NPD der Wahlkreis 157 Worms mit 9,5% der Stimmen. Die Stimmenanteile der ADF variierten in den Wahlkreisen zwischen 0,3 und 1,0% (Wahlkreis 159 Ludwigshafen).

Bezieht man in den Vergleich auch das Ergebnis der Landtagswahl 1967 ein, so holte die SPD 1969 in allen Wahlkreisen zum Teil erheblich an Stimmen auf; überall nahm ihr Stimmenanteil zu.

Dank der im Vergleich zu 1967 höheren Wahlbeteiligung erhielt auch die CDU in allen Wahlkreisen 1969 mehr Stimmen als bei der Landtagswahl 1967, jedoch reichte dieser Zuwachs nicht in allen Wahlkreisen aus, um den CDU-Anteil zu verbessern. In fünf Wahlkreisen ging der Anteil zurück, am stärksten in den Wahlkreisen 153 Bitburg um 2,8 und 149 Ahrweiler um 2,3 Prozentpunkte. Die Zunahme der Stimmenanteile der SPD bewegte sich in den 16 Wahlkreisen zwischen 1,1 Punkten im Wahlkreis 158 Frankenthal und 5,0 Punkten im Wahlkreis 149 Ahrweiler, diejenige der CDU zwischen 0,6 im Wahlkreis 151 Cochem und 4,9 Punkten im Wahlkreis 152 Kreuznach.

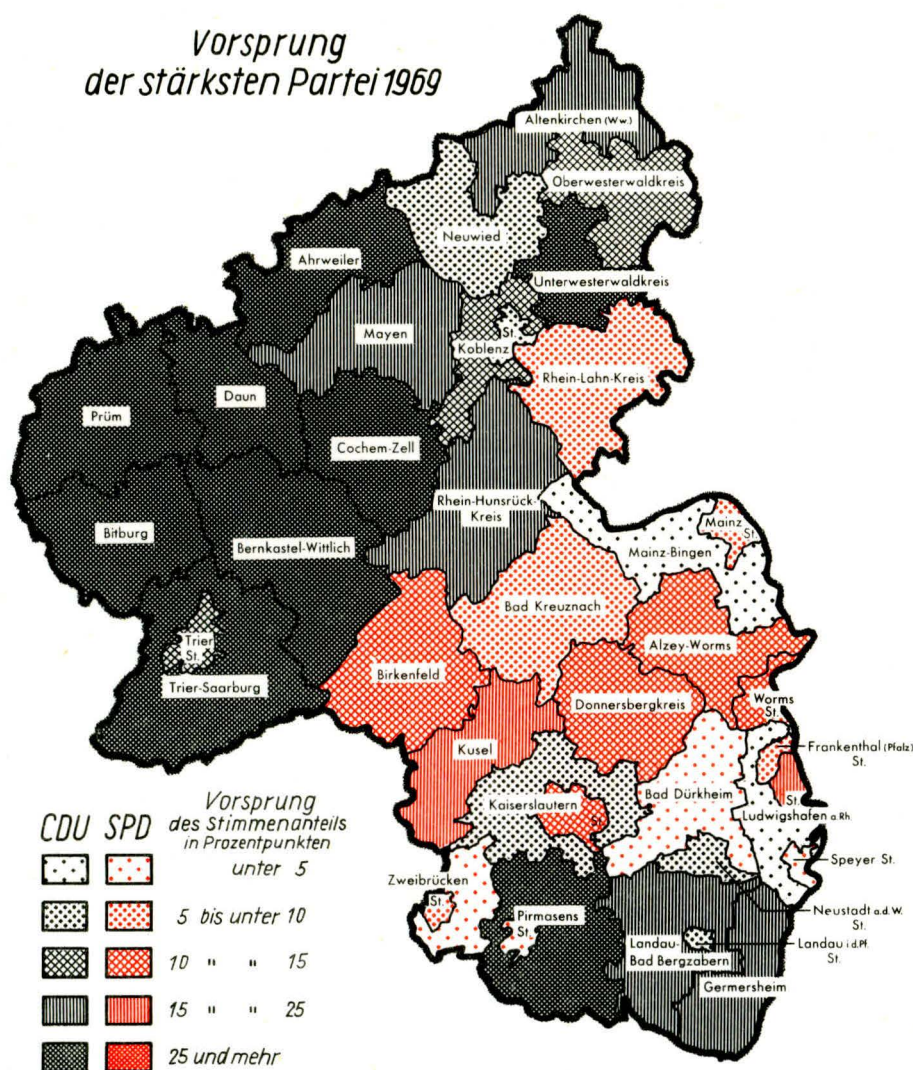
Innerhalb der 28 Landkreise ist - wieder verglichen mit der Bundestagswahl 1965 - das Bild der Stimmenveränderung sehr unterschiedlich. Den Mehrheitsverhältnissen nach verfügt die CDU in 20, die SPD in 8 Landkreisen über die Stimmenmehrheit. An dieser Tatsache hat sich gegenüber

6. Mehrheitsverhältnisse in den Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken 1965 - 1969
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

Land - Wahlkreis - Regierungsbezirk - Landkreis - Stadt	Bundestagswahl 1969 (Zweitstimmen)			Bundestagswahl 1965 (Zweitstimmen)			Landtagswahl 1967		
	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung	Partei	Anteil	Vor- sprung
Landesergebnis									
Rheinland-Pfalz	CDU	47,8	7,7	CDU	49,3	12,6	CDU	46,7	9,9
Wahlkreisergebnisse									
148 Neuwied	CDU	50,3	10,5	CDU	53,5	18,4	CDU	50,7	14,6
149 Ahrweiler	CDU	62,1	30,9	CDU	66,3	40,5	CDU	64,4	38,2
150 Koblenz	CDU	51,9	12,7	CDU	55,7	22,1	CDU	52,8	17,7
151 Cochem	CDU	58,3	30,8	CDU	62,8	39,8	CDU	57,7	33,0
152 Kreuznach	SPD	46,5	7,9	SPD	44,8	8,6	SPD	44,2	10,5
153 Bitburg	CDU	68,3	46,0	CDU	73,8	56,1	CDU	71,1	53,1
154 Trier	CDU	57,4	24,2	CDU	60,8	31,5	CDU	58,8	29,6
155 Montabaur	CDU	49,2	8,8	CDU	50,0	13,3	CDU	46,8	8,5
156 Mainz	SPD	45,7	3,7	CDU	43,3	2,4	SPD	41,8	0,9
157 Worms	SPD	46,7	11,0	SPD	44,5	9,1	SPD	44,2	11,8
158 Frankenthal	SPD	48,4	11,4	SPD	47,6	11,6	SPD	47,3	15,0
159 Ludwigshafen	SPD	53,9	17,7	SPD	49,8	12,4	SPD	49,9	14,8
160 Neustadt-Speyer	CDU	46,7	5,1	CDU	46,9	8,2	CDU	45,4	7,0
161 Kaiserslautern	SPD	47,0	9,6	SPD	45,6	9,2	SPD	43,9	10,6
162 Pirmasens	CDU	47,0	8,6	CDU	47,3	10,6	CDU	44,8	9,5
163 Landau	CDU	51,6	17,7	CDU	51,3	18,7	CDU	50,0	17,6
Regierungsbezirksergebnisse									
Koblenz	CDU	51,0	12,5	CDU	53,1	18,9	CDU	50,4	15,4
Trier	CDU	62,0	34,1	CDU	66,4	42,7	CDU	63,7	39,7
Rheinhesen-Pfalz	SPD	44,5	2,8	SPD	42,0	0,1	SPD	41,6	2,2
Landkreisergebnisse									
Ahrweiler	CDU	66,8	40,8	CDU	72,1	53,1	CDU	70,1	50,1
Altenkirchen (Ww.)	CDU	53,1	16,4	CDU	57,3	25,4	CDU	53,9	20,2
Alzey-Worms	SPD	45,7	12,1	SPD	44,0	11,5	SPD	44,0	15,1
Bad Dürkheim	SPD	44,7	3,5	SPD	42,8	1,9	SPD	42,6	4,7
Bad Kreuznach	SPD	46,2	6,7	SPD	44,0	6,1	SPD	43,4	7,2
Bernkastel-Wittlich	CDU	62,6	38,4	CDU	68,2	48,2	CDU	63,7	42,7
Birkenfeld	SPD	46,6	10,5	SPD	45,8	13,2	SPD	45,8	17,7
Bitburg	CDU	65,1	40,6	CDU	70,4	50,4	CDU	67,2	46,0
Cochem-Zell	CDU	70,6	49,0	CDU	76,3	59,7	CDU	72,8	54,7
Daun	CDU	70,5	47,9	CDU	76,3	60,0	CDU	74,1	57,5
Donnersbergkreis	SPD	48,4	14,7	SPD	48,6	16,9	SPD	48,0	21,1
Germersheim	CDU	53,3	18,9	CDU	53,9	20,5	CDU	52,2	18,8
Kaiserslautern	CDU	45,4	5,1	CDU	45,0	5,4	CDU	41,2	2,6
Koblenz	CDU	53,6	14,8	CDU	57,5	23,5	CDU	54,6	19,4
Kusel	SPD	52,3	23,5	SPD	53,6	27,0	SPD	48,9	25,1
Landau-Bad Bergzabern	CDU	51,9	19,7	CDU	50,8	19,6	CDU	49,6	18,7
Ludwigshafen	CDU	46,0	1,5	CDU	47,1	5,0	CDU	44,3	1,6
Mainz-Bingen	CDU	43,5	1,0	CDU	43,8	4,7	CDU	41,2	0,9
Mayen	CDU	58,2	22,7	CDU	61,8	30,8	CDU	60,0	29,0
Neuwied	CDU	48,1	5,9	CDU	50,4	12,6	CDU	48,1	10,1
Oberwesterwaldkreis	CDU	50,6	11,8	CDU	52,3	17,6	CDU	47,8	10,3
Pirmasens	CDU	58,1	27,4	CDU	59,7	30,2	CDU	56,6	28,4
Prüm	CDU	73,4	55,0	CDU	78,1	63,4	CDU	75,3	60,8
Rhein-Hunsrück-Kreis	CDU	52,1	19,6	CDU	55,0	26,8	CDU	50,4	20,7
Rhein-Lahn-Kreis	SPD	46,3	5,0	SPD	43,1	2,4	SPD	44,7	7,7
Trier-Saarlouis	CDU	62,4	33,8	CDU	67,3	42,9	CDU	64,2	39,9
Unterwesterwaldkreis	CDU	58,7	25,1	CDU	61,1	31,8	CDU	59,2	28,9
Zweibrücken	SPD	42,4	2,4	SPD	41,2	0,7	SPD	38,6	0,3
Ergebnisse der Städte mit 20 000 und mehr Einwohnern									
Andernach ¹⁾	CDU	50,2	7,5	CDU	51,3	12,1	CDU	50,6	12,7
Bad Kreuznach	SPD	46,5	6,9	SPD	42,3	4,1	SPD	42,5	5,3
Bad Neuenahr-Ahrweiler ¹⁾²⁾	CDU	63,3	35,5	CDU	66,5	44,1	CDU	66,0	43,2
Bingen ²⁾	CDU	49,1	8,7	CDU	50,3	13,9	CDU	48,4	10,1
Frankenthal (Pfalz)	SPD	49,9	9,7	SPD	46,9	5,9	SPD	47,0	8,3
Idar-Oberstein ²⁾	SPD	50,3	15,9	SPD	49,5	20,7	SPD	50,9	25,8
Kaiserslautern	SPD	48,8	12,4	SPD	44,4	8,4	SPD	44,6	11,9
Koblenz	CDU	47,8	5,3	CDU	51,0	14,8	CDU	48,2	10,2
Lahnstein ¹⁾	CDU	48,3	5,0	CDU	49,0	8,6	CDU	48,9	10,4
Landau i. d. Pfalz	CDU	46,7	8,7	CDU	46,4	11,9	CDU	45,2	11,0
Ludwigshafen a. Rhein	SPD	54,9	19,3	SPD	50,4	13,3	SPD	50,3	15,4
Mainz	SPD	48,1	7,9	CDU	42,5	0,2	SPD	43,4	3,8
Neustadt a. d. Weinstr.	CDU	46,1	5,5	CDU	45,2	7,9	CDU	45,0	8,6
Neuwied	SPD	49,0	8,4	SPD	44,6	3,4	SPD	43,3	2,5
Pirmasens	SPD	42,6	1,6	SPD	41,2	0,9	SPD	39,2	1,7
Speyer	SPD	44,7	0,7	CDU	44,0	2,1	CDU	43,6	1,9
Trier	CDU	51,6	13,0	CDU	53,5	18,6	CDU	52,7	17,9
Worms	SPD	48,9	11,1	SPD	45,8	6,8	SPD	44,4	7,5
Zweibrücken	SPD	45,8	9,4	SPD	42,3	6,4	SPD	43,8	11,1

1) 1965 ohne Briefwahl. - 2) 1967 ohne Briefwahl.

Vorsprung der stärksten Partei 1969



74/69

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ 8

1965 nichts geändert. Die CDU erzielte ihre Stimmenmehrheit in vier Landkreisen mit mehr als 40%, in neun Landkreisen mit mehr als 50%, in vier Landkreisen mit mehr als 60% und in drei Landkreisen mit mehr als 70% der Stimmen. Die Stimmenmehrheit der SPD lag in sieben Landkreisen zwischen 40 und 50% und nur in einem Landkreis über 50%. Den Landkreis Kaiserslautern ausgenommen hat die CDU in allen Landkreisen, in denen sie über die Mehrheit verfügt, einen Rückgang des Stimmenanteils erlitten, der zwischen 0,3 Prozentpunkten (Landkreis Mainz-Bingen) und 5,8 Prozentpunkten im Landkreis Daun schwankt. Neben Daun gibt es noch weitere vier Landkreise, in denen der Stimmenanteil der CDU um mehr als 5 Prozentpunkte zurückging. Die SPD hat nur in einem Landkreis (Donnersbergkreis um 0,2 Prozentpunkte) einen geringen Rückgang ihres Stimmenanteils zu verzeichnen. In 13 Landkreisen konnte die SPD ihren Stimmenanteil um mehr als 4 Prozentpunkte, im Landkreis Cochem-Zell um 5 Punkte, im Landkreis Daun um 6,3 und im Land-

kreis Ahrweiler sogar um 7 Prozentpunkte erhöhen. Abgesehen vom Landkreis Kaiserslautern, in dem bei CDU-Mehrheit die CDU ihren Stimmenanteil um 0,4 Prozentpunkte erhöhen konnte, gelang es ihr nur in Landkreisen mit SPD-Mehrheiten zu einer Erhöhung ihres Stimmenanteils zu kommen, der sich von 0,3 Prozentpunkten (Landkreis Bad Dürkheim) bis zu 3,5 Punkten (Landkreis Birkenfeld) erstreckt.

In 8 der 12 kreisfreien Städte besitzt die SPD, in 4 die CDU die Zweitstimmenmehrheit. Für die SPD brachte die Stadt Ludwigshafen den höchsten Stimmenanteil mit 54,9% bei einer gleichzeitigen Zunahme um 4,5 Prozentpunkte gegenüber 1965. Für die CDU hat die Stadt Trier den höchsten CDU-Stimmenanteil von 51,6%; gegenüber 1965 ist er um 1,9 Prozentpunkte zurückgegangen. In keiner kreisfreien Stadt erlitt die SPD eine Einbuße ihres Stimmenanteils, ihre Zunahme war in Koblenz mit 6,3 Prozentpunkten am stärksten. In 6 kreisfreien Städten fiel der CDU-Stimmenanteil bis zu 3,2 Punkten (Stadt Koblenz), in Speyer blieb der CDU-

Stimmenanteil unverändert (44,0%) und in 5 kreisfreien Städten konnte die CDU ihren Stimmenanteil, wenn auch nur geringfügig, verbessern.

c. Wahlentscheidung der Männer und Frauen nach Altersgruppen: Die Struktur ihrer Wähler zu kennen, ist das große Anliegen jeder Partei. Die repräsentative Wahlstatistik liefert hierzu Beiträge über das Wahlverhalten von Männern und Frauen, auch in der Gliederung nach Altersgruppen, auf Grund einer nachträglichen Auszählung der bei der Wahl verwendeten Stimmzettel mit aufgedruckten Unterscheidungsmerkmalen. Wegen des Erfordernisses der absoluten Wahrung des Wahlgeheimnisses mußten die Wähler wenigen Altersgruppen zugeordnet werden. Wie für die Bundestagswahl 1965 wurden 4 Altersgruppen gebildet, die der 21- bis unter 30jährigen, der 30- bis unter 45jährigen, der 45- bis unter 60jährigen und der über 60jährigen Wähler. Bei den folgenden Ergebnissen wird vom Landesergebnis ohne Briefwahl ausgegangen, da die Wahlbriefe in den repräsentativen Wahlbezirken

7. Zu- und Abnahme der Parteistimmen 1969 gegenüber 1965 und 1967

	Zunahme/Abnahme des Parteistimmenanteils 1969 gegenüber								Stimmenzu-/abnahme 1969 1)			
	1965				1967				in % von			
	CDU	SPD	FDP	NPD	CDU	SPD	FDP	NPD	CDU	SPD	CDU	SPD
Landesergebnis												
Rheinland-Pfalz	- 1,5	3,4	- 3,9	2,7	1,1	3,3	- 2,0	- 1,7	- 3,3	9,2	13,0	20,4
Wahlkreisergebnisse												
148 Neuwied	- 3,2	4,7	- 3,3	2,3	- 0,4	3,7	- 1,9	- 1,0	- 7,1	11,8	8,6	20,6
149 Ahrweiler	- 4,2	5,4	- 2,6	1,8	- 2,3	5,0	- 0,9	- 1,3	- 7,0	20,2	4,9	29,8
150 Koblenz	- 3,8	5,6	- 3,1	1,8	- 0,9	4,1	- 1,8	- 0,9	- 7,9	15,4	7,9	22,6
151 Cochem	- 4,5	4,5	- 3,4	3,7	0,6	2,8	- 1,9	- 1,1	- 7,5	18,9	7,7	20,5
152 Kreuznach	2,4	1,7	- 6,6	3,3	4,9	2,3	- 4,2	- 2,2	8,6	5,9	32,1	21,6
153 Bitburg	- 5,5	4,6	- 1,6	2,7	- 2,8	4,3	- 0,2	- 1,1	- 8,7	24,3	4,3	34,7
154 Trier	- 3,4	3,9	- 3,0	2,8	- 1,4	4,0	- 1,4	- 0,8	- 7,4	11,1	5,9	23,7
155 Montabaur	- 0,8	3,7	- 4,5	2,1	2,4	2,1	- 2,5	- 1,6	- 1,7	9,9	16,4	16,8
156 Mainz	- 1,3	4,8	- 3,9	1,6	1,1	3,9	- 2,2	- 1,9	- 2,9	11,9	14,4	21,9
157 Worms	0,3	2,2	- 5,2	3,6	3,3	2,5	- 3,0	- 1,9	0,3	4,5	20,7	15,6
158 Frankenthal	1,0	0,8	- 4,4	3,3	4,7	1,1	- 2,7	- 2,5	3,0	2,2	24,0	10,9
159 Ludwigshafen	- 1,2	4,1	- 3,6	2,0	1,1	4,0	- 1,9	- 1,9	- 1,7	9,8	19,0	24,3
160 Neustadt-Speyer	- 0,2	2,9	- 4,1	2,4	1,3	3,2	- 2,1	- 1,5	0,2	8,0	12,4	18,1
161 Kaiserslautern	1,0	1,4	- 4,8	4,0	4,1	3,1	- 3,1	- 2,9	3,6	4,3	27,7	21,7
162 Pirmasens	- 0,3	1,7	- 4,8	4,4	2,2	3,1	- 1,7	- 2,9	- 2,0	3,1	16,8	21,1
163 Landau	0,3	1,3	- 3,8	3,0	1,6	1,5	- 1,1	- 1,8	- 0,9	2,6	10,9	12,5
Regierungsbezirksergebnisse												
Koblenz	- 2,1	4,3	- 3,9	2,4	0,6	3,5	- 2,1	- 1,3	- 4,3	12,0	11,8	21,3
Trier	- 4,4	4,2	- 2,5	3,0	- 1,7	3,9	- 1,1	- 0,8	- 8,1	16,0	5,8	26,4
Rheinhausen-Pfalz	- 0,2	2,5	- 4,2	3,0	2,3	2,9	- 2,2	- 2,1	- 0,3	6,3	17,3	18,8
Landkreisergebnisse												
Ahrweiler	- 5,3	7,0	- 3,0	1,8	- 3,3	6,0	- 1,2	- 1,2	- 7,9	35,9	4,4	42,5
Altenkirchen (Ww.)	- 4,2	4,8	- 2,5	2,3	- 0,8	3,0	- 1,5	- 0,4	- 8,6	13,4	7,0	18,2
Alzey-Worms	1,1	1,7	- 6,7	4,8	4,7	1,7	- 3,5	- 2,0	2,4	2,8	25,4	12,3
Bad Dürkheim	0,3	1,9	- 4,5	3,1	3,3	2,1	- 2,8	- 1,8	0,8	4,4	18,6	14,3
Bad Kreuznach	1,6	2,2	- 5,7	2,6	3,3	2,8	- 3,2	- 2,3	4,7	5,6	21,8	19,0
Bernkastel-Wittlich	- 5,6	4,2	- 2,6	4,1	- 1,1	3,2	- 1,1	- 0,6	- 9,1	19,9	7,1	25,3
Birkenfeld	- 3,5	0,8	- 8,1	4,5	8,0	0,8	- 5,8	- 2,3	14,2	4,7	56,6	24,0
Bitburg	- 5,3	4,5	- 1,8	2,9	- 2,1	3,3	0,0	- 1,1	- 9,1	20,4	5,6	25,8
Cochem-Zell	- 5,7	5,0	- 1,6	2,6	- 2,2	3,5	- 0,2	- 0,7	- 7,9	29,5	3,8	27,9
Daun	- 5,8	6,3	- 2,0	1,9	- 3,6	6,0	- 0,8	- 1,2	- 7,8	38,4	3,9	48,9
Donnersbergkreis	2,0	- 0,2	- 5,6	4,6	6,8	0,4	- 3,3	- 3,3	7,3	0,7	35,6	9,4
Germersheim	- 0,6	1,0	- 2,3	2,7	1,1	1,0	- 0,2	- 1,6	2,1	2,1	9,9	10,9
Kaiserslautern	0,4	0,7	- 4,7	5,0	4,2	1,7	- 2,5	- 2,5	1,6	2,7	22,9	16,7
Koblenz	- 3,9	4,8	- 2,3	1,8	- 1,0	3,6	- 1,3	- 0,8	- 7,5	13,1	6,3	19,5
Kusel	2,2	- 1,3	- 4,6	4,3	5,0	3,4	- 2,7	- 4,3	8,0	- 2,7	36,3	20,7
Landau-Bad Bergzabern	1,1	1,0	- 4,6	3,4	2,3	1,3	- 1,4	- 1,8	- 0,5	0,7	10,4	10,1
Ludwigshafen	- 1,1	2,4	- 3,1	2,7	1,7	1,8	- 1,6	- 1,1	- 1,8	6,5	11,3	11,9
Mainz-Bingen	- 0,3	3,4	- 5,0	2,7	2,3	2,2	- 2,5	- 1,5	- 0,1	9,3	16,3	16,2
Mayen	- 3,6	4,5	- 2,3	1,8	- 1,8	4,5	- 0,8	- 1,4	- 6,5	13,5	5,2	24,1
Neuwied	- 2,3	4,4	- 3,9	2,4	0,0	4,2	- 2,3	- 1,3	- 5,5	10,7	10,0	22,3
Oberwesterwaldkreis	- 1,7	4,1	- 4,0	2,0	2,8	1,3	- 2,1	- 1,4	- 3,6	11,2	17,9	15,2
Pirmasens	- 1,6	1,2	- 3,0	4,1	1,5	2,5	- 1,4	- 2,2	- 4,8	1,6	8,4	14,8
Prüm	- 4,2	3,8	- 1,7	2,2	- 1,4	4,0	- 0,7	- 1,6	- 7,8	23,3	4,1	35,3
Rhein-Hunsrück-Kreis	- 2,9	4,3	- 3,7	2,6	1,7	2,8	- 2,4	- 1,9	- 5,8	14,8	11,7	18,7
Rhein-Lahn-Kreis	0,6	3,2	- 6,1	2,8	4,3	1,6	- 3,6	- 1,8	2,0	7,8	25,0	16,0
Trier-Saarburg	- 4,9	4,2	- 2,2	3,1	- 1,8	4,3	- 1,2	- 1,0	- 8,9	15,3	5,0	27,2
Unterwesterwaldkreis	- 2,4	4,3	- 2,8	1,3	- 0,5	3,3	- 1,3	- 1,2	- 4,4	14,1	7,7	20,3
Zweibrücken	- 0,5	1,2	- 5,5	5,6	1,7	3,8	- 1,6	- 3,2	- 2,6	1,4	15,5	21,3
Ergebnisse der Städte mit 20 000 und mehr Einwohnern												
Andernach ²⁾	- 1,1	3,5	- 3,2	1,5	- 0,4	4,8	- 1,7	- 1,9	- 2,2	8,7	7,4	22,1
Bad Kreuznach	1,4	4,2	- 6,5	1,6	2,4	4,0	- 4,4	- 1,4	3,8	10,2	21,1	24,6
Bad Neuenahr-Ahrweiler ²⁾³⁾	- 3,2	5,4	- 3,0	1,6	- 2,7	5,0	0,0	- 1,8	- 5,1	23,5	2,9	30,5
Bingen ³⁾	- 1,2	4,0	- 3,3	1,6	0,7	2,1	- 0,9	- 1,1	- 3,1	10,0	9,8	13,9
Frankenthal (Pfalz)	- 0,8	3,0	- 2,9	1,8	1,5	2,9	- 1,7	- 1,9	- 1,0	7,2	14,7	17,1
Idar-Oberstein ³⁾	5,6	0,8	- 8,5	2,8	9,3	- 0,6	- 5,0	- 2,7	22,3	3,8	66,5	19,9
Kaiserslautern	0,4	4,4	- 5,3	3,0	3,7	4,2	- 4,2	- 2,4	3,4	12,3	29,7	27,4
Koblenz ²⁾	- 3,2	6,3	- 4,1	2,0	- 0,4	4,5	- 2,4	- 0,8	- 7,8	15,4	10,8	25,0
Lahnstein	- 0,7	2,9	- 3,6	2,1	- 0,6	4,8	- 2,4	- 0,9	- 1,5	7,2	8,3	23,2
Landau	0,3	3,5	- 4,9	2,1	1,5	3,8	- 2,3	- 2,5	1,5	11,1	17,8	26,6
Ludwigshafen a. Rhein	- 1,5	4,5	- 3,3	1,6	0,7	4,6	- 1,7	- 2,2	- 2,5	10,5	19,4	27,6
Mainz	- 2,3	5,8	- 3,1	1,0	0,6	4,7	- 2,0	- 2,0	- 5,2	14,0	13,4	24,1
Neustadt a. d. Weinstr.	0,9	3,3	- 5,4	2,6	1,1	4,2	- 2,4	- 1,6	2,9	10,0	11,2	21,0
Neuwied	- 0,6	4,4	- 5,6	2,3	- 0,2	5,7	- 3,5	- 1,5	- 2,1	8,9	11,0	26,4
Pirmasens	0,7	1,4	- 5,6	5,0	3,5	3,4	- 1,8	- 3,8	- 0,1	1,8	28,0	27,2
Speyer	0,0	2,8	- 3,2	1,6	0,4	3,0	- 1,4	- 1,2	0,7	7,3	13,2	20,2
Trier	- 1,9	3,7	- 3,7	2,4	- 1,1	3,8	- 1,7	- 0,5	- 5,6	8,3	6,9	21,1
Worms	- 1,2	3,1	- 2,8	2,1	0,9	4,5	- 2,0	- 2,0	- 3,4	6,4	14,0	22,6
Zweibrücken	0,5	3,5	- 6,7	3,2	3,7	2,0	- 2,2	- 3,2	1,7	8,5	26,9	19,3

1) Unter Ausschaltung des Einflusses der Zu-/Abnahme der Zahl der Wahlberechtigten. - 2) 1965 ohne Briefwahl. - 3) 1967 ohne Briefwahl.

aus Gründen der Wahrung des Wahlgeheimnisses nicht mit Unterscheidungsmerkmalen ausgegeben werden konnten.

Betrachtet man zunächst das Wahlergebnis der Männer und Frauen ohne Rücksicht auf ihre altersmäßige Zusammensetzung, so wird schon hier der bemerkenswerte Unterschied der Wahlentscheidungen deutlich. Von den Männern gaben 41,2% der CDU, 43,9% der SPD, 6,5% der FDP und 7,5% der NPD ihre Stimme. Von den Frauen dagegen wählten 52,6% CDU, 37,7% SPD, 5,6% FDP und 3,4% NPD. Zum erstenmal bei einer Bundestagswahl ist es der SPD geglückt, in Rheinland-Pfalz die Mehrheit der Männerstimmen auf sich zu vereinigen, während die CDU wiederum die absolute Mehrheit der Frauenstimmen behielt. Die Differenz zwischen den Anteilsziffern der Männer und Frauen, die bei der CDU 11,4 Prozentpunkte zugunsten der weiblichen Wähler, bei der SPD 6,2, bei der FDP 0,9 und bei der NPD 4,1 Punkte zugunsten der männlichen Wähler ausmacht, zeigt die unterschiedliche Resonanz der Parteien bei Männern und Frauen.

Vergleicht man die Wahlergebnisse der Männer und Frauen im Verlaufe der Bundestagswahlen von 1953 bis 1969, so ist zunächst eine auffallende Parallelität in der Tendenz der Wahlentscheidungen festzustellen. Das Schaubild bringt diesen Sachverhalt deutlich zum Ausdruck. Die Stimmenanteilsziffern der Männer und der Frauen bewegten sich im zeitlichen Vergleich immer im gleichen Sinne. Bei der CDU verläuft die Kurve des weiblichen Stimmenanteils um rund 11 Punkte oberhalb

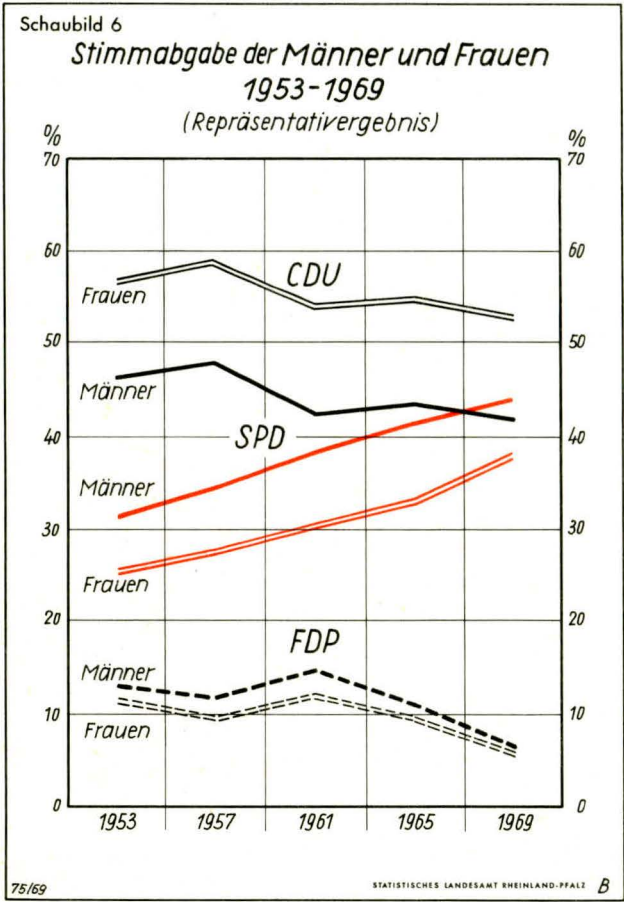
8. Wahlentscheidung der Männer und Frauen 1953 - 1969
(Repräsentativergebnis)

Partei	Jahr	Insgesamt	Männer	Frauen
CDU	1953	52,0	46,3	56,9
	1957	53,8	48,2	58,7
	1961	48,5	42,4	53,9
	1965	49,5	43,3	54,8
	1969	47,3	41,2	52,6
SPD	1953	27,8	31,0	25,1
	1957	30,5	34,1	27,3
	1961	34,0	38,1	30,3
	1965	36,7	41,2	32,8
	1969	40,6	43,9	37,7
FDP	1953	12,0	12,9	11,3
	1957	10,4	11,5	9,4
	1961	13,1	14,4	11,9
	1965	10,1	10,6	9,6
	1969	6,0	6,5	5,6
Sonstige	1953	8,2	9,8	6,7
	1957	5,2	6,2	4,5
	1961	4,4	5,1	3,9
	1965	3,8	4,8	2,9
	1969	6,0	8,4	4,0

der Kurve des männlichen Stimmenanteils. Die Kurve der SPD-Stimmenanteile der Männer bewegt sich oberhalb derjenigen ihrer weiblichen Wähler, und zwar in einem Abstand, der zwischen 6 und 8 Prozentpunkten schwankt. Auch bei der FDP folgen die Anteilsziffern der weiblichen Wähler in leicht variierendem Abstand der Tendenz der Kurve der Wahlentscheidungen der Männer.

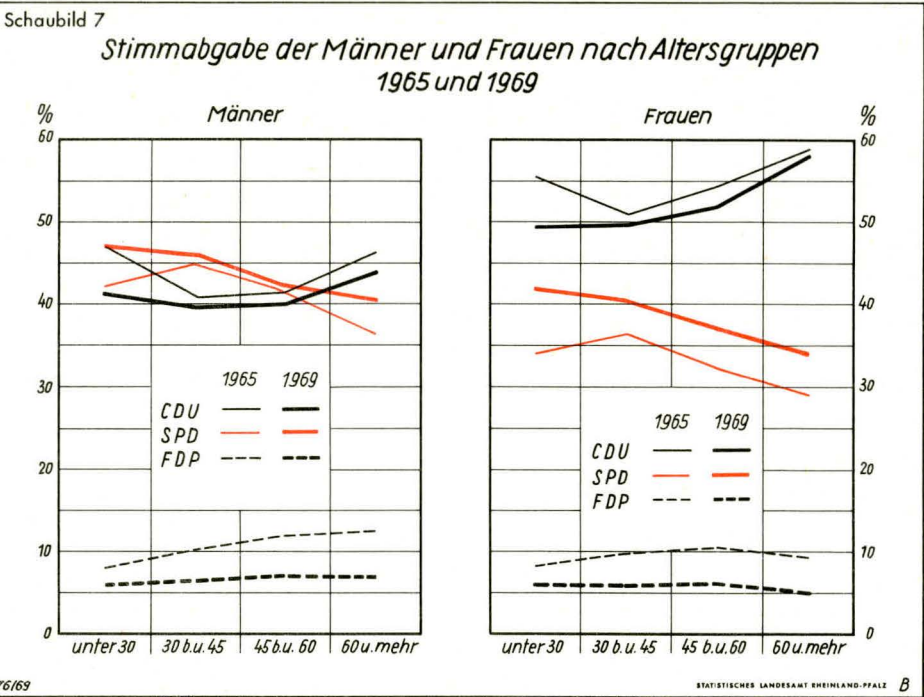
Bereits aus dem unterschiedlichen Wahlverhalten der Männer und Frauen läßt sich auf die verschiedenartige Geschlechterproportion der Wähler der genannten Parteien schließen. Hätten Männer und Frauen sich mit gleichen Anteilen für die Parteien entschieden, so müßte - auf Grund der zahlenmäßigen Geschlechterrelation der Wähler - auf 100 männliche 120 weibliche Wähler treffen. Dies ist jedoch bei keiner Partei der Fall. Die CDU ist die einzige Partei, bei der die Relation noch weit stärker zugunsten der weiblichen Wähler ausschlägt. Treffen bei ihr auf 100 Wähler 145 Wählerinnen, so setzt sich die Wählerschaft der SPD und FDP fast zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen zusammen. Auf 100 SPD- bzw. FDP-Wähler treffen 98 SPD- bzw. 99 FDP-Wählerinnen. Die rechts-extreme NPD wird wesentlich stärker von Männern als von Frauen gewählt; nur ein Drittel der NPD-Wähler sind Frauen. Das Zahlenverhältnis der Zusammensetzung der Wählerschaft nach Männern und Frauen hat sich gegenüber 1965 für die CDU nicht verschoben, dagegen für die übrigen Parteien. Die Tatsache, daß an dem guten Abschneiden der SPD die Frauen noch stärker als die Männer beteiligt sind, drückt sich darin aus, daß nunmehr auf 100 SPD-Wähler 98 SPD-Wählerinnen kommen, während es 1965 nur 91 waren. Bei den FDP-Wählern gab es 1965 noch ein leichtes Übergewicht des weiblichen Wählerstammes.

Stimmenrückgang bei der CDU und Stimmen-gewinn bei der SPD haben den allgemeinen Vorsprung der CDU vor der SPD von 12,8 Punkten im Jahre 1965 auf nunmehr 6,7 Punkte verringert. Nachdem die SPD bei der Wahl 1969 die Mehrheit der Männerstimmen gewinnen konnte, ist der bisherige Vorsprung der CDU in Höhe von 2,1 Punk-



ten zugunsten der SPD umgeschlagen, die jetzt bei den Männerstimmen mit einem Vorsprung von 2,7 Punkten führt. Von der weiblichen Wählerschaft wird die CDU nach wie vor stark bevorzugt. Der Stimmenanteil von 52,6% der weiblichen Wählerstimmen gibt der CDU hier einen Vorsprung vor der SPD von nahezu 15 Punkten. Die SPD hat den 1953 noch um das Doppelte größeren Abstand verringern können, indem sie in diesem Zeitraum den Stimmenanteil ihrer weiblichen Wählerschaft von 25 auf fast 38% erhöhte. Der CDU-Anteil sank im gleichen Zeitraum um 4 Prozentpunkte. Der Gewinn der SPD an weiblichen Wählern ist in diesem Zeitraum somit zu einem großen Teil auf Kosten der FDP-Wählerinnen erfolgt.

Die einzelnen Parteien werden nicht nur von Männern und Frauen, sondern auch von jüngeren und älteren Wählern unterschiedlich bevorzugt. So erhielt die CDU bei der Bundestagswahl 1969 von den über 60jährigen Männern 44% der Stimmen, von den unter 30jährigen 41,4%, von den beiden anderen Altersgruppen 40%. Die größte Präferenz genießt die CDU bei den über 60jährigen weiblichen Wählern mit 57,8%, auch von den 45- bis 60jährigen wird die CDU mit absoluter Mehrheit (von nahezu 52%) gewählt, die bei den Wählerinnen der jüngsten und darauffolgenden Altersgruppe nur knapp unterschritten wird. Der SPD brachten die jüngsten männlichen Wähler mit 47% den höchsten Stimmenanteil, kaum minder stark war die SPD von den Wählern der Altersgruppe



der 30- bis 45jährigen Männer bevorzugt (46,2%). Die 45- bis 60jährigen Männer wählten die SPD mit dem gleichen Stimmenanteil wie die jüngsten weiblichen Wähler (42,2%). Die geringste SPD-Anhängerschaft ist bei den über 60jährigen Frauen zu finden, die nur zu 34% der SPD ihre Stimme gaben. Für die FDP haben im Verhältnis mehr Männer der beiden älteren Altersgruppen (fast 7%), am wenigsten die über 60jährigen Frauen (5%) gestimmt. Der NPD fielen die höchsten Stimmenanteile von den Wählern im Alter zwischen 45 und 60 Jahren (10%) sowie von den über 60jährigen Wählern (7,5%) zu. Auf Seiten der männlichen Wähler hatte die NPD bei den jüngsten die geringste Anziehungskraft (5,1%); dies gilt noch mehr für die gleichaltrigen weiblichen Wähler (2,3%).

Der Stimmenzuwachs der SPD gegenüber 1965 beruhte vor allem darauf, daß 1969 weit mehr als bisher unter 30jährige Männer und Frauen diese Partei gewählt haben. Die CDU hat bei den Wählern dieser Altersgruppe über 5 Prozentpunkte eingebüßt. Der Linkstrend der jüngsten Wähler führte der SPD auf der Männerseite 5 Prozentpunkte, auf der Frauenseite sogar 7,9 Punkte zu. Die veränderten Stimmenanteile haben auf der Seite der Wählerinnen den Vorsprung der CDU vor der SPD reduziert: er ist am größten bei den über 60jährigen mit 24 Prozentpunkten (1965: 30 Punkte), am geringsten bei den jüngsten Wählerinnen mit 7,4 Prozentpunkten (1965: 21,2 Punkte). Ein Vorsprung der CDU vor der SPD war 1965 bei den Wählern der jüngsten und der ältesten Altersgruppe der Männer mit 5,0 bzw. 10,0 Punkten vorhanden. Die Bundestagswahl 1969 brachte der CDU nur noch bei den älteren Wählern einen Vorsprung von 3,6 Prozentpunkten, während die SPD bei den jüngsten einen Vorsprung von 5,6 Punkten gewinnen und bei den 30- bis 45jährigen den Vorsprung auf 6,4 Punkte erweitern konnte.

9. Zahlenverhältnis von Wählern und Wählerinnen nach Altersgruppen 1965 - 1969 (Repräsentativergebnis)

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Auf 100 Männer treffen ... Frauen					
		Gültige Stimmen	CDU	SPD	FDP	NPD	Ungültige Stimmen
21 - 30	B 1969	97	116	87	98	44	146
	B 1965	98	116	80	104	37	103
	L 1967	96	120	82	105	37	93
30 - 45	B 1969	96	120	84	89	50	102
	B 1965	106	132	86	101	41	132
	L 1967	101	134	85	107	49	112
45 - 60	B 1969	133	173	117	117	58	146
	B 1965	128	170	99	113	37	189
	L 1967	129	180	110	119	56	121
60 und mehr	B 1969	128	168	107	95	50	173
	B 1965	127	162	101	98	38	119
	L 1967	125	176	99	93	51	78
Insgesamt	B 1969	114	145	98	99	52	142
	B 1965	115	145	91	104	39	135
	L 1967	113	153	94	106	50	102

10. Wahlentscheidung der Männer und Frauen
nach Altersgruppen 1965 - 1969
(Repräsentativergebnis)

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Wahl	Von 100 gültigen Stimmen der vorstehenden Altersgruppe entfielen auf				Von 100 Stimmen waren ungültig
		CDU	SPD	FDP	NPD	
Männer						
21 - 30	B 1969	41,4	47,0	5,7	5,1	1,0
	B 1965	47,0	42,0	7,8	2,1	2,0
	L 1967	42,8	41,6	6,5	7,8	0,9
30 - 45	B 1969	39,8	46,2	6,3	6,9	1,6
	B 1965	40,8	44,4	10,2	3,2	2,0
	L 1967	37,7	42,7	7,5	10,6	1,4
45 - 60	B 1969	40,0	42,2	6,9	10,0	2,1
	B 1965	41,1	41,3	11,8	4,1	2,2
	L 1967	36,5	39,7	9,0	12,5	1,8
60 und mehr	B 1969	44,0	40,4	6,8	7,5	2,3
	B 1965	46,3	36,3	12,2	3,2	3,8
	L 1967	40,5	40,4	9,8	7,1	2,1
Zusammen	B 1969	41,2	43,9	6,5	7,5	1,8
	B 1965	43,3	41,2	10,6	3,2	2,5
	L 1967	39,0	41,2	8,2	9,7	1,6
Frauen						
21 - 30	B 1969	49,4	42,0	5,8	2,3	1,5
	B 1965	55,3	34,1	8,2	1,3	2,1
	L 1967	53,3	35,4	7,1	3,0	0,9
30 - 45	B 1969	49,6	40,4	5,8	3,6	1,7
	B 1965	50,9	36,2	9,8	2,1	2,5
	L 1967	49,9	36,0	7,9	5,1	1,6
45 - 60	B 1969	51,9	37,1	6,0	4,4	2,2
	B 1965	54,5	32,1	10,4	1,9	3,2
	L 1967	51,1	33,9	8,3	5,5	1,7
60 und mehr	B 1969	57,8	33,8	5,0	2,9	3,1
	B 1965	59,0	28,9	9,3	1,6	3,5
	L 1967	56,8	31,7	7,2	2,9	1,3
Zusammen	B 1969	52,6	37,7	5,6	3,4	2,3
	B 1965	54,8	32,8	9,6	1,8	2,9
	L 1967	52,6	34,2	7,7	4,3	1,4
Männer und Frauen						
21 - 30	B 1969	45,4	44,5	5,7	3,7	1,2
	B 1965	51,1	38,1	8,0	1,7	2,0
	L 1967	48,0	38,5	6,8	5,4	0,9
30 - 45	B 1969	44,6	43,4	6,0	5,3	1,7
	B 1965	46,0	40,2	10,0	2,7	2,3
	L 1967	43,9	39,3	7,7	7,8	1,5
45 - 60	B 1969	46,8	39,3	6,4	6,8	2,2
	B 1965	48,6	36,1	11,0	2,8	2,7
	L 1967	44,7	36,4	8,6	8,6	1,7
60 und mehr	B 1969	51,7	36,7	5,8	4,9	2,8
	B 1965	53,4	32,1	10,6	2,3	3,6
	L 1967	49,6	35,6	8,4	4,8	1,7
Insgesamt	B 1969	47,3	40,6	6,0	5,3	2,0
	B 1965	49,5	36,7	10,1	2,5	2,7
	L 1967	46,3	37,4	8,0	6,9	1,5

d. Briefwahlergebnis: Bei allen Bundestagswahlen stellte sich heraus, daß die politische Struktur der Briefwähler nicht der allgemeinen Wählerstruktur entsprach. Auch bei der Wahl 1969 zeigt das Briefwahlergebnis, daß der Stimmenanteil der CDU um 4,5 Prozentpunkte größer, der Stimmenanteil der SPD um 4,1 Punkte kleiner als der im Land erreichte Stimmenanteil ist. Die 1965 ermittelte Differenz von 6 bzw. 6,4 Prozentpunkten hat sich damit bei beiden Parteien verkleinert. Der Anteil der FDP unter den Briefwählern weicht um 1,3 Punkte von ihrem Gesamtanteil ab. Von 100 Briefwählern hatten 52,3 (1965: 55,3) der CDU, 36,0 (30,3) der SPD, 7,6 (11,0) der FDP, 0,5 (1965: DFU 1,1) der ADF und 3,5 (2,2) der NPD ihre Zweitstimme gegeben.

4. Die erfolgreichen Wahlkreisbewerber

Jeder Wähler hatte neben seiner Zweitstimme, die er der von ihm bevorzugten Partei geben sollte, eine Erststimme zur Wahl eines Wahlkreisabgeordneten. Die einfache Stimmenmehrheit genügte, um dem erfolgreichen Kandidaten das Direktmandat zu sichern.

In den Wahlkreisen von Rheinland-Pfalz hatten - wie im ganzen Bundesgebiet - nur die von der CDU und von der SPD vorgeschlagenen Bewerber Aussichten, Mandate zu erringen. Tatsächlich ist im ganzen Bundesgebiet kein Kandidat einer anderen Partei gewählt worden. Doch haben sich in einer Reihe von Wahlkreisen die Erststimmenverhältnisse so verändert, daß es der SPD im Bundesgebiet gelang, mehr Direktmandate (127) als CDU/CSU (121) zu gewinnen: 34 Wahlkreise wechselten zum SPD-Kandidaten, nur einer zum CDU/CSU-Kandidaten. In Rheinland-Pfalz konnte die CDU von den 11 bisher innegehaltenen Direktmandaten 10 wieder erringen, der Wahlkreis 156 Mainz ging an den Kandidaten der SPD verloren, deren Kandidaten damit in 6 Wahlkreisen die Mehrheit der Erststimmen innehaben.

Die in Rheinland-Pfalz erfolgreichen CDU- und SPD-Direktkandidaten hatten vor ihren Rivalen eindeutigen Stimmenvorsprung. Den größten Vorsprung hatte der CDU-Kandidat im Wahlkreis 153 Bitburg mit fast 48 000 Stimmen, bei der SPD war der Kandidat des Wahlkreises 159 Ludwigshafen mit einem Vorsprung von mehr als 23 000 Stimmen am erfolgreichsten. Den geringsten Stimmenvorsprung hatte der SPD-Kandidat des Wahlkreises 156 Mainz, der dem CDU-Kandidaten verloren ging, mit etwas mehr als 3 800 Stimmen, während der CDU-Kandidat mit dem geringsten Stimmenvorsprung es im Wahlkreis 160 Neustadt-Speyer auf einen Vorsprung von 8 000 Stimmen brachte.

Da der Gesetzgeber dem Wähler zwei Stimmen gab, eine zur Wahl der Partei, eine zur Wahl einer Persönlichkeit in seinem Wahlkreis, kommt einem Vergleich der Erst- mit den Zweitstimmen innerhalb eines Wahlkreises, vor allem der Erststimmen des gewählten Bewerbers mit den auf die Partei des gewählten Bewerbers entfallenden Zweitstimmen, besondere Bedeutung zu. Im ganzen Land konnten die Wahlkreiskandidaten der CDU über 8 000 Erststimmen mehr für sich buchen, als die CDU Zweitstimmen erreichte. Der Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen beträgt bei der SPD sogar mehr als 18 000 zugunsten der Wahlkreisbewerber. Andererseits sind auf die von der FDP aufgestellten Wahlkreisbewerber 20 000 Stimmen weniger als auf die Partei selbst entfallen. Für Kandidaten der NPD sind nahezu 15 000 Erststimmen weniger abgegeben worden, als die NPD Zweitstimmen erhalten hat. Lediglich die Wähler der extremen Linkspartei ADF scheinen fast ausnahmslos die Erststimme ihrem aussichtslosen Wahlkreisbewerber gegeben zu haben. Einem Plus an Erststimmen der CDU und SPD in Höhe von 26 000 Stimmen steht ein Minus an Erststimmen bei den übrigen Parteien in Höhe von 34 000 Stimmen gegenüber. Die Differenz geht auf das Konto

11. Stimmenzahl und Stimmenvorsprung
der erfolgreichen Kreiswahlvorschläge 1969

Wahlkreis	Stimmenzahl		Stimmen- vorsprung
	Anzahl	%	
CDU-Direktmandate			
153 Bitburg	70 413	68,5	47 624
149 Ahrweiler	78 787	62,0	37 724
151 Cochem	58 125	58,0	29 844
154 Trier	71 040	57,3	28 280
163 Landau	65 145	52,0	22 331
148 Neuwied	81 270	52,0	19 668
150 Koblenz	71 651	52,1	16 121
155 Montabaur	79 813	49,8	14 375
162 Pirmasens	52 133	47,1	8 691
160 Neustadt-Speyer	58 853	48,0	8 000
SPD-Direktmandate			
159 Ludwigshafen	70 010	54,9	23 322
161 Kaiserslautern	72 767	49,4	17 956
157 Worms	57 279	47,8	13 834
158 Frankenthal	50 613	49,9	13 404
152 Kreuznach	66 404	51,0	12 994
156 Mainz	71 982	46,4	3 824

der ungültigen Erststimmen, die um rund 8 000 über der Zahl der ungültigen Zweitstimmen lagen.

Wertet man einen Vorsprung an Stimmen, den ein gewählter Wahlkreisbewerber vor seiner Partei erhalten hat, als Erfolg der Persönlichkeit des Gewählten, so kann in Rheinland-Pfalz der SPD-Kandidat im Wahlkreis 152 Kreuznach als der erfolgreichste angesehen werden. Die Tatsache, daß er 5 856 Stimmen (1965 sogar 9 505 Stimmen) mehr als seine Partei und damit die absolute Erststimmenehrlichkeit erhielt, ist ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, daß die Parteien, deren Kandidaten keine Erfolgchancen hatten oder auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichteten, in hohem Maße sich für diesen Kandidaten entschieden haben. Zählt man auch die Kandidaten, deren Stimmenzahl die ihrer Partei um 1 000 übersteigt, zu den in Rheinland-Pfalz besonders erfolgreichen, so sind die Kandidaten der CDU in den Wahlkreisen 148 Neuwied (+ 2 713), 160 Neustadt-Speyer (+ 1 551) und 155 Montabaur (+ 1 280) sowie die Kandidaten der SPD in den Wahlkreisen 161 Kaiserslautern (+ 3 341), 159 Ludwigshafen (+ 1 461), 158 Frankenthal (+ 1 316) und 157 Worms (+ 1 181) besonders erwähnenswert. Dagegen gab es sechs Wahlkreise, in denen die Partei mehr Stimmen als der von ihr aufgestellte erfolgreiche Wahlkreis-kandidat erhalten hat: die Skala reicht von einem Stimmenvorsprung der Partei von nur 25 (SPD im Wahlkreis 156 Mainz) bis 1 554 (CDU im Wahlkreis 153 Bitburg).

Die Entscheidung des Wählers, welchem Kandidaten er seine Erststimme gibt, basiert auf dem Zusammenwirken mehrerer Faktoren; sie wird beeinflusst von der Parteizugehörigkeit, der Persönlichkeit des Kandidaten und schließlich den Erfolgchancen. Die Beurteilung von Stimmerfolgen und -einbußen darf den Umstand des sicherlich nicht von allen Wählern verstandenen Wahlsystems nicht außer acht lassen, wenngleich gerade in den Wahlkreisen mit Extremwerten aus dem Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen auf Motive für die Entscheidung des Wählers geschlossen werden kann.

5. Verwendung von Erst- und Zweitstimmen

In völliger Übereinstimmung mit der dem Wahlsystem zugrunde liegenden Konzeption sollte sich jeder Wähler mit den ihm zustehenden beiden Stimmen frei entscheiden. Er konnte sich mit seiner Stimme für den Wahlkreisbewerber derjenigen Partei entscheiden, die er mit seiner Zweitstimme gewählt hat. Er konnte aber auch nicht gleichlautende Stimmen abgeben.

Aus den von den Wahlvorständen in getrennten Zählgängen ermittelten Erst- und Zweitstimmergebnissen wird bereits ersichtlich, wie häufig die für Parteien und die für die Parteien der Wahlkreisbewerber ermittelten Stimmen nicht übereinstimmen. Auf die unterschiedlich hohen Differenzen von Erst- und Zweitstimmen wurde im vorangegangenen Abschnitt hingewiesen. Auf die Frage, inwieweit die Wähler gleichlautende und in welcher Weise sie nichtgleichlautende Stimmen abgegeben haben, kann nur eine nachträgliche kombinierte Stimmenauszählung Antwort geben. Da eine solche Auszählung sich aus Kostengründen auf eine repräsentative Auswahl beschränken muß, gewährt sie nur Erkenntnisse für das ganze Land, die jedoch nicht generell auf die besondere Situation mancher Wahlkreise übertragen werden können.

Nach der im Statistischen Landesamt durchgeführten Sonderauszählung haben anlässlich der Bundestagswahl 1969 89,7% (1965: 88,5%) der Wähler ihre beiden Stimmen übereinstimmend abgegeben, also ihre Erststimme dem Kandidaten derselben Partei gegeben, die sie mit ihrer Zweitstimme gewählt haben. Sieht man von den 0,9% (1965: 1,2%) Wählern ab, deren beide Stimmen ungültig waren, so verbleiben noch 9,4% (1965: 10,3%) Wähler, die nichtgleichlautende Stimmen abgegeben haben. Dieser Wählerprozentsatz setzt sich aus 1,6% (1965: 3,1%) Wählern mit gültiger Zweit-, aber ungültiger Erststimme, aus 1,1% (1965: 1,5%) Wählern mit ungültiger Zweit-, aber gültiger Erststimme und aus 6,7% (1965: 5,7%) Wählern mit ungleichlautender, aber gültigen Stimmen zusammen. Der Vergleich mit früheren Wahlen zeigt, daß zur Bundestagswahl 1969 mehr

12. Kombination von Erst- und Zweitstimmen 1965 und 1969
(Repräsentativergebnis)

Zweitstimme für	Wahl	Von 1 000 Wählern, die mit ihrer Zweitstimme vorstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit ihrer Erststimme den Kandidaten der				
		CDU	SPD	FDP	NPD	Un-gültig
Zweitstimmen = 1 000						
CDU	B 1969	946	28	7	3	16
	B 1965	936	21	11	2	30
SPD	B 1969	33	936	12	2	16
	B 1965	18	939	6	1	35
FDP	B 1969	109	193	672	8	15
	B 1965	154	74	740	7	24
NPD	B 1969	104	55	25	789	23
	B 1965	62	76	61	748	49
Ungültig	B 1969	262	217	34	33	451
	B 1965	296	200	49	11	434
Insgesamt	B 1969	469	404	50	45	25
	B 1965	482	362	83	20	43

Stimmzettel mit gültigen, aber ungleichlautenden Stimmen als 1965 und um die Hälfte mehr als 1961 abgegeben worden sind.

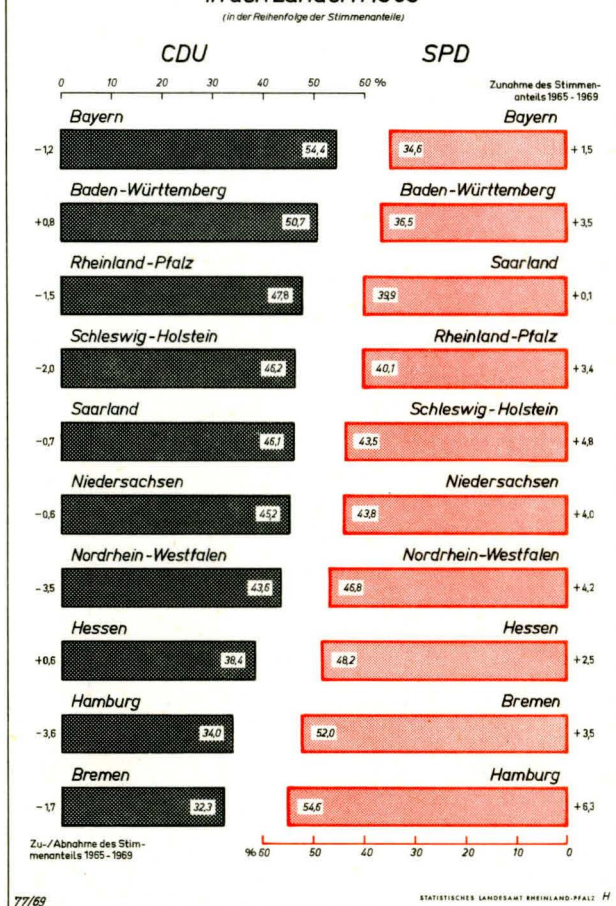
Untersucht man die auf Parteien lautenden Zweitstimmen danach, wie sich die Wähler mit ihrer Erststimme verhalten haben, ergeben sich aufschlußreiche Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Von den CDU-Wählern wie auch von den SPD-Wählern haben 5,4 bzw. 6,4% ihre Stimme dem von ihrer Partei vorgeschlagenen Bewerber versagt und, im Gegensatz zu 1965, rund zur Hälfte lieber den Kandidaten der rivalisierenden Partei gewählt, als einen anderen Kandidaten oder ungültig zu wählen. Fast ein Drittel aller FDP-Wähler (1965 fast ein Viertel) hat ihre Erststimme dem Kandidaten der CDU bzw. SPD gegeben. Im Gegensatz zur Bundestagswahl 1965 haben sich diese FDP-Wähler mit ihrer Erststimme vorwiegend für den Direktkandidaten der SPD entschieden (im Verhältnis 2:1; dagegen 1965 im Verhältnis 1:2).

6. Wahlergebnis in Bund und Ländern

Von den 32 966 000 gültigen Zweitstimmen, die zur Bundestagswahl 1969 in den Bundesländern abgegeben worden sind, entfielen auf

CDU/CSU	15 195 187 oder 46,1%
SPD	14 065 716 oder 42,7%
FDP	1 903 422 oder 5,8%
NPD	1 422 010 oder 4,3%
übrige Parteien	379 689 oder 1,1%

Schaubild 8 *Stimmenanteile der CDU und SPD in den Ländern 1969*
(in der Reihenfolge der Stimmenanteile)



13. Stimmenanteile der Parteien nach Ländern 1965 und 1969

Land	Jahr	CDU/CSU	SPD	FDP	NPD
Schleswig-Holstein	1969	46,2	43,5	5,2	4,3
	1965	48,2	38,8	9,4	2,4
Hamburg	1969	34,0	54,6	6,3	3,5
	1965	37,6	48,3	9,4	1,8
Niedersachsen	1969	45,2	43,8	5,6	4,6
	1965	45,8	39,8	10,9	2,5
Bremen	1969	32,3	52,0	9,3	4,4
	1965	34,0	48,5	11,7	2,7
Nordrhein-Westfalen	1969	43,6	46,8	5,4	3,1
	1965	47,1	42,6	7,6	1,1
Hessen	1969	38,4	48,2	6,7	5,1
	1965	37,8	45,7	12,0	2,5
Rheinland-Pfalz	1969	47,8	40,1	6,3	5,2
	1965	49,3	36,7	10,2	2,5
Baden-Württemberg	1969	50,7	36,5	7,5	4,5
	1965	49,9	33,0	13,1	2,2
Bayern	1969	54,4	34,6	4,1	5,3
	1965	55,6	33,1	7,3	2,7
Saarland	1969	46,1	39,9	6,7	5,7
	1965	46,8	39,8	8,6	1,8
Bundesgebiet ohne Berlin (West)	1969	46,1	42,7	5,8	4,3
	1965	47,6	39,3	9,5	2,0

Die CDU/CSU - wahlrechtlich zwar zwei Parteien, die jedoch seit Beginn der ersten Wahlperiode eine gemeinsame Bundestagsfraktion bilden und deren Wahlergebnisse auf Bundesebene addiert ausgewiesen zu werden pflegen - ist ebenso wie 1965 als stärkste Partei aus der Wahl hervorgegangen. Sie erhielt 46,1% aller Zweitstimmen. Durch den Verlust von 329 000 Stimmen gegenüber 1965 ging ihr Stimmenanteil um 1,5 Punkte zurück. Ein beachtlicher Stimmengewinn von 1 253 000 ließ den Stimmenanteil der SPD um 3,4 Prozentpunkte auf 42,7% anwachsen. Der Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD beträgt mit rund 1 130 000 Stimmen 3,4 Prozentpunkte; vier Jahre zuvor lag die SPD um 8,3 Punkte zurück. Der Stimmenanteil der FDP, die fast zwei Fünftel ihrer Wählerzahl von 1965 eingebüßt hat, sank von 9,5 auf 5,8%. Beim Vergleich mit den früheren Wahlen wird die Abkehr der Wähler von einer Stimmenzersplitterung besonders deutlich. Mit jeder Wahl hatte sich der Anteil der im Bundestag vertretenen drei Parteien vergrößert, von 83,5% vor 16 Jahren auf 96,4% im Jahre 1965; nunmehr beträgt er 94,6%. Die Hoffnungen der rechtsradikalen NPD, die 5%-Klausel zu überspringen, erfüllten sich nicht; die NPD erreichte nur einen Stimmenanteil von 4,3%. Ebenso wie die linksextreme ADF konnten auch alle anderen Parteien, die sich an der Bundestagswahl beteiligten, den Status einer Splittergruppe nicht verändern.

Die CDU/CSU ist in sechs, die SPD in drei Bundesländern stärkste Partei geblieben, in einem Bundesland hat die CDU die Stimmenmehrheit zugunsten der SPD verloren. In Bayern erreichte die CSU wiederum mit 54,4% die absolute Stimmenmehrheit, in Baden-Württemberg überschritt die CDU knapp die 50%-Marke. Die SPD, die 1965 in keinem Bundesland über die absolute Stimmenmehrheit verfügte, konnte in Hamburg und Bremen 54,6 bzw. 52,0% aller Zweitstimmen auf sich vereinigen. Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein,

Saarland und Niedersachsen sind die weiteren Länder mit CDU-Mehrheiten, neben Hamburg und Bremen verfügt die SPD in Hessen und zum erstenmal in Nordrhein-Westfalen über die Stimmenmehrheit. In allen Bundesländern hat die SPD ihre Stellung verbessern können. Den größten Erfolg erzielte die SPD in Hamburg, wo ihr Stimmenanteil um 6,3 Prozentpunkte zunehmen konnte. Auch in Schleswig-Holstein (+ 4,7), Nordrhein-Westfalen (+ 4,2), Niedersachsen (+ 4,0) und Baden-Württemberg (+ 3,5) lag der Zuwachs des SPD-Stimmenanteils über dem Bundesdurchschnitt. In den Ländern mit den größten SPD-Gewinnen ging der Anteil der CDU am stärksten zurück, in Hamburg um 3,6, in Nordrhein-Westfalen um 3,5 und Schleswig-Holstein um 2,0 Prozentpunkte. Geringere Verluste als im Bundesdurchschnitt hatte CDU/CSU in Bayern (— 1,2), in Niedersachsen (— 0,6) und im Saarland (— 0,7). In Hessen und Baden-Württemberg konnte die CDU ihren Stimmenanteil von 1965 um 0,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte verbessern.

Die FDP hat in allen Ländern starke Einbußen erlitten, die stärksten Verluste mußte sie in Baden-Württemberg (— 5,6), in Hessen und Niedersachsen (— 5,3) hinnehmen, in Ländern also, in denen 1965 ihr Stimmenanteil im Verhältnis gesehen recht hoch war. Mit einem Stimmenanteil von 9,3% ist Bremen für die FDP das erfolgreichste Bundesland, gefolgt von Baden-Württemberg mit 7,5%. Die geringste Anhängerschaft verblieb der FDP wiederum in Bayern, wo sie es nur auf 4,1% der Stimmen brachte. Die NPD, auf die auf Bundesebene 4,3% der Zweitstimmen entfielen, hat im Saarland, in Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen die 5%-Marke überschritten, in Nordrhein-Westfalen erhielt sie mit 3,1% ihren niedrigsten Stimmenanteil. Die linksextreme ADF, mit 0,6% der Stimmen auf der Strecke geblieben, konnte auch in den Stadtstaaten Hamburg (1,2%) und Bremen (1,5%) keinen nennenswerten Erfolg erringen. Die Bayernpartei, auf das Land Bayern beschränkt, konnte noch nicht einmal 1% der bayerischen Zweitstimmen, das sind 0,2% der im Bund abgegebenen Stimmen, für sich gewinnen.

7. Sitzverteilung im Bundestag

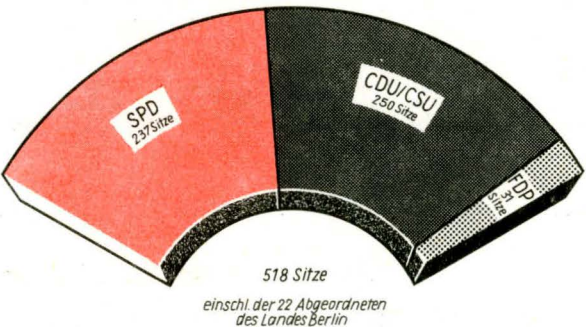
a. Bundestagssitze insgesamt: Auf Grund der Sperrklauseln des Wahlgesetzes können an der Berechnung der Sitzverteilung nur Parteien teilnehmen, die entweder drei Direktmandate errungen oder mindestens 5% der im Bundesgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben. Nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt wurden die zu vergebenden 496 Bundestagssitze auf die vier von der Sperrklausel nicht betroffenen Parteien verteilt, und zwar entfielen auf

SPD	224 Sitze,
CDU	193 Sitze,
CSU	49 Sitze,
FDP	30 Sitze.

Die Sperrklausel hat den Eintritt von 21 Kandidaten der NPD in den Bundestag verhindert. Die auf die Parteien beim ersten Berechnungsvorgang entfallene Sitzzahl blieb endgültig, weil in keinem

Schaubild 9

Sitzverteilung
im Sechsten Deutschen Bundestag



78/69 STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ 8

Land - im Gegensatz zu 1961 - Überhangmandate entstanden sind.

Die SPD, im 5. Bundestag mit 202 Abgeordneten vertreten, hat auf Grund des Stimmenerfolges im 6. Bundestag 22 Sitze mehr inne. Die CDU verlor gegenüber 1965 drei Sitze, die CSU wird wiederum mit 49 Abgeordneten im Bundestag vertreten sein. Die FDP stellt im 6. Bundestag nur noch 30 Abgeordnete, das sind 19 weniger als in der vorangegangenen Wahlperiode.

Zu den genannten 496 Sitzen kommen die 22 Abgeordneten aus dem Lande Berlin, davon 13 Ab-

14. Sitzverteilung nach Ländern 1965 und 1969

Land	Jahr	Sitze im Bundestag		
		CDU/CSU	SPD	FDP
Schleswig-Holstein	1969	10	10	1
	1965	11	8	2
Hamburg	1969	6	10	1
	1965	7	9	1
Niedersachsen	1969	30	29	4
	1965	29	26	7
Bremen	1969	2	3	-
	1965	2	3	-
Nordrhein-Westfalen	1969	69	73	9
	1965	74	66	13
Hessen	1969	19	24	3
	1965	18	21	6
Rheinland-Pfalz	1969	16	13	2
	1965	16	12	3
Baden-Württemberg	1969	37	27	6
	1965	35	23	10
Bayern	1969	49	31	4
	1965	49	30	7
Saarland	1969	4	4	-
	1965	4	4	-
Bundesgebiet ohne Berlin (West)	1969	242	224	30
	1965	245	202	49
Berlin (West)	1969	8	13	1
	1965	6	15	1

ruht, im Zeitablauf unterschiedlich entwickelt, so daß ein Vergleich der staatlichen Haushalte erschwert wurde und unter ökonomischen Aspekten kaum möglich war. Aber auch innerhalb des Rechnungswerkes eines Landes ist es durch die Gliederung nach dem Ministerialprinzip schwierig, die für eine wirtschafts- und finanzpolitische Beeinflussung des gesamtwirtschaftlichen Ablaufs benötigten Daten zu beschaffen. Aus diesem Grunde fällt der Staatsfinanzstatistik bislang die doppelte Aufgabe zu, erstens die staatlichen Finanzwirtschaften vergleichbar zu machen und zweitens die volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Einnahmen- und Ausgabengestaltung aufzuzeigen. Zu diesem Zweck werden die Ausgaben und Einnahmen nach ökonomischen Gesichtspunkten gruppiert und organisch zusammenhängenden Funktionen zugeordnet. Außerdem bezieht die Statistik Sonderrechnungen - in Rheinland-Pfalz handelt es sich um den Landeswohnungs- und den Universitätsaufwands - ein. Ferner werden ordentliche und außerordentliche Rechnung zusammengefaßt und Doppelzählungen, wie sie durch Anteilbeträge, durchlaufende Gelder und Abwicklungsbeträge der Vorjahre entstehen, eliminiert.

1. Gesamtergebnis

Die Verstärkung des Konjunkturaufschwungs im Jahre 1968 beeinflusste die staatliche Finanzwirtschaft erheblich. So ermöglichten es die auf 3 296 Mill. DM angestiegenen Gesamteinnahmen der Landesregierung, das Ausgabevolumen um 5% auf 3 259 Mill. DM zu erhöhen, nachdem ein Jahr zuvor lediglich eine Steigerungsrate von 2,4% verzeichnet wurde. Durch die günstige Einnahmenentwicklung verfügte die Jahresrechnung 1968 über einen Finanzierungsüberschuß in Höhe von 37 Mill. DM, der zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus früheren Rechnungsabschnitten verwendet wurde.

Innerhalb der Gesamtausgaben nahmen die Personalaufwendungen am stärksten zu. Die Investitionen und Investitionszuschüsse wiesen einen Rückgang auf, der der damaligen wirtschaftlichen Situation, nämlich einer kräftig expandierenden privaten Nachfrage, Rechnung trug. Zum Wachstum der Einnahmen, die sich im Vergleich zum Vorjahr um 54 Mill. DM oder 1,7% erhöhten, trug das Steueraufkommen am meisten bei. Hierdurch war auch eine Abnahme der Kreditfinanzierung möglich.

2. Ausgaben

Von den Gesamtausgaben beanspruchten die Personalaufwendungen mit knapp 1,3 Mrd. DM naturgemäß den höchsten Betrag. Ihr Anteil stieg auch weiterhin an und erreichte 1968 fast zwei Fünftel des staatlichen Ausgabevolumens. Mehr als die Hälfte der Personalausgaben entfielen auf das Bildungswesen, jeweils rund ein Fünftel auf die Aufgabenbereiche Zentrale Verwaltung sowie Sicherheit.

Der Anstieg der Personalausgaben um nahezu 100 Mill. DM oder 8% ist zum Teil auf lineare und strukturelle Besoldungsverbesserungen sowie auf die Anhebung der Weihnachtzuwendungen von 33,3 auf 40% der Grundgehälter, Grundvergütun-

Ausgaben nach Arten 1967 und 1968

Ausgabeart	1967	1968	Veränderung
	Mill. DM	Mill. DM	%
Verwaltungs- und Zweckausgaben	2 099,2	2 255,8	7,5
Personalausgaben ¹⁾	1 180,4	1 276,2	8,1
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen	69,3	72,4	4,5
Zuweisungen an Zweckverbände usw. ²⁾	230,0	217,7	- 5,3
Unterricht, Wissenschaft usw.	38,2	38,8	1,6
Kirchen	35,2	34,8	- 1,1
Sozial- und Gesundheitswesen	53,7	54,1	0,7
Landwirtschaft, Wasser- und Kulturbau	83,7	71,4	- 14,7
Sonstige Wirtschaftsförderung	5,1	5,3	3,9
Zinsausgaben	83,4	95,4	14,4
Wiedergutmachungsleistungen (Landesanteil)	52,0	52,2	0,4
Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe (ohne Einrichtungen)	74,7	71,2	- 4,7
Wohnungsbauprämien	62,3	64,1	2,9
Übrige Ausgaben	347,1	406,6	17,1
Zentrale Verwaltung (einschl. Bau- und Straßenverwaltung)	107,5	115,2	7,2
Unterricht, Wissenschaft, Kulturpflege	63,0	73,3	16,3
Sozial- und Gesundheitswesen	20,4	20,1	- 1,5
Landwirtschaft, Wasser- und Kulturbau	86,3	135,7	57,2
Erwerbsvermögen	28,8	31,2	8,3
Ausgaben der Vermögensbewegung	380,4	348,0	- 8,5
Bauinvestitionen	178,6	152,4	- 14,7
Neuanschaffung von beweglichem Vermögen	25,6	24,6	- 3,9
Erwerb von Grundvermögen	24,3	18,8	- 22,6
Erwerb von Beteiligungen	10,0	11,4	14,0
Gewährung von Darlehen ³⁾	119,5	122,3	2,3
Schuldentilgung	19,1	20,2	5,8
Zuführung an Rücklagen und an Kapitalvermögen	3,3	- 1,7	..
Ausgaben an Gebietskörperschaften	622,9	655,3	5,2
An Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	77,3	85,9	11,1
Übrige Zuweisungen	47,5	50,8	6,9
Schuldentilgung	29,8	35,1	17,8
An andere Länder	6,9	6,6	- 4,3
Zuweisungen	6,9	6,6	- 4,3
An Gemeinden (Gv.)	538,7	562,8	4,5
Allgemeine Zuweisungen	218,3	227,0	4,0
Spezielle Zuweisungen und Darlehen	320,4	335,8	4,8
Unterricht	115,6	106,6	- 7,8
Verkehr	74,4	85,4	14,8
Landwirtschaft, Wasser- und Kulturbau	49,5	57,9	17,0
Sozial- und Gesundheitswesen	57,6	59,4	3,1
Wohnungsbau	9,1	9,7	6,6
Gesamtausgaben ⁴⁾	3 102,5	3 259,0	5,0
bei Bruttodarstellung der Wiedergutmachungsleistungen	3 438,2	3 664,8	6,6

1) Ohne auf Sachtitel gebuchte Personalausgaben. - 2) Nichtgebietskörperschaften. - 3) Soweit nicht an Gebietskörperschaften. - 4) Ohne Abwicklung der Vorjahre und ohne Ausgleichsbuchungen der Sonderrechnungen.

gen und Ortszuschläge zurückzuführen. Ferner wirkte sich die Zunahme der Bediensteten im Bildungswesen um über 1 200 Personen aus. Durch die vorwiegend hoheitlichen Aufgaben in der staatlichen Verwaltung betrug der Anteil der Beamtenbesoldung an den Personalausgaben rund 53%. Auch hier entfiel ein großer Teil der Zuwachsrate von 8,7% auf Neueinstellungen von Lehrern. Die Angestelltenvergütungen, die rund 22% der Personalaufwendungen beanspruchten, wiesen eine Zunahme um 8,5% auf. Im wesentlichen war diese Entwicklung durch die steigende Verwendung von Vertragslehrern und durch den Personalmehrbedarf im Zuge des Ausbaus von Hochschulen sowie der Universitätskliniken bedingt. Für Arbeiterlöhne gab das Land 43 Mill. DM aus, was einem Zuwachs um 9,7% entspricht. Höher waren jedoch die Aufwendungen für auf Sachtitel verbuchte

Löhne. Insbesondere mußten für Forst- und Straßenarbeiter 63 Mill. DM, das sind 7% mehr als im Vorjahr, bereitgestellt werden.

Die Kosten für Versorgungsleistungen betrugen 1968 rund 245 Mill. DM. Im Vergleich zu 1967 erhöhten sie sich um 5,4%, und zwar hauptsächlich durch die Anpassung der Versorgungsbezüge an die Entwicklung der Beamtenbesoldung.

Die Ausgaben für Investitionen (einschließlich Investitionszuschüssen) zeigten wie schon im Jahr zuvor eine rückläufige Entwicklung. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben ist mit 792 Mill. DM erneut um gut 2 Prozentpunkte gesunken, wodurch sie weniger als ein Viertel ausmachten. Gegenüber 1967 lag das Volumen der Investitionen um 20 Mill. DM oder 2,5% niedriger. Für unmittelbare Investitionen, das sind Bauten, Vermögenserwerb, Beteiligungen und Darlehen, wurden 44% des Gesamtbetrages aufgewendet, während der Rest auf die Bezuschussung von Vorhaben Dritter entfiel.

Zur Einschränkung des unmittelbaren Investitionsvolumens trug die Verringerung der Bauausgaben (— 15%) bei, für die 152 Mill. DM zur Verfügung gestellt wurden. Hier wiesen insbesondere die Aufwendungen für Bauten im Bereich der Wissenschaft infolge der Beendigung mehrerer großer Aufträge einen Rückgang auf. Gleichwohl nahmen diese Vorhaben mit 44 Mill. DM zusammen mit den nahezu unverändert gebliebenen Maßnahmen für den Straßenverkehr in Höhe von 63 Mill. DM den größten Teil in Anspruch.

Die Investitionszuschüsse verzeichneten einen leichten Anstieg auf 447 Mill. DM. Von dieser

Summe flossen den Gemeinden und Gemeindeverbänden 55% zu, während die restlichen 200 Mill. DM an private Empfänger gezahlt wurden. Besondere Förderung erfuhren der Schulbau mit 104 Mill. DM sowie die Landwirtschaft (82 Mill. DM). Weitere Schwerpunkte stellten der Straßenverkehr, der Wohnungsbau (64 Mill. DM) und wasserwirtschaftliche Maßnahmen dar.

Obgleich die Schuldenaufnahmen im Berichtsjahr erheblich niedriger als zuvor waren, wirkte sich die durch die Wirtschaftslage des Jahres 1967 hervorgerufene hohe Verschuldung in einem Anstieg des Schuldendienstes um 14% auf 151 Mill. DM aus. Gemessen an den Steuereinnahmen einschließlich der Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich erhöhten sich die Aufwendungen für Zinsen und Tilgungen leicht auf 6,8%. Der Nettoschuldendienst, der sich unter Berücksichtigung der Zins-einnahmen, Darlehensrückflüsse und der Erstattungen des Bundes für Ausgleichsforderungen ergibt, bezifferte sich auf 63 Mill. DM, das sind rund 7% weniger als im Vorjahr.

Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs leistete das Land Ausgaben in Höhe von 563 Mill. DM. Damit verfügten die Gemeinden, trotz der durch die wirtschaftliche Rezession hervorgerufenen erneuten Erstarrung des bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen für den Steuerverbund maßgeblichen Bezugszeitraumes, über 24 Mill. DM oder knapp 5% höhere Zuweisungen (einschließlich Darlehen). Diese Entwicklung beruhte auf der allgemeinen Zuwachsrate, die insbesondere im Straßenverkehr und bei den wasser-

Einnahmen und Ausgaben der Aufgabenbereiche mit Zuschüssen 1967 und 1968

Aufgabenbereich	Einnahmen		Ausgaben		Zuschuß			Veränderung
	1967	1968	1967	1968	1967	1968		
	Mill. DM						%	
Zentrale Aufgaben	107,8	109,9	484,3	499,1	376,5	389,2	15,9	3,4
Oberste Staatsorgane	0,8	1,0	42,3	41,0	41,5	40,0	1,6	- 3,6
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5,4	4,9	122,7	125,9	117,3	121,0	4,9	3,2
Rechtsschutz	47,1	51,1	120,9	127,2	73,8	76,1	3,1	3,1
Innere Verwaltung und allgemeine Staatsaufgaben	1,7	2,6	48,1	50,6	46,4	48,0	2,0	3,4
Finanzverwaltung	18,2	15,6	94,0	98,0	75,8	82,4	3,4	8,7
Bau- und Vermessungsverwaltung	34,6	34,7	56,3	56,4	21,7	21,7	0,9	0,0
Bildungswesen	119,1	118,7	817,5	858,6	698,4	739,9	30,2	5,9
Unterricht	41,6	40,7	557,4	599,8	515,8	559,1	22,8	8,4
Wissenschaft	74,6	67,9	211,3	207,9	136,7	140,0	5,7	2,4
Kunst, Volksbildung, Heimatpflege, kirchliche Angelegenheiten	2,9	10,1	48,8	50,9	45,9	40,8	1,7	11,1
Sozial- und Gesundheitswesen	113,8	119,2	380,0	380,2	266,2	261,0	10,7	- 2,0
Soziale Angelegenheiten	82,1	87,5	226,8	226,0	144,7	138,5	5,7	- 4,3
Gesundheit, Sport, Leibesübungen	23,6	24,5	79,7	81,2	56,1	56,7	2,3	1,1
Wiedergutmachung (Landesanteil)	8,1	7,2	73,5	73,0	65,4	65,8	2,7	0,6
Wirtschaftsförderung	239,1	306,5	465,5	519,5	226,4	213,0	8,7	- 5,9
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten	125,2	179,1	205,1	245,2	79,9	66,1	2,7	- 17,3
Wasserwirtschaft und Kulturbau	7,3	10,2	59,6	66,2	52,3	56,0	2,3	7,1
Förderung der gewerblichen Wirtschaft	8,9	10,8	15,9	21,3	7,0	10,5	0,4	50,0
Förderung des Wohnungsbaues	97,7	106,4	184,9	186,8	87,2	80,4	3,3	- 7,8
Verkehr	40,3	44,0	239,5	264,6	199,2	220,6	9,0	10,7
Landesstraßen	6,2	6,8	96,1	101,0	89,9	94,2	3,9	4,8
Kreisstraßen, Ortsdurchfahrten	12,4	13,6	85,0	95,0	72,6	81,4	3,3	12,1
Bundesstraßen, Verwaltung, Übriger Verkehr	21,7	23,6	58,4	68,6	36,7	45,0	1,8	22,6
Wirtschaftliche Unternehmen (vermögenswirksam)	6,3	5,4	31,7	23,5	25,4	18,1	0,7	- 28,7
Allgemeine Finanzen	33,3	32,0	602,8	637,7	569,5	605,7	24,8	6,4
Allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden (Gv.)	1,0	0,9	218,3	227,0	217,3	226,1	9,2	4,0
Schuldendienst	13,8	11,5	134,0	151,5	120,2	140,0	5,7	16,5
Versorgung	16,4	17,4	242,8	255,8	226,4	238,4	9,8	5,3
Allgemeines Vermögen (vermögenswirksam)	2,1	2,2	7,7	3,4	5,6	1,2	0,1	- 78,6
Insgesamt	659,7	735,7	3 021,3	3 183,2	2 361,6	2 447,5	100,0	3,6

Jahr	Ausgaben ¹⁾						Einnahmen ¹⁾				
	ins-gesamt	Personal-ausgaben	Investitionen, Investi-tionszuschüsse ²⁾		Übrige Zuwei-sungen an Gemein-den (Gv.)	Schulden-dienst	ins-gesamt	Steuern, Länder-finanz-ausgleich ³⁾	Schulden-aufnahme	Zuwei-sungen vom Bund ⁴⁾	Gebühren-Entgelte
			zu-sammen	Zuschüsse an Gemein-den (Gv.)							
Mill. DM											
1961	1 877 ⁵⁾	655	458	116	145	121	1 937 ⁵⁾	1 415 ⁵⁾	28	188	93
1962	2 055 ⁵⁾	695	505	157	220	132	2 049 ⁵⁾	1 494 ⁵⁾	38	213	92
1963	2 305 ⁶⁾	808	631	198	231	78 ⁶⁾	2 203 ⁶⁾	1 589	43 ⁶⁾	234	98
1964	2 467 ⁶⁾	864	736	233	258	74 ⁶⁾	2 418 ⁶⁾	1 701	93 ⁶⁾	246	111
1965	2 794	974	819	238	286	83	2 707	1 772	226	283	123
1966	3 029	1 104	856	254	306	98	3 021	1 925	337	308	131
1967	3 102	1 180	812	239	307	132	3 242	2 011	462	305	140
1968	3 260	1 276	792	246	302	151	3 297	2 225	141	349	151
%											
1961	100,0	34,9	24,4	6,2	7,7	6,4	100,0	73,1	1,4	9,7	4,8
1962	100,0	33,8	24,6	7,6	10,7	6,4	100,0	72,9	1,9	10,4	4,5
1963	100,0	35,1	27,4	8,6	10,0	3,4	100,0	72,1	2,0	10,6	4,4
1964	100,0	35,0	29,8	9,4	10,5	3,0	100,0	70,3	3,8	10,2	4,6
1965	100,0	34,9	29,3	8,5	10,2	3,0	100,0	65,5	8,3	10,5	4,5
1966	100,0	36,4	28,3	8,4	10,1	3,2	100,0	63,7	11,2	10,2	4,3
1967	100,0	38,0	26,2	7,7	9,9	4,3	100,0	62,0	14,3	9,4	4,3
1968	100,0	39,1	24,3	7,5	9,3	4,6	100,0	67,5	4,3	10,6	4,6

1) Ohne Bundesanteil an den Wiedergutmachungsleistungen. - 2) Investitionszuschüsse teilweise geschätzt. - 3) Ab 1966: Einschl. Bundesergänzungszuweisungen; 1967: 55 Mill. DM; 1968: 85 Mill. DM einschl. 10 Mill. DM Sonderzuweisungen des Bundes zu Strukturmaßnahmen. - 4) Ab 1966: Ohne Bundesergänzungszuweisungen. - 5) Nach Absetzung von 57,6 Mill. DM Bundeshilfe. - 6) Ohne 68,4 Mill. DM Ablöschungsschulden.

wirtschaftlichen Maßnahmen zu einer Erhöhung der Zahlungen führte. Auch die allgemeinen Finanzzuweisungen wiesen einen Anstieg von 4% auf 227 Mill. DM auf.

Wie bereits erwähnt, flossen den kommunalen Gebietskörperschaften außerdem Investitionszuschüsse (einschließlich 17 Mill. DM aus dem Ausgleichs- und dem Investitionsstock) von 246 Mill. DM zu. Weitere Beträge wurden zum Zweck der Aufgaben- und Lastenverteilung gewährt. Von diesen 90 Mill. DM, die auch Mittel des Bundes enthalten, entfielen auf die Bereiche Soziale Sicherung, Verkehr und Unterricht beträchtliche Anteile.

3. Einnahmen

Den bedeutendsten Einnahmeposten des Landeshaushalts bilden die Steuern, die mit 1,8 Mrd. DM oder 55% der Gesamteinnahmen zur Ausgabenfinanzierung beitrugen. Sie verzeichneten zugleich eine kräftige Steigerung um 8,7%, die über die im Haushaltsplan veranschlagten Zuwachsraten hinausging. Wesentlichen Anteil an diesem günstigen Ergebnis, das durch die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung ausgelöst wurde, besaßen die Steuern vom Einkommen, die nach Abzug des Bundesanteils von 37% um ein Zehntel über dem vorjährigen Volumen lagen. Eine Aufkommenszunahme (+ 8,9%) erzielte auch die Kraftfahrzeugsteuer, die von der wachsenden Zahl der Zulassungen profitierte.

Auf 28% der Gesamteinnahmen bezifferten sich die von den staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften bereitgestellten Beträge. Nach der rückläufigen Entwicklung im vorjährigen Länderfinanzausgleich wirkte sich die bessere Einnahmengestaltung, insbesondere in den steuerstarken Ländern, in einer Erhöhung der dem Land 1968 zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Mittel um 13,3% aus. Insgesamt wurden als Ausgleichsbeträge für Rheinland-Pfalz 363 Mill.

DM festgesetzt. Der Unterschied zu dem in der Rechnung ausgewiesenen Betrag war durch Restzahlungen bedingt. Ein außerordentliches Wachstum (55%) verzeichneten ferner die Ergänzungszuweisungen des Bundes einschließlich 10 Mill. DM Sonderzuweisungen für Strukturmaßnahmen, die

Einnahmen nach Arten 1967 und 1968

Einnahmeart	1967	1968	Veränderung
	Mill. DM		%
<u>Steuern und steuerähnliche Einnahmen</u>	1 663,1	1 808,3	8,7
Einkommen- und Körperschaftsteuer ¹⁾	1 230,9	1 352,5	9,9
Übrige Steuern	394,8	413,3	4,7
Aus Toto-, Lotto-, Lotterie- und Spielbankeneinnahmen	37,4	42,5	13,6
<u>Verwaltungs- und Betriebseinnahmen</u>	266,8	286,0	7,2
Gebühren, Entgelte, Strafen	139,7	151,4	8,4
Mieten, Pachten	9,2	10,1	9,8
Einnahmen aus Forsten und anderen wirtschaftlichen Unternehmen	47,9	49,7	3,8
Zinseinnahmen	21,4	21,4	-
Übrige Einnahmen	48,6	53,4	9,9
<u>Einnahmen der Vermögensbewegung</u>	506,5	276,2	- 45,5
Rückflüsse von Darlehen ²⁾	55,5	72,3	30,3
Erlöse aus Vermögensveräußerung	8,8	7,6	- 13,6
Schuldenaufnahmen	433,9	190,3	- 56,1
Entnahme aus dem Universitätsbaufonds	8,2	7,2	- 12,2
Übrige Entnahmen aus Kapitalvermögen und Rücklagen	0,1	- 1,2	..
<u>Einnahmen von Gebietskörperschaften</u>	806,1	925,6	14,8
Von Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	388,6	463,2	19,2
Zuweisungen (ohne Wiedergutmachung)	360,4	432,9	20,1
Schuldenaufnahmen	28,2	30,3	7,4
Von Ländern	332,8	376,7	13,2
Finanzausgleich unter den Ländern	330,5	374,5	13,3
Sonstige Zuweisungen	2,3	2,2	- 4,3
Von Gemeinden (Gv.)	84,7	85,7	1,2
Zuweisungen	78,9	79,9	1,3
Darlehensrückflüsse	5,8	5,8	-
<u>Gesamteinnahmen ³⁾</u>	3 242,5	3 296,1	1,7
bei Bruttodarstellung der Wiedergutmachungsleistungen	3 578,2	3 701,9	3,5

1) Nach Abzug des Bundesanteils. - 2) Soweit nicht von Gebietskörperschaften. - 3) Ohne Abwicklung der Vorjahre und ohne Ausgleichsbuchungen der Sonderrechnungen.

sich 1968 auf 85 Mill. DM beliefen. Zur Förderung von Bau- und anderen Investitionen im Landesbereich erhielt das Land vom Bund 239 Mill. DM, die hauptsächlich für die Land- und Wasserwirtschaft sowie den Wohnungs- und Hochschulbau verwendet wurden. Außerdem erstattete der Bund rund 43 Mill. DM für Verwaltungskosten, die dem Land durch die Bauleitung bei Straßen- und Hochbauten sowie durch die Auftragsverwaltung bei Straßenbau-, Verteidigungslasten-, Wiedergutmachungs- und Lastenausgleichsbehörden entstanden waren. Darüberhinaus flossen dem Land als sonstige Bundeserstattungen 62 Mill. DM zu, die dem Bund aus den gesetzlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Kriegsopferfürsorge, Kriegsfolgenhilfe, Versorgung nach G 131 und den Ausgleichsforderungen sowie der Übernahme des halben Wohngeldbetrages und der Pauschalerstattung für die Unterhaltung der Bundesstraßen erwachsen. Erwähnenswert sind noch die hauptsächlich als Subventionen an die Landwirtschaft bereitgestellten Mittel, die als Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse eine Höhe von 100 Mill. DM erreichten. Darunter fallen auch die im Rahmen des Honnefer Modells gewährten Unterstützungen.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände beteiligten sich an gemeinsamen Aufgaben mit einem nahe-

zu unveränderten Beitrag von 80 Mill. DM. Zu diesem Gebiet gehören vor allem die Schulkosten, die Beteiligung gemäß § 7 des Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz, das den örtlichen Trägern der Sozialhilfe eine Erstattung in Höhe von 50% der Kosten vorschreibt, und die Pauschalabgeltung für die Unterhaltung von Gemeindestraßen durch die Landesstraßenverwaltung.

Durch die günstige Steuereinnahmenentwicklung konnte die Schuldenaufnahme erheblich verringert werden. Im Jahre 1968 betrug demgemäß die in der Rechnung ausgewiesene Kreditaufnahme nur 190 Mill. DM, das sind 56% weniger als im Jahre 1967. Es handelt sich dabei ausschließlich um Kreditmarktdarlehen. Als Nettokreditbetrag ergaben sich nach Absetzung der Tilgungsleistungen 170 Mill. DM. Aus Darlehensgewährungen früherer Jahre wurden mit 72 Mill. DM vorwiegend dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellter Mittel um rund 30% höhere Rückflüsse verzeichnet. Gleichwohl bildeten sich die Einnahmen der Vermögensbewegung durch den geringen Schuldenanstieg stark zurück. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen betrug nur noch 8 gegenüber 16% im Vorjahr.

Dipl.-Volkswirt D. Lenz

Gymnasien im Schuljahr 1968/69

1. Schulen

Nachdem die Zahl der Gymnasien in Rheinland-Pfalz jahrelang nahezu konstant geblieben war - im Frühjahr 1960 betrug sie 122, im Herbst 1967 war sie mit 124 nur geringfügig höher -, konnte am 15. Oktober 1968 gegenüber dem Erhebungsstichtag des Jahres zuvor eine Zunahme von vier höheren Schulen registriert werden. Damit bestanden in Rheinland-Pfalz insgesamt 128 Bildungsstätten, die in erster Linie der Förderung des akademischen Nachwuchses dienen; die weitaus meisten von ihnen, nämlich 106, waren öffentliche, die übrigen 22 staatlich anerkannte private Schulen. Während fast alle Privatschulen (18) mit einem Internat verbunden waren, bieten nur neun öffentliche Schulen ihren Schülern neben der Bildung und Erziehung Wohnung und Verpflegung. Als Tagesschulen wurden lediglich drei private Gymnasien geführt.

Die durch rasche Veränderungen in Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft vermehrten Anforderungen an die heranwachsende Generation auf der einen Seite, die Mannigfaltigkeit der Veranlagungen und Interessen auf der anderen Seite machen es erforderlich, daß den Lernenden eine ganze Palette von Lehrplänen angeboten wird, die beiden - den Anforderungen wie den Veranlagungen und Interessen - gerecht werden. Die verwirklichten Lehrpläne schlagen sich in einer Vielzahl von Schultypen und Typenkombinationen nieder, die für unsere heutigen höheren Schulen charakteristisch ist. Um den Schülern, die sich nach dem Durchlaufen einer bestimmten Zahl von Schuljahrgängen für einen bestimmten Schultyp entscheiden müssen, nicht einen Schulwechsel,

der sehr oft mit einem Schulortwechsel verbunden ist, aufzubürden, werden immer häufiger mehrere Lehrpläne und damit Schultypen an ein und demselben Gymnasium realisiert. Von den Schulen mit reinem Typ, die in den 50er Jahren hierzulande noch vorherrschten, existierten am 15. Oktober 1968 nur noch die neusprachlichen Gymnasien in größerer Zahl (32). Altsprachliche (2) und mathematisch-naturwissenschaftliche (1) Gymnasien sind dagegen nur noch vereinzelt anzutreffen. Alle übrigen höheren Schulen sind irgendeinem kombinierten Schultyp zuzuordnen. Gymnasien neusprachlichen und gleichzeitig mathematisch-naturwissenschaftlichen Typs (33) nehmen hierbei die dominierende Stelle ein.

Einen Schultyp eigener Art bilden die elf Aufbau-gymnasien, von denen sieben unverbunden, zwei mit einem musischen und zwei mit einem sozialkundlichen Zweig kombiniert waren. Aufbau-gymnasien besitzen zwar nur eine Mittel- und Oberstufe, führen aber dennoch zur uneingeschränkten Hochschulreife. In der Zahl von insgesamt 128 Gymnasien sind zwei Progymnasien enthalten, die zwar den Lehrplan eines herkömmlichen Gymnasiums haben, jedoch nicht zur Reifeprüfung führen.

Fast die Hälfte (63) aller am Erhebungsstichtag registrierten höheren Schulen befand sich in Rheinland-Pfalz, wo auch nahezu jeder zweite Rheinland-Pfälzer seinen Wohnsitz hatte. 47 Gymnasien wurden im Regierungsbezirk Koblenz, 18 im Bezirk Trier verzeichnet.

2. Schüler und Klassen

Insgesamt 90 524 Schüler, das sind 16,7% aller die allgemeinbildenden Schulen des Landes be-

Jahr ¹⁾	Schulen	Klassen	Schüler			Mädchen	Schulanfänger	Abgänge mit Reifezeugnis	Hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer	Nebenamtliche, -berufliche u. teilbesch. Lehrer
	Anzahl		je Klasse	je Lehrer	je 100 Knaben	Anzahl				
1959	120	1 647	49 062	29,8	20,7	67,8	8 277	2 164	2 374	533
1960	122	1 703	51 317	30,1	20,8	67,3	9 993	2 725	2 463	499
1961	121	1 748	52 875	30,2	20,9	66,8	9 889	2 955	2 526	718
1962	122	1 833	55 585	30,3	21,6	68,6	10 665	2 510	2 569	505
1963	122	1 909	58 049	30,4	21,9	69,4	10 689	3 166	2 653	585
1964	122	1 993	62 152	31,2	22,8	70,2	11 606	3 019	2 727	645
1965	123	2 142	68 507	32,0	24,0	71,6	13 136	2 513	2 853	625
1966 K ²⁾	123	2 292	74 505	32,5	24,5	73,4	12 865	2 922	3 045	672
1967 K ²⁾	123	2 399	78 776	32,8	25,3	74,9	10 034	3 301	3 118	828
1967	124	2 592	85 994	33,2	26,1	75,2	14 726	3 929	3 295	953
1968	128	2 810	90 524	32,2	24,6	77,3	14 883	5 444	3 671	1 065

1) Erhebungsstichtag 1959 bis 1966 K: 15. Mai; 1967 K: 15. Februar; 1967 und 1968: 15. Oktober. - 2) 1966 K: 1. Kurzsuljahr vom 1. April bis 30. November 1966; 1967 K: 2. Kurzsuljahr vom 1. Dezember 1966 bis 31. Juli 1967.

suchenden Jugendlichen, wurden am 15. Oktober 1968 an den Gymnasien gezählt. Fast jeder neunte von ihnen war Schüler einer Privatschule. Die Zahl der Gymnasiasten erreichte im Schuljahr 1968/69 eine Höhe, die bis dahin in Rheinland-Pfalz noch nie registriert wurde. Seit Oktober 1967 nahm sie um gut 4 500 zu. Gegenüber dem Schuljahr 1957/58, in dem knapp 46 900 Schüler festgestellt wurden, hat sie sich fast verdoppelt. Der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl aller die höheren Schulen besuchenden Jugendlichen ist mit 43,6% zwar immer noch geringer als der der Jungen, seit Anfang der 60er Jahre ist jedoch ein steigendes Interesse auch der Mädchen an einer Gymnasialausbildung festzustellen. Entfielen im Frühjahr 1961 auf 100 Jungen nur 66,8 Mädchen, so waren es im Herbst 1967 bereits 75,2, im Herbst 1968 sogar schon 77,3. In der Zeit vom 16. Oktober 1967 bis zum 15. Oktober 1968 wurden insgesamt 14 883 Kinder (8 230 Jungen und 6 653 Mädchen) in die Sexten neu aufgenommen. Zehn Jahre zuvor hatte die Zahl der Neuaufnahmen nur die Hälfte hiervon betragen.

Recht aufschlußreich erscheint die Unterteilung der Gymnasiasten nach der Religionszugehörigkeit. Das fast schon zum Schlagwort gewordene sogenannte katholische Bildungsdefizit trifft, was den Besuch der Gymnasien anbelangt, für Rheinland-Pfalz nicht mehr zu. Waren 1950 und auch noch 1961 die katholischen Schüler an den Gymnasien unter-, die evangelischen Schüler dagegen überrepräsentiert, so schlugen diese Verhältnisse während der letzten Jahre in ihr Gegenteil um. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1950 gehörten 57,7% aller Rheinland-Pfälzer dem römisch-katholischen, 40,8% dem evangelischen Glauben an (diese Relation hat sich bis zur Volkszählung 1961 um knapp 2 Prozentpunkte zu Gunsten der evangelischen Glaubensangehörigen verschoben). Der Anteil der Katholiken an der Gesamtzahl aller ein Gymnasium besuchenden Jugendlichen betrug 1950 jedoch nur 52,5%, der der Evangelischen hingegen 46,0%. Während also die Quote der Katholiken an der

Gesamtzahl aller Gymnasiasten um 5,2 Punkte geringer war, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach, waren die evangelischen Schüler um 5,2 Punkte überrepräsentiert. Bis zum Jahre 1955 verschlechterte sich die Situation weiterhin für die Katholiken. Ihr Anteil an der Schülerzahl sank bis auf 48,6%, wohingegen der der Evangelischen auf 50,0% anstieg. Von da ab trat jedoch eine gegenläufige Entwicklung ein. Nachdem das schlummernde Bildungsreservoir im katholischen Bevölkerungsteil einmal geweckt war, setzte ein Sturm katholischer Kinder auf die höheren Schulen ein. Während die Zahl evangelischer Gymnasiasten in den letzten zehn Jahren um gut die Hälfte zunahm (von 23 300 im Jahre 1958 auf 36 400 im Jahre 1968), stieg die Zahl der katholischen Schüler in demselben Zeitraum auf weit mehr als das Doppelte (von 23 700 auf 53 100). Der prozentuale Anteil katholischer Schüler an der Gesamtzahl aller Gymnasiasten erreichte damit eine Höhe von 58,7%, der der evangelischen Schüler sank dagegen auf 40,2% ab. Legt man auch für das Berichtsjahr die konfessionelle Bevölkerungsstruktur, wie sie bei der Volkszählung 1961 bestanden hat (56,2% Katholiken, 42,3% Protestanten) zugrunde, so heißt das, daß die Katholiken mittlerweile auch relativ mehr Gymnasiasten stellen als die Protestanten.

Nach der erfolgreichen Absolvierung des sogenannten gemeinsamen Unterbaus muß der Schüler sich für einen seinen Anlagen und Neigungen entsprechenden Schultyp entscheiden. Der gemeinsame Unterbau umfaßt die Schuljahrgänge, die sich noch keinem Schultyp zuordnen lassen. Er soll den Schülern das Allgemeinwissen vermitteln, auf das sie bei der weiteren speziellen Ausbildung aufbauen können. Im folgenden soll zwischen dem gemeinsamen Unterbau I (dieser umfaßt die Schuljahrgänge 5 bis 8) und dem gemeinsamen Unterbau II (das sind die Schuljahrgänge 9 bis 10) unterschieden werden. Sie sind differenziert durch verschiedene Lehrpläne, insbesondere durch eine unterschiedliche Sprachenfolge. Hat ein Schüler den gemeinsamen Unterbau I mit Erfolg durchlaufen,

Selbständige Klassen (einschl. Parallelklassen)
nach Klassenfrequenzgruppen und Schuljahrgängen
am 15. Oktober 1968

Schuljahrgang	Ins- gesamt	Mit ... Schülern			
		bis 20	21 - 30	31 - 40	41 und mehr
5.	374	2	16	164	192
6.	352	2	21	204	125
7.	269	1	43	135	90
8.	331	1	59	194	77
9.	327	6	81	202	38
10.	285	9	103	156	17
11.	305	78	186	41	-
12.	292	100	170	22	-
13.	275	131	141	3	-
Insgesamt	2 810	330	820	1 121	539
Öffentliche Schulen	2 484	285	714	1 036	449
Private Schulen	326	45	106	85	90

so muß er vor dem Eintritt in die Obertertia seine Wahl zwischen dem altsprachlichen Schultyp und dem Typ Neusprachlich I treffen. Der Unterbau I, in dem bereits ab Sexta Latein als Pflichtfach gelehrt wird, wurde im Herbst 1968 von insgesamt 6 620 Schülern (das sind 7,3% aller Gymnasiasten) frequentiert. Während 2 538 oder 2,8% den altsprachlichen Schultyp besuchten, der den Lateinunterricht bis zum Abitur fortsetzt und ab Obertertia zudem Griechisch einführt, entfielen auf den Typ Neusprachlich I (dieser vermittelt ebenfalls bis zum Abitur Lateinkenntnisse) 2 582 oder 2,9%.

Die 59 361 Schüler (65,6% aller Gymnasiasten), die im Oktober 1968 in den Klassen des gemeinsamen Unterbaus II registriert wurden, können die Entscheidung über ihre künftige speziellere Schul Ausbildung bis zum Eintritt in die Obersekunda hinausschieben. Sie haben die Wahl zwischen dem Typ Neusprachlich II (hier werden Englisch und Französisch oder Latein als Pflichtfach gelehrt), dem mathematisch-naturwissenschaftlichen, dem sozialkundlichen und dem musischen Typ. Die meisten Gymnasiasten, die sich in einer Oberstufenklasse befanden, hatten sich für Neusprachlich II (9 015 Schüler oder 10% aller ein Gymnasium besuchenden Jugendlichen) oder für den mathematisch-naturwissenschaftlichen Typ (4 102 oder 4,5%) entschieden. Eine musische oder sozialkundliche Ausbildung genossen 1 615 (1,8%) bzw. 1 201 (1,3%) Schüler der Oberstufe. An den Aufbau-gymnasien wurden insgesamt 3 490 Jungen und Mädchen unterrichtet.

Gut jeder zehnte Gymnasiast des Schuljahres 1967/68 erreichte im Sommer 1968 nicht sein Klassenziel (die Ergebnisse über das Abschneiden der Gymnasiasten des Schuljahres 1968/69 liegen zur Zeit noch nicht vor). Die „Sitzenbleiberquote“ (das ist die auf 100 Gymnasiasten des Schuljahres 1967/68 bezogene Zahl der am Schluß dieses Schuljahres nicht versetzten Schüler) war in den einzelnen Jahrgangsklassen unterschiedlich hoch. Sie

betrug in der Sexta nur 2,7, stieg in den folgenden Unterstufenklassen sodann stark an, erreichte in der Untertertia mit 15,5 ihr Maximum, um danach wieder bis auf 6,0 (Oberprima) abzusinken.

Die 90 524 Anfang Oktober 1968 gezählten Gymnasiasten bildeten 2 810 selbständige Klassen (einschließlich Parallelklassen), so daß im Durchschnitt 32,2 Schüler auf eine Klasse entfielen. Die durchschnittliche Klassenstärke war damit um einen Schüler geringer als die des Vorjahres. Immerhin bestanden noch 539 Klassen, in denen mehr als 40 Schüler zur gleichen Zeit unterrichtet wurden.

3. Lehrer

Zur Unterrichtung der Gymnasiasten wurden im Herbst 1968 insgesamt 3 671 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrkräfte (einschließlich Lehramtsanwärter) eingesetzt, und zwar 2 563 Lehrer und 1 108 Lehrerinnen. Das sind 376 Lehrkräfte mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Schüler je Lehrer, die seit zehn Jahren laufend zugenommen hatte, betrug damit nur noch 24,7, nachdem sie im Oktober 1967 mit 26,1 den bisher höchsten Stand inne hatte. Den Privatschülern standen relativ mehr Lehrer zur Verfügung als den Schülern der öffentlichen Schulen. Die Relation Schüler-Lehrer belief sich bei den Privatschulen auf 22,0, bei den öffentlichen Schulen dagegen auf 25,1.

Trotz der höheren Lehrerzahl ist der Notstand an den Gymnasien nach wie vor groß. Um die Situation zu entspannen oder gar zu normalisieren, wurden in den letzten Jahren Entlastungsmaßnahmen wie Bezahlung von Mehrstunden und vor allem verstärkter nebenamtlicher Unterricht ergriffen. Die Zahl der nebenamtlichen, nebenberuflichen und teilbeschäftigten Lehrer - im Herbst 1968 waren es 1 065 - stieg darum in den letzten zehn Jahren mehr als doppelt so schnell wie die ihrer hauptamtlichen und hauptberuflichen Kollegen.

In der Lehrerschaft, die zu 53,2% katholisch und zu 44,4% evangelisch war, hat, bedingt einerseits durch die vermehrte Einstellung von Studienreferendaren und -assessoren, andererseits durch das zunehmende Ausscheiden alter Lehrer, die das Pensionsalter erreicht haben, ein Verjüngungsprozeß stattgefunden. War im Frühjahr 1964 noch gut jeder dritte (36,3%) hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer älter als 50 Jahre, so gehörte im Herbst 1968 nur noch knapp jeder vierte Lehrer (24,0%) zu dieser Altersgruppe. Der Anteil der jungen, unter 35jährigen Lehrer hat in letzter Zeit dafür stark zugenommen. Er betrug 39,8% gegenüber 23,9% im Jahre 1964. Der größere Teil dieser Nachwuchskräfte, insgesamt 24,2% aller Gymnasiallehrer, hatte noch nicht das 30. Lebensjahr überschritten (1964: 8,8%).

Die weitaus meisten hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrkräfte hatten die Prüfung für das Lehramt im höheren Schuldienst abgelegt (87,0%). Vorherrschend war die Lehrbefähigung für Deutsch, die nahezu jeder dritte Lehrer besaß (30,5%). Geschichte (24,5%), die Fremdsprachen Englisch (23,6%) und Französisch (20,8%) sowie Erdkunde (19,7%) erwiesen sich ebenfalls noch als gut vertreten. Da-

gegen waren die naturwissenschaftlichen Fächer Mathematik (16,4%), Physik (15,3%), Chemie (11,2%) und Biologie (10,2%) erheblich schwächer besetzt.

Die 3 671 hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer erteilten während des Schuljahres 1968/69 in einer normalen Arbeitswoche, in der keine Unterrichtsstunde durch Feiertage oder schulische Sonderveranstaltungen ausfiel, 82 740 Unterrichtsstunden. Auf einen Lehrer entfielen damit im Durchschnitt 22,5 tatsächlich erteilte Wochenstunden. Wenn diese Zahl die durchschnittliche Sollstundenzahl (24,6) um gut 2 Stunden unterschritt, so ist das auf Stundenermäßigungen (zum Beispiel wegen Altersentlastung, Verwaltungsarbeit, Mentorentätigkeit oder Kriegsleiden) zurückzuführen.

4. Abiturienten im Sommer 1969

Am 10. März 1969, also unmittelbar vor der Reifeprüfung des Schuljahres 1968/69, wurden insgesamt 5 753 Oberprimaner (2 323 hiervon waren Mädchen) an den rheinland-pfälzischen Gymnasien gezählt. 27 von ihnen meldeten sich nicht zur Prüfung. Von den 5 726 Schülern, die an der Reifeprüfung teilnahmen, versagten 112 (1,9%) bereits in der schriftlichen, 170 (3,0%) dann in der mündlichen Prüfung. Damit erwarben 5 444 Gymnasiasten (3 192 Jungen und 2 252 Mädchen) im Sommer 1969 das Reifezeugnis. Die Zahl der Abiturienten weist seit einigen Jahren eine starke Zunahme auf. Im Vergleich zu 1965, als 2 513 Jungen und Mädchen die Reifeprüfung bestanden, stieg sie um mehr als das Doppelte.

Eine Verteilung der Abiturienten auf die einzelnen Schultypen zeigt, daß von 100 Jungen 39 die Hochschulreife an einem neusprachlichen, 31 an einem mathematisch-naturwissenschaftlichen, 15 an einem altsprachlichen, 8 an einem musischen und 7 an einem Aufbaugymnasium erlangt haben. Die Verteilung der Abiturientinnen auf die einzelnen Schultypen sieht dagegen anders aus. Von 100 Mädchen bestanden mehr als die Hälfte, nämlich 57, die Reifeprüfung an einem neusprachlichen, 16 an einem sozialkundlichen und 11 an einem musischen Gymnasium. An einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium erwarben nur 7, an einer Aufbauschule lediglich 6 und an einer Schule altsprachlichen Typs sogar nur 3 von 100 Mädchen das Zeugnis der Reife. Seit Ostern 1966 hat die Quote der Abiturienten, die eine Schule neusprachlichen oder mathematisch-naturwissenschaftlichen Typs absolviert haben, um 4 bzw. 2 Punkte auf Ko-

sten der altsprachlichen Gymnasien zugenommen. Bei der Verteilung der Abiturientinnen auf die einzelnen Schultypen ist während der letzten drei Jahre keine wesentliche Verschiebung zu beobachten.

Mit 4,9% war der Anteil der Primaner und Primanerinnen, die im Sommer 1969 die Reifeprüfung nicht bestanden, um 1,7 Prozentpunkte geringer als im Sommer zuvor. Die Ausfallquote der Jungen, die von jeher größer als die der Mädchen ist, belief sich bei dem letzten Prüfungstermin auf 6,3%, die der Mädchen dagegen nur auf 2,8%. Die Chance, das Examen zu bestehen, ist für den Privatschüler größer als für den Besucher einer öffentlichen Schule. Dies lehrt jedenfalls eine längerfristige Betrachtung der Prüfungsergebnisse (in denen sich selbstverständlich die unterschiedlichen Lehr- und Lernvoraussetzungen an den beiden Schulgattungen niederschlagen). Im Sommer 1969 erreichten nur 2,4% der Oberprimaner privater Schulen das Ziel der Hochschulreife nicht, von den Schülern der öffentlichen Schulen dagegen 5,3%.

Unter den einzelnen Schultypen wiesen die Aufbaugymnasien mit 6,9% die höchsten Ausfälle beim Abschlußexamen auf (ein Jahr zuvor waren es sogar 9,2% gewesen). Selbst die Mädchen verzeichneten hier eine relativ hohe Versagerquote (4,9%). Dies mag auf die besonders großen Anforderungen, die an Schüler der Aufbaugymnasien wegen der verkürzten, nur sechsjährigen Ausbildung gestellt werden, zurückzuführen sein. Auch an den mathematisch-naturwissenschaftlichen sowie an den altsprachlichen Gymnasien scheiterten mit 5,7% bzw. 5,1% überdurchschnittlich viele Prüflinge. Beim neusprachlichen, sozialkundlichen und musischen Schultyp lagen die entsprechenden Quoten mit 4,5%, 4,3% und 4,1% dagegen unter dem Gesamtdurchschnitt.

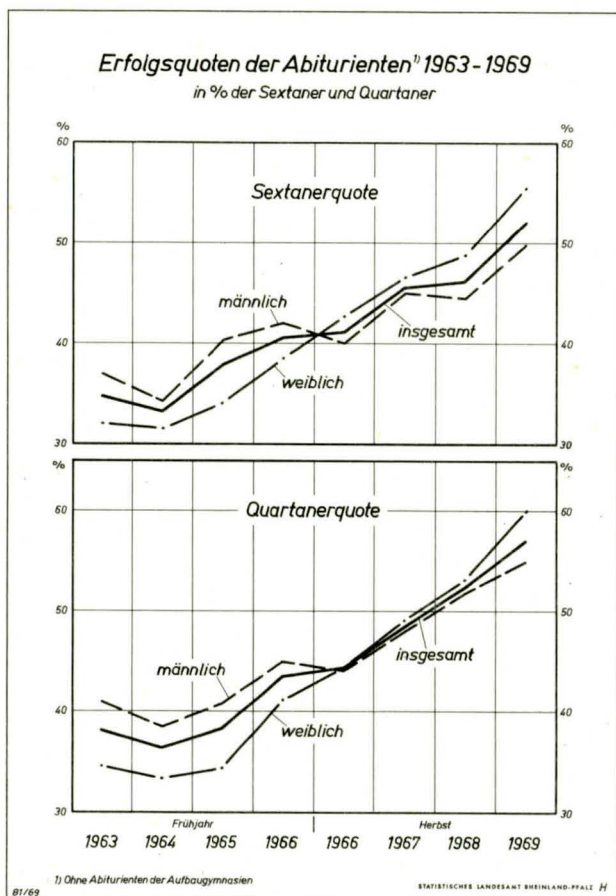
Nach ihren beruflichen Plänen befragt, gaben jeder vierte Abiturient und jede zweite Abiturientin an, den Lehrerberuf ergreifen zu wollen. Während die meisten dieser Abiturienten den Wunsch äußerten, Lehrer an einem Gymnasium zu werden, hatte sich die überwiegende Zahl der Abiturientinnen für den Volksschullehrerberuf entschieden. 13,3% aller Jungen und 19,0% aller Mädchen, denen im Sommer 1969 das Reifezeugnis ausgehändigt wurde, beabsichtigten, in einen nichtakademischen Beruf zu gehen.

5. Abiturienten- und Erfolgsquoten

Da die Abiturienten eines Jahres fast ausschließlich aus fünf Geburtsjahren kommen - für die Abiturienten von 1969 sind das die Jahre 1947 bis 1951 -, bezieht man sie zur Ermittlung der sogenannten Abiturientenquote jahrgangsweise auf die fünf entsprechenden Jahrgänge der Wohnbevölkerung. Für 1969 errechnet sich auf diese Weise eine Abiturientenquote von insgesamt 10,2%. Seit Ostern 1966, als mit 7,7% zum ersten Mal der Bundesdurchschnitt erreicht wurde (wenige Jahre zuvor nahm Rheinland-Pfalz noch den letzten Rang unter allen Bundesländern ein), weist die Abiturientenquote unseres Landes eine starke Aufwärtsentwicklung auf. Die Quote des Jahres 1969 übertrifft die vom Wissenschaftsrat wenige Jahre vorher voraus-

Abiturienten nach Schultypen im Sommer 1969

Schultyp	Insgesamt		Männlich	Weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	
Altsprachlich	555	10,2	497	58
Neusprachlich	2 537	46,6	1 244	1 293
Math. -naturw.	1 156	21,2	991	165
Aufbaugymnasien	348	6,4	212	136
Sozialkundlich	352	6,5	-	352
Musisch	496	9,1	248	248
Insgesamt	5 444	100,0	3 192	2 252



geschätzte Höhe bereits um 2,4 Prozentpunkte. Die Abiturientenquote der Jungen, die von jeher größer ist als die der Mädchen, belief sich im Sommer 1969 auf 11,7% (Mädchen 8,6%).

Eine Antwort auf die Frage, mit welchem schulischen Erfolg die Jungen und Mädchen die Gymnasien besuchen, geben die sogenannten Erfolgsquoten. Diese erhält man dadurch, daß man den Prozentanteil der Abiturienten eines Abiturjahrganges an der Zahl der Sextaner vor neun Jahren (Sextanerquote) oder - wegen der großen Fluktuation in den beiden untersten Gymnasialklassen - an

der Zahl der Quartaner vor sieben Jahren (Quartanerquote) errechnet. Die Absolventen der Aufbaugymnasien dürfen wegen der nur sechsjährigen Schulausbildung hierbei nicht berücksichtigt werden. Die Erfolgsquoten informieren also darüber, wieviel Prozent der Sextaner vor neun Jahren bzw. der Quartaner vor sieben Jahren nach dem Durchlaufen der normalen Schulzeit das Reifezeugnis erworben haben. Zu beachten ist jedoch, daß die genannten Quoten wegen der Nichtbeachtung einiger Faktoren nur Hilfsgrößen sein können. Bei einer exakten Berechnung der Erfolgsquoten eines bestimmten Jahres müßten eigentlich die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungsbewegung der Schüler berücksichtigt werden (ehemalige Sextaner oder Quartaner können ja vor der Erreichung des Schulabschlusses gestorben oder in ein anderes Bundesland verzogen sein, so daß sie die Abiturientenzahl unseres Landes nicht beeinflussen; andererseits kann durch Zuzüge die Zahl der „ehemaligen“ Sextaner oder Quartaner vergrößert worden sein). Da für die Gymnasialschüler jedoch keine speziellen Angaben über die Sterbewahrscheinlichkeit und die Wanderungsbewegung vorliegen, müssen diese Einflüsse vernachlässigt und eine gewisse Unkorrektheit der Quoten hingenommen werden.

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre, so fällt eine rasche Zunahme der Erfolgsquoten auf. Was die Sextanerquote betrifft, so steht einem Wert von 35% im Jahre 1963 ein solcher von 52% im Jahre 1969 gegenüber. Die Erfolgsbilanz der Mädchen stieg in dem genannten Zeitraum sogar von 32 auf über 55%, während die der Jungen sich „nur“ von 37 auf 50% verbesserte.

Die Quartanerquote, die normalerweise größer als die Sextanerquote sein muß, stellte sich im Sommer 1969 auf 57% (1963: 38%). Auch bei Zugrundelegung der Quartanerquote zeigt sich für die Mädchen ein günstigeres Bild als für die Jungen. Sie erreichten eine Quote von 60% (1963: 35%), wogegen die Jungen eine solche von lediglich 55% (1963: 41%) verbuchen konnten.

Dipl.-Volkswirt H. Jucknat

Bodennutzung im Jahre 1969

1. Hauptnutzungsarten

Die Wirtschaftsfläche von Rheinland-Pfalz, zu der auch außerhalb der Landesgrenzen liegende Grundstücke gehören, wenn diese von rheinland-pfälzischen Betrieben bewirtschaftet werden, umfaßt rund 1 984 000 ha. Sie unterliegt in den einzelnen Jahren nur geringfügigen Veränderungen und ist etwas größer als die Katasterfläche des Landes. Der weitaus überwiegende Teil wird land- oder forstwirtschaftlich genutzt. Die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) betrug 1969 rund 959 700 ha oder 48,4%, während die Waldfläche mit 753 000 ha oder 37,9% beteiligt war. Beide Nutzungsarten zusammen beanspruchten somit 86,3% der Gesamtfläche. Auf Straßen, Wege und Eisenbahnen entfielen 103 400 ha (5,2%), auf Gebäude- und Hofflächen 58 700 ha (3,0%) sowie auf Öd- und Un-

land 54 000 ha (2,7%). Darüber hinaus nahmen sonstige Nutzungsarten wie Gewässer, Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen, Sport-, Flug- und Übungsplätze sowie unkultivierte Moorflächen noch 2,8% in Anspruch.

Der etwa seit 1956 zu beobachtende Trend in der Entwicklung der Hauptnutzungsarten hat sich im wesentlichen auch 1969 fortgesetzt. Die LN wurde seit dem Vorjahr um weitere 1 100 ha reduziert. Damit beträgt der Gesamtrückgang seit 1956 nunmehr rund 30 000 ha. Nachdem die Forsten und Holzungen 1968 erstmals seit Jahren eine Abnahme aufgewiesen hatten, konnte für 1969 wieder ein deutlicher Zugang festgestellt werden, und zwar um rund 1 500 ha. Die seit geraumer Zeit wieder anziehenden Holzpreise und die Bemühungen um die Aufforstung der Brachflächen waren sicherlich

die Hauptursachen für die erneute Ausdehnung. Die 1969 nachgewiesene Waldfläche übersteigt die bisher größte aus dem Jahre 1966 um rund 200 ha. Seit 1956 nahmen die Forsten und Holzungen um rund 17 000 ha, seit 1952 sogar um 23 000 ha zu. Im Zuge der seit Jahren lebhaften Bautätigkeit werden für Gebäude, Fabrikanlagen und Straßen immer größere Flächen in Anspruch genommen. Auch 1969 wiesen diese Nutzungsarten wiederum deutliche Zugänge auf. Die Erweiterungen während der letzten 15 Jahre belaufen sich bei den Gebäude- und Hofflächen nunmehr auf rund 17 000 ha und bei den Verkehrszwecken dienenden Flächen auf 13 000 ha. Nachdem das Öd- und Unland im Jahre 1953 mit rund 87 000 ha den höchsten Stand erreicht hatte, läßt sich für die Jahre danach bis 1965 ein Rückgang um 35 000 ha feststellen. Vor allem in der Eifel wurden während dieser Zeit große Ödländereien in Kulturland umgewandelt. Nur so ist es zu erklären, daß die LN bei der erheblichen Inanspruchnahme für außerlandwirtschaftliche Zwecke nicht stärker als oben erwähnt zurückging. Seit 1966 zeigt sich jedoch wiederum ein Anstieg des Öd- und Unlandes, und zwar um rund 2 000 ha.

Wirtschaftsfläche nach Hauptnutzungsarten 1968 und 1969

Nutzungsart	1968	1969	Veränderung	
	ha	ha	ha	%
Landwirtschaftl. Nutzfläche	960 789	959 705	48,4	- 0,1
Waldflächen, Forsten und Holzungen	751 419	752 968	37,9	0,2
Unkultivierte Moorflächen	1 766	1 656	0,1	- 6,2
Öd- und Unland	53 818	54 012	2,7	0,4
Gebäude- und Hofflächen	57 664	58 655	3,0	1,7
Wegeland und Eisenbahnen	103 214	103 376	5,2	0,2
Gewässer	26 825	26 870	1,4	0,2
Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen, Sport-, Flug- und Übungsplätze	28 464	26 726	1,3	- 6,1
Insgesamt	1 983 959	1 983 968	100,0	0,0

Der Anteil der LN an der Gesamtwirtschaftsfläche ist regional sehr unterschiedlich und hauptsächlich durch die mehr oder weniger stark verbreiteten Waldungen bedingt. Im Regierungsbezirk Koblenz entfallen 44%, in Trier 49% und in Rheinhessen-Pfalz 53% auf LN, während der Wald in Koblenz 41%, in Trier 39% und in Rheinhessen-Pfalz 33% einnimmt. Unter den Landkreisen erreichen vor allem Alzey-Worms, Mainz-Bingen und Ludwigshafen sehr hohe LN-Anteile und entsprechend geringe für Wald. Extrem hohe Waldanteile haben dagegen die Landkreise Pirmasens, Ahrweiler, Bad Dürkheim, Kaiserslautern und Bernkastel-Wittlich.

2. Kulturarten

Obwohl in Rheinland-Pfalz ein umfangreicher Anbau von Sonderkulturen vorhanden ist, steht die Acker- und Grünlandnutzung eindeutig im Vordergrund. Im Jahre 1969 entfielen 559 500 ha oder 58,3% der LN auf Ackerland, 305 500 ha (31,8%) auf Dauergrünland und 55 332 ha (5,8%) auf bestocktes Rebland. Ferner gehörten noch 23 200 ha Haus-, Klein- und Ziergärten, 12 500 ha Obstanlagen, knapp 3 000 ha nicht bestockte Rebflächen, 562 ha Baumschulen und 170 ha Korbweiden-

Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Kulturarten 1968 und 1969

Kulturart	1968	1969	Veränderung	
	ha	ha	ha	%
Ackerland	561 882	559 480	58,3	- 0,4
Gartenland	22 935	23 206	2,4	1,2
Haus- und Kleingärten	20 968	21 198	2,2	1,1
Private Parkanlagen, Rasenflächen u. ä.	1 967	2 008	0,2	2,1
Geschlossene Obstanlagen	12 201	12 467	1,3	2,2
Baumschulen	569	562	0,1	- 1,2
Dauergrünland	305 369	305 505	31,8	0,0
Wiesen	197 401	196 979	20,5	- 0,2
Weiden	66 941	67 225	7,0	0,4
Streuwiesen und Hutungen (einschl. geringer Weiden)	16 682	16 131	1,7	- 3,3
Nicht genutztes Grünland	24 345	25 170	2,6	3,4
Bestockte Rebfläche	54 483	55 332	5,8	1,6
Nicht bestockte Rebfläche	3 156	2 983	0,3	- 5,5
Korbweidenanlagen	194	170	0,0	- 12,4
Insgesamt	960 789	959 705	100,0	- 0,1

anlagen dazu, die jedoch zusammen nur 4,1% der LN ausmachten.

Das Ackerland wurde seit dem Vorjahr um weitere 2 400 ha reduziert. Der Gesamttrückgang seit 1956 beläuft sich damit auf 83 800 ha. Geringe Abnahmen verzeichneten ferner Baumschulen, nicht bestocktes Rebland und Korbweidenanlagen. Bemerkenswerte Zugänge erfuhren dagegen das Gartenland, Dauergrünland und bestocktes Rebland. Das Kulturartenverhältnis, das hauptsächlich durch die natürlichen Standortfaktoren Klima, Bodengüte und Höhenlage bestimmt wird, gestaltet sich in den einzelnen Gebieten von Rheinland-Pfalz ebenfalls sehr verschieden. Hohe Ackeranteile finden sich vor allem in Rheinhessen, der Vorderpfalz, an der unteren Nahe, in der Wittlicher Senke sowie im Bitburger Land und Neuwieder Becken. Mehr Dauergrünland als Ackerland ist dagegen in den Landkreisen Daun, Prüm, Neuwied sowie im Ober- und Unterwesterwaldkreis anzutreffen.

Vom Dauergrünland wurden 197 000 ha hauptsächlich als Wiesen und 67 000 ha als Weiden genutzt, während rund 16 000 ha auf Hutungen und geringe Weiden entfielen, die nicht ordnungsgemäß bewirtschaftet und nur gelegentlich beweidet werden. Bei der zuletzt genannten Grünlandart handelt es sich größtenteils um stark hängige Flächen und um die Randzonen der Flug- und Übungsplätze, die in der Regel von Schafherden abgeweidet werden. Im Zuge der Intensivierung der Rindviehhaltung vollzog sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren eine deutliche Nutzungsverlagerung von den Wiesen zu den Weiden. Während die Wiesen um etwa 20 000 ha reduziert wurden, erfuhren die Viehweiden eine Erweiterung in der gleichen Größenordnung. Auch von 1968 auf 1969 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt.

Von der 55 332 ha großen bestockten Rebfläche standen 49 977 ha im Ertrag, 5 156 ha waren Jungfelder, 59 ha dienten als Unterlagenschnittgärten und 140 ha als Rebschulen. Im Vergleich zu 1968 ist die Gesamtfläche um 849 ha ausgeweitet worden. Von der Ertragsfläche war der weitaus größte Teil, nämlich 45 367 ha, mit Weißweinreben bestockt und nur 4 610 ha mit Rotweinreben. Während die mit weißen Rebsorten bestandene Ertrags-

Jahr	Ins- gesamt	Im Ertrag stehend						Jungfelder		Unter- lagen- schnitt- gärten	Reb- schulen
		zusammen		weiße Rebsorten		rote Rebsorten					
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%	ha		
1960	50 999	44 644	87,5	39 795	78,0	4 849	9,5	5 984	11,7	144	227
1961	51 676	45 971	89,0	40 939	79,2	5 032	9,8	5 389	10,4	134	182
1962	52 094	46 687	89,6	41 729	80,1	4 958	9,5	5 127	9,8	118	162
1963	52 239	47 629	91,2	42 706	81,8	4 923	9,4	4 345	8,3	116	149
1964	52 400	47 826	91,3	42 896	81,9	4 930	9,4	4 333	8,3	95	146
1965	52 504	47 917	91,3	42 921	81,8	4 996	9,5	4 375	8,3	77	135
1966	52 872	48 145	91,1	43 255	81,8	4 890	9,3	4 504	8,5	72	151
1967	53 518	48 675	91,0	43 868	82,0	4 807	9,0	4 659	8,7	57	127
1968	54 483	49 187	90,3	44 470	81,6	4 717	8,7	5 115	9,4	55	126
1969	55 332	49 977	90,3	45 367	82,0	4 610	8,3	5 156	9,3	59	140

fläche von 1964 bis 1966 nur geringe Zunahmen zu verzeichnen hatte, erreichten diese seit 1967 wieder einen ähnlichen Umfang wie in den meisten Jahren vor 1964. Gegenüber dem Vorjahr betrug die Ausdehnung der Weißwein-Ertragsfläche 897 ha, gegenüber 1966 waren es 2 112 ha und gegenüber 1960 sogar 5 572 ha. Im Vergleich zu 1968 lassen sich geringe Erweiterungen auch bei den Jungfeldern, Unterlagenschnittgärten und Rebschulen feststellen. Die mit Rotweinreben bestockte Ertragsfläche wurde dagegen erneut um 107 ha eingeschränkt. Die rückläufige Entwicklung kann insbesondere seit 1966 beobachtet werden. Der Gesamtrückgang belief sich seitdem auf reichlich 400 ha.

Nach der Neugliederung der Verwaltungsbezirke ist der Landkreis Landau - Bad Bergzabern mit 9 989 ha bestockter Rebfläche der größte Weinbaukreis in Rheinland-Pfalz. Es folgen die Landkreise Alzey-Worms (9 218 ha), Mainz-Bingen (8 349 ha) und Bad Dürkheim (7 357 ha). Mehr als 2 000 ha bestocktes Rebland haben ferner die Landkreise Bad Kreuznach (4 384 ha), Trier-Saarburg (4 261 ha), Bernkastel-Wittlich (3 835 ha) und Cochem-Zell (2 208 ha). Die erwähnte Ausdehnung der Rebfläche gegenüber 1968 vollzog sich hauptsächlich in den Landkreisen Alzey-Worms, Landau-Bad Bergzabern und Bernkastel-Wittlich. Bemerkenswerte Einschränkungen sind dagegen im Rhein-Lahn- und Rhein-Hunsrück-Kreis sowie im Landkreis Cochem-Zell vorgenommen worden.

Die bedeutendste Weinbaugemeinde von Rheinland-Pfalz ist nunmehr Neustadt an der Weinstraße mit 1 961 ha bestockten Reblandes. Mehr als 600 ha

weisen ferner Bad Dürkheim (1 008 ha), Maikammer (869 ha), Worms (715 ha), Bad Kreuznach (690 ha) und Nierstein (684 ha) auf.

Seit etwa 15 Jahren bleiben in Rheinland-Pfalz aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen größere Flächen der LN ungenutzt. Die ehemaligen Bewirtschafter haben die landwirtschaftliche Tätigkeit ganz oder teilweise aufgegeben und üben einen Hauptberuf außerhalb der Landwirtschaft aus. Da es sich vielfach um Grenzertragsböden, stark hängige oder parzellierte Flächen handelt, ist niemand bereit, diese zu pachten oder unentgeltlich zu bewirtschaften. Die auch als Sozialbrache bezeichneten ungenutzten Flächen (ohne Schwarzbrache) beliefen sich 1969 auf rund 45 300 ha oder 4,7% der gesamten LN. Davon entfielen 25 200 ha auf nicht genutztes Grünland, 17 200 ha auf nicht bewirtschaftetes Ackerland und 3 000 ha auf nicht bestocktes Rebland. Im Vergleich zum Vorjahr zeichneten die Brachflächen einen Zugang um fast 2 000 ha, der sich ausschließlich auf das Acker- und Grünland bezieht. Das nicht bestockte Rebland ist zwar zum Teil echte Rebbrache, die wieder bestockt wird, aber bei dem größeren Teil handelt es sich um ausgehauene Weinberge in Steillagen, die bereits seit einer Reihe von Jahren ungenutzt blieben und zumindest in absehbarer Zeit nicht mehr mit Reben bepflanzt werden. Andererseits liegt ein Teil der früher landwirtschaftlich genutzten Flächen über zehn Jahre brach und befindet sich in einem solchen Zustand, daß er bei der Bodennutzungserhebung schon zum Ödland zählt. Die nicht mehr genutzte ehemalige LN ist daher

Brachflächen in den Regierungsbezirken 1969

Regierungsbezirk	Insgesamt		Anteil an der LN	Nicht genutztes Dauergrünland		Anteil am Dauergrünland	Nicht beackerte und nicht bewirtschaftete Felder		Anteil am Ackerland	Nicht bestocktes Rebland	
	ha	%		ha	%		ha	%		ha	%
Koblenz	21 764	48,0	6,0	14 011	55,7	9,9	6 831	39,8	3,4	922	30,9
Trier	7 035	15,5	3,0	4 349	17,3	4,2	2 433	14,2	2,1	253	8,5
Rheinhausen-Pfalz	16 510	36,5	4,6	6 810	27,0	11,2	7 892	46,0	3,3	1 808	60,6
Rheinland-Pfalz	45 309	100,0	4,7	25 170	100,0	8,2	17 156	100,0	3,1	2 983	100,0

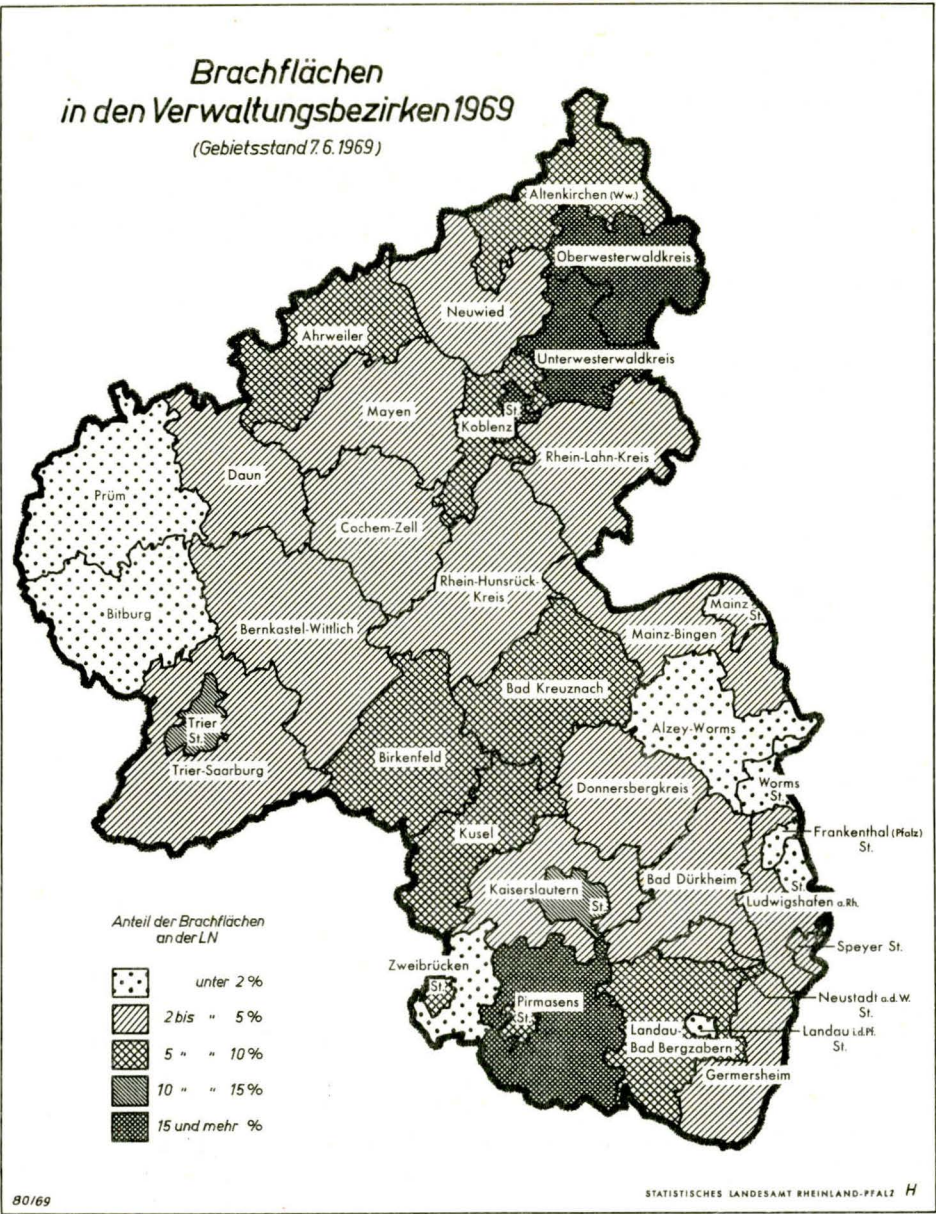
in Wirklichkeit noch größer als hier angegeben. Sie kommt hauptsächlich im Ober- und Unterwesterwaldkreis sowie in den Landkreisen Birkenfeld, Kreuznach, Kusel und Pirmasens vor.

3. Feldfrucht- und Futterbau

Die großen Strukturwandlungen in der Landwirtschaft haben auch das Fruchtartenverhältnis auf dem Ackerland erheblich beeinflusst. Aus arbeitswirtschaftlichen Erwägungen und begünstigt durch den Einsatz des Mähdreschers ist der Anteil des Getreideanbaues an der genutzten Ackerfläche von 57% im Jahre 1956 auf 68% im Jahre 1969 angestiegen. Die Verbreitung des Hackfruchtbaues ist dagegen während des gleichen Zeitraumes von 27 auf 20% zurückgegangen, weil sich die Pflege-, Ernte- und Verwertungsarbeiten in vielen Betrieben nur mit großem finanziellen Aufwand mechanisieren lassen. Außerdem ist der Verbrauch an Speisekartoffeln in den letzten Jahren erheblich eingeschränkt worden, und vor allem größere Betriebe haben die Schweinemast aus Gründen der Rationalisierung auf Getreide umgestellt. Ferner wird in vielen Betrieben bei der Winterfütterung des Rindviehs die Runkelrübe heute ganz oder wenigstens teilweise durch Gärfutter ersetzt. Die bessere Pflege und Düngung des Dauergrünlandes und die Ausdehnung des Weideauftriebs im Sommer führten auch zu einer Einschränkung der Hauptfruchtfutterfläche von 13% im Jahre 1956 auf derzeit 9%.

Die Getreidefläche erreichte 1969 mit rund 375 000 ha ihr bisher größtes Ausmaß. Nachdem sie im vergangenen Jahre um etwa 11 500 ha erweitert worden war, erfuhr sie 1969 eine erneute Ausdehnung um 4 300 ha. Die Gesamtzunahme seit 1956 beläuft sich damit auf rund 23 000 ha. Von der Gesamtfläche waren 177 600 ha mit Brotgetreide und 194 300 ha mit Futter- und Industriegetreidearten bestellt. Der Anbau der zuletzt genannten Arten übertraf damit erstmals seit 1962 wieder den Anteil der Brotfrüchte. Verursacht wur-

de diese Erscheinung hauptsächlich durch eine erhebliche Einschränkung des Winterroggenanbaues (— 12 700 ha) und eine kräftige Erweiterung der Flächen von Sommergerste (+ 6 300 ha) und Hafer (+ 3 100 ha). Im Herbst 1968 hatten während der Saatzeit des Winterroggens von Ende September bis Mitte Oktober sehr ungünstige Witterungsbedingungen geherrscht, so daß offenbar nicht alle Anbauvorhaben verwirklicht werden konnten. Insbesondere die Flächen von Sommergerste und Hafer, in geringerem Umfang auch die von Sommergetreide (+ 1 400 ha), wurden daraufhin entsprechend erweitert. Die Gesamtfläche der Futter- und Industriegetreidearten erfuhr im Vergleich zu 1968 eine Ausdehnung um 11 300 ha. Lediglich im Jahre 1962, als infolge starker Auswinterungsschäden der Anbau von Sommergetreide eine ungewöhnliche Zunahme zu verzeichnen hatte, wurden größere Flächen als 1969 nachgewiesen. Umgekehrt war der Anbau von Brotgetreide bisher nur 1962 geringer als der von 1969.



Fruchtart	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
	ha									
<u>Getreide</u>	364 753	358 729	349 794	360 169	360 708	357 269	355 373	359 380	370 784	375 115
Brotgetreidearten	201 771	184 414	152 439	186 581	189 403	193 832	182 078	182 977	185 630	177 607
Winterweizen	107 709	100 672	72 810	102 733	104 168	109 198	101 716	109 271	118 750	121 373
Sommerweizen	4 440	10 417	23 459	16 289	12 550	10 317	14 760	12 187	11 994	14 418
Winterroggen	79 256	67 212	50 346	61 094	67 001	69 028	62 001	57 830	51 350	38 682
Sommerroggen	2 205	1 702	1 842	1 752	2 048	1 426	1 160	1 029	1 080	1 024
Wintermengetreide	8 161	4 411	3 982	4 713	3 636	3 863	2 441	2 660	2 456	2 110
Futter- und Industriegetreidearten	162 585	173 884	196 718	173 076	170 662	162 563	172 129	174 696	182 990	194 256
Wintergerste	10 438	14 298	5 721	10 021	10 753	9 420	9 871	11 838	11 651	12 010
Sommergerste	60 752	72 296	83 720	74 037	71 865	67 324	78 253	76 446	79 076	85 419
Hafer	79 717	75 280	88 277	76 831	75 011	68 123	65 036	66 841	70 351	73 481
Sommermengetreide	11 678	12 010	19 000	12 187	13 033	17 696	18 969	19 571	21 912	23 346
Körnermais	397	431	637	512	643	874	1 166	1 707	2 164	3 252
<u>Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung</u>	799	862	2 356	1 403	1 682	1 458	1 367	1 689	1 401	1 301
<u>Hackfrüchte</u>	154 159	143 030	153 671	143 120	139 782	124 232	118 739	108 382	111 472	106 038
Kartoffeln	87 314	81 019	85 239	77 941	73 603	65 538	60 875	54 493	54 963	50 874
Zuckerrüben	19 096	15 867	21 003	22 080	23 671	19 476	19 624	18 684	19 483	19 506
Runkelrüben	42 831	41 543	41 951	38 037	37 294	34 757	33 498	30 960	31 975	31 005
Sonstige Hackfrüchte	4 918	4 601	5 478	5 062	5 214	4 461	4 742	4 245	5 051	4 653
<u>Gemüse, Erdbeeren und sonstige Gartengewächse</u>	7 852	7 991	8 589	8 789	8 590	7 051	7 218	6 962	7 077	7 336
<u>Handelsgewächse</u>	3 125	2 715	2 646	2 801	2 898	2 614	2 977	2 927	2 696	2 953
Raps, Rübsen	413	752	878	804	810	922	1 015	1 113	1 246	1 546
Sonstige Handelsgewächse	2 712	1 963	1 768	1 997	2 088	1 692	1 962	1 814	1 450	1 407
<u>Futterpflanzen</u>	70 624	79 187	71 726	72 486	73 793	65 314	65 190	63 253	49 180	48 126
Klee und Klee gras	24 959	31 341	21 126	24 768	25 443	19 276	19 696	19 856	16 874	16 122
Luzerne	24 461	25 032	20 676	21 551	21 941	21 598	20 091	16 557	13 238	11 876
Ackerwiesen und Ackerweiden	12 562	17 175	18 893	17 668	19 614	15 277	17 536	18 199	12 968	11 540
Sonstige Futterpflanzen	8 642	5 639	11 031	8 499	6 795	9 163	7 867	8 641	6 100	8 588
<u>Gründungspflanzen und Schwarzbrot</u>	3 005	2 880	3 256	3 074	2 730	3 561	3 427	4 006	3 442	1 455
Nicht beackerte und nicht bewirtschaftete Felder (Sozialbrache)	12 894	12 452	13 253	12 659	11 775	15 560	17 822	21 089	15 830	17 156
Ackerland	617 211	607 846	605 291	604 501	601 958	577 059	572 113	567 688	561 882	559 480

Winterweizen erreichte mit einer Zunahme um 2 600 ha auf 121 400 ha einen neuen Höchststand und war der Fläche nach die weitaus bedeutendste Getreideart in Rheinland-Pfalz. Danach folgten Sommergerste mit 85 400 ha, Hafer (73 500 ha) und Winterroggen (38 700 ha). Von den weniger verbreiteten Arten wiesen noch Sommerweizen, Wintergerste und Körnermais bemerkenswerte Zunahmen, Wintermengetreide und Sommerroggen dagegen Rückgänge auf. Der Anbau von Körnermais, der auch in Rheinland-Pfalz eine immer stärkere Verbreitung findet, betrug erstmals mehr als 3 000 ha.

Der Anbau von Hülsenfrüchten zur Körnergewinnung belief sich auf rund 1 300 ha gegenüber 1 400 ha im Jahr vorher. Dabei wurden die Flächen von Erbsen und Bohnen zu Speisezwecken sowie von Ackerbohnen kräftig erweitert, die der übrigen Arten dagegen reduziert. Mit 622 ha waren Ackerbohnen die im Anbau bevorzugteste Art, gefolgt von Speiseerbsen und Speisebohnen mit 358 ha.

Für Handelsgewächse wurde seit mehreren Jahren eine Fläche von annähernd 3 000 ha nachgewiesen. Rund 1 500 ha davon entfielen 1969 auf Ölfrüchte und reichlich 1 000 ha auf Tabak. Der Anbau von Ölfrüchten erfuhr im Vergleich zum Vorjahr eine Ausdehnung um 24%, während die Hopfenfläche von 19 auf 14 ha zurückging.

Der Hackfruchtbaub umfaßte 106 000 ha gegenüber 111 500 ha im Jahre 1968. Von der Gesamtfläche waren 50 900 ha mit Kartoffeln, 19 500 ha mit Zuckerrüben, 31 000 ha mit Runkelrüben, 4 200 ha mit Kohlrüben und 450 ha mit Futtermöhren, Futterkohl und sonstigen Hackfrüchten bestellt. Die Kartoffelfläche verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang um 7,4%, und zwar bei den frühen Sorten um 2,8% auf 5 500 ha und bei den mittelfrühen, mittelspäten und späten Sorten um 8,0% auf 45 400 ha. Seit 1960 wurde der Kartoffelanbau um 36 500 ha, seit 1956 um rund 51 000 ha oder etwas mehr als die Hälfte reduziert. Nachdem der Anbau von Zuckerrüben von 1962 bis 1964 reichlich 20 000 ha umfaßt hatte, ließen sich seit 1965 nur noch geringe Veränderungen feststellen. 1967 verringerte sich die Fläche lediglich auf 18 700 ha. Bei den Runkelrüben zeigte sich ein erneuter Rückgang um fast 1 000 ha. Die Fläche war 1969 aber noch etwas größer als 1967.

Die 1969 mit Futterpflanzen zur Hauptnutzung bestellten Flächen umfaßten 48 100 ha. Gegenüber dem Vorjahr wurden sie um weitere 1 000 ha eingeschränkt; die rückläufige Entwicklung scheint sich jedoch zu verlangsamen. Klee und Klee gras nahm mit 16 100 ha den größten Teil der Gesamtfläche in Anspruch, auf Luzerne entfielen 11 900 ha, auf Ackerwiesen und Ackerweiden 11 500 ha und auf sonstige Futterpflanzen 8 600 ha.

Dr. J. Töniges

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 335	3 635	3 637	3 639	3 642	3 659	3 664
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 568	2 141	2 434	4 070	1 651	2 098	2 624	3 714 ^p	1 844 ^p
* je 1 000 E.n.w. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,0	7,9	13,2	5,5	7,0	8,4	11,9 ^p	6,1 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	5 123	4 878	5 047	4 738	4 605	4 493	4 860	4 644 ^p	4 750 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,1	16,3	15,3	15,4	15,0	15,6	14,9 ^p	15,8 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 014	3 685	3 354	3 170	3 167	3 397	3 624	3 174 ^p	3 426 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	12,2	10,9	10,3	10,6	11,3	11,7	10,2 ^p	11,4 ^p
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	118	134	117	90	121	123
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,2	26,6	24,7	19,5	26,9	25,3
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 193	1 693	1 568	1 438	1 096	1 236	1 470 ^p	1 324 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	3,9	5,5	5,1	4,8	3,6	4,0	4,7 ^p	4,4 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	9 092	10 104	9 993	11 065	9 541	11 639
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	8 735	8 717	8 986	9 923	7 683	8 605
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	357	1 387	1 007	1 142	1 858	3 034
* Binnenwanderung ⁴⁾	"	9 508	11 172	12 396	12 430	13 539	9 692	11 800
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	18,3	9,4	8,4	7,5	4,9	4,7	4,7	4,5
* Männer	"	35,8	14,5	6,4	5,7	5,0	2,9	2,7	2,6	2,6
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	2 727	890	157	159	218	68	57	72	123
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	2 253	252	197	185	116	99	83	84
Offene Stellen	"	14 493	9 911	5 262	4 656	4 054	2 614	2 350	2 268	2 129
Männer	"	7 719	19 460	22 480	22 676	24 644	34 845	35 532	35 399	35 171
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	10 430	12 238	12 532	14 520	21 403	22 093	21 832	21 869
Bauberufe	"	386	342	366	338	763	367	489	447	827
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 911	2 352	2 428	2 833	3 051	3 026	2 861	2 824
	"	2 989	9 405	11 219	11 426	12 652	19 233	20 223	20 603	20 501
Landwirtschaft										
Viehbestand ⁵⁾										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	755	.	.	.	778	.	.	.
* Milchkühe	"	327	294	.	.	.	295	.	.	.
* Schweine	"	659	787	.	.	848	736	.	.	767
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	65	.	.	70	69	.	.	72
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	39	.	.	40	43	.	.	43
Schlachtungen von Inlandtieren ⁶⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	19	19	18	19	17	18	18	21
* Kälber	"	10	4	4	3	3	3	2	2	2
* Schweine	"	93	105	105	90	102	100	89	86	104
* Hausschlachtungen	"	28	25	12	9	12	10	8	7	11
Gesamtschlachtgewicht aus gewerbl. Schlachtungen ⁷⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,7	13,1	11,6	12,8	12,1	11,6	11,2	13,3
* Kälber	"	4,1	4,8	5,0	4,7	5,1	4,6	4,7	4,7	5,5
* Schweine	"	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
	"	5,6	6,6	7,7	6,7	7,5	7,3	6,6	6,4	7,6
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	88	92	93	81	95	92	87	80
* Milchlieferungen an Molke-reien	%	63,8	76,6	77,7	80,5	80,0	80,8	80,2	79,8	79,9
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,8	10,0	10,1	9,1	10,8	10,1	9,6	9,1

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 022	3 012	3 008	3 015	2 998	2 992 ^x	2 989	2 995
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	368	368	372	375	382	388	392	397
* Arbeiter 2)	"	274	278	278	281	284	289	294	297	300
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	44	46	44	46	44	48	45	50
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	350	357	350	341	403	408	392	405
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	232	240	237	227	268	276	264	273
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	118	117	113	114	135	132	128	132
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	128	118	118	119	121	122	112	114
Gasverbrauch	Mill. Nm ³	41	41	41	42	41	32	32	32	34
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	160	133	134	139	144	145	140 ^x	157
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	695	705	701	700	715	750	739	752
* Stromerzeugung 5)	"	138	311	268	281	283	295	300	298	304
* Umsatz 6) 11)	Mill. DM	789	1 773	1 824	1 791	1 949	1 952	2 163 ^x	1 888 ^x	2 263
* Auslandsumsatz	"	126	408	400	395	417	460	483	405 ^x	482
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962=100	70	164	158	156	175	194	179	173	191p
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	169	160	157	180	198	184	176	198p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	171	161	159	182	201	186	178	200
Energieversorgungsbetriebe	"	74	137	134	129	135	141	142	142	144p
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	69	179	176	173	188	207	196	193	209
Industrie der Steine und Erden	"	78	123	145	145	150	167	163	161	166
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	137	137	148	145	177	160	167	165
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	212	199	196	214	232	219	220	237
Investitionsgüter	"	69	201	181	171	220	275	233	193	248
Maschinenbau	"	81	187	162	142	223	255	207	135	222
Elektrotechnische Industrie	"	61	140	124	115	135	198	174	155	189
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	169	158	158	188	224	195	191	223
Verbrauchsgüter 8)	"	66	140	125	132	151	152	149	148	163
Holz verarbeitende Industrie	"	58	141	124	126	157	157	130	140	156
Schuhindustrie	"	71	113	103	122	123	70	115	124	128
Textilindustrie	"	84	160	141	128	179	231	201	172	195
Nahrungs- und Genussmittel	"	81	145	137	122	155	155	137	147	160
Bauhauptgewerbe	"	57	134	147	147	152	170	154	156	157
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1962=100	.	105	.	.	105	101
* Umsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	1962=100	.	140	.	.	136	148
* Handwerksumsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	"	.	140	.	.	136	140
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	234	181	217	233	220
Strombezug (brutto)	"	318	528	606	542	537	545	626	620	...
Stromabgabe (brutto)	"	375	749	775	747	759	753	824	786	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	107	85	77	85	74	73	68	70
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	90	93	93	93	93	94	94	93
Facharbeiter	"	30	48	50	50	50	52	52	51	50
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	28	28	29	29	27	28	29	28
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 Std.	10 407	12 751	15 489	14 706	14 381	14 193	15 382	14 184	14 863
* Wohnungsbauten	"	4 827	5 160	6 302	5 636	5 595	5 443	5 712	5 215	5 343
Landwirtschaftliche Bauten	"	269	292	402	416	385	317	328	301	294
Gewerbliche Bauten	"	1 799	1 906	2 153	2 145	2 078	2 138	2 301	2 125	2 260
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	3 512	5 393	6 632	6 509	6 323	6 295	7 041	6 543	6 976
Hochbau	"	923	1 285	1 493	1 502	1 419	1 440	1 534	1 447	1 631
Straßenbau	"	1 989	2 526	2 513	2 443	2 443	2 379	2 829	2 536	2 699
Sonstiger Tiefbau	"	2 589	2 119	2 613	2 494	2 461	2 476	2 678	2 560	2 646
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	1 000 DM	26 004	76 299	89 507	87 157	84 998	93 506	101 497	95 110	98 125
* Löhne (Bruttosumme)	"	24 021	69 081	82 416	79 965	77 782	85 387	93 215	86 730	89 729
* Gehälter (Bruttosumme)	"	1 983	7 218	7 091	7 192	7 216	8 119	8 282	8 380	8 396
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	"	75 761	196 397	179 318	192 018	215 405	244 231	242 646	245 574	288 324

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genussmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe, ab März 1969 vorläufige Ergebnisse. - 11) 1958 einschl. Umsatzsteuer; ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Juni	Jul	August	September	
Baugenehmigungen										
• Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 103	1 506	1 055	1 119	1 231	1 360	1 268	1 194
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	108,4	112,0	109,8	109,9	112,6	113,0	114,0	115,1
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	198	245	199	204	225	236	236	191
• Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	300	362	315	339	330	319	344	339
• Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 990	2 456	1 897	2 234	3 246	2 298	2 883	2 023
• in Wohngebäuden	"	929	1 151	1 434	1 153	1 192	1 296	1 373	1 395	1 142
• Wohnungen	Anzahl	2 724	2 408	2 936	2 298	2 752	2 560	2 793	2 961	2 185
• in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 186	2 635	2 096	2 529	2 338	2 536	2 723	1 992
Baupreise 2)										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	101	.	101	.	.	.	101	.
Ziegelmauerwerk	"	.	128	.	129	.	.	.	134	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	130	.	130	.	.	.	136	.
Leichttrennwand	"	.	126	.	126	.	.	.	133	.
Stahlbetondecke	"	.	116	.	116	.	.	.	123	.
Beton B 80 für Wände	"	.	127	.	128	.	.	.	134	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	114	.	115	.	.	.	120	.
Dachverbandholz liefern	"	.	102	.	102	.	.	.	109	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	132	.	134	.	.	.	140	.
Deckenputz	"	.	132	.	134	.	.	.	140	.
Außenwandputz	"	.	141	.	142	.	.	.	146	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	119	.	120	.	.	.	124	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	96	95	96	97	95	95	96	96
Umsätze	"	.	128	129	124	120	132	146	133	138
Waren verschiedener Art	"	.	196	202	181	169	175	218	192	186
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	118	122	122	108	125	132	128	121
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	118	121	99	104	107	136	109	119
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	121	119	126	124	126	147	137	157
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	124	109	107	106	108	121	122	124
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	111	105	103	115	146	147	117	142
Handel mit Berlin (West)										
• Bezüge	1 000 DM	5 493	13 939	14 121	14 427	16 127	20 637	25 193	20 316	24 336
• Lieferungen	"	14 040	37 011	34 453	34 128	38 397	32 496	37 470	34 086	39 799
Ausfuhr										
• Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	446,2	491,0	415,1	434,9	497,5	575,3	466,2	537,4
Nach Warengruppen:										
• Ernährungswirtschaft	"	4,8	14,5	17,2	13,8	15,6	17,3	19,7	13,5	16,5
• Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	431,7	473,9	401,3	419,3	480,2	555,6	452,7	520,8
• Rohstoffe	"	5,8	8,0	9,6	8,2	8,2	10,5	9,8	8,4	10,1
• Halbwaren	"	23,1	28,4	31,3	25,3	28,1	25,4	27,0	28,1	26,3
• Fertigwaren	"	111,5	395,3	433,0	367,8	383,0	444,4	518,9	416,2	484,4
• Vorerzeugnisse	"	59,5	167,1	186,4	154,1	163,7	184,5	204,3	172,7	208,3
• Enderzeugnisse	"	52,0	228,2	246,6	213,7	219,3	259,9	314,6	243,5	276,1
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
• EWG - Länder	"	41,0	167,0	178,7	144,1	171,5	205,3	231,6	168,6	207,9
Belgien - Luxemburg	"	9,5	28,9	31,6	27,6	30,1	38,7	37,8	32,2	36,5
Frankreich	"	9,6	67,0	69,7	52,2	70,1	82,3	96,8	59,3	83,0
Italien	"	9,6	34,6	38,4	29,3	33,4	44,3	53,9	39,0	43,6
Niederlande	"	12,2	36,5	38,9	35,0	37,3	40,0	43,1	38,0	44,7
• EFTA - Länder	"	36,4	98,7	105,5	91,1	92,3	100,8	116,4	103,3	120,3
Dänemark	"	3,4	11,4	9,8	11,8	10,6	10,3	11,6	12,2	13,5
Großbritannien	"	9,5	20,1	19,0	18,3	17,1	21,1	24,9	17,3	19,3
Österreich	"	6,8	19,6	21,3	18,3	20,7	18,1	24,2	21,2	26,9
Schweden	"	5,4	13,8	13,3	12,1	13,7	13,7	12,8	15,0	17,2
Schweiz	"	8,3	24,9	33,0	21,6	25,0	28,5	31,5	27,8	32,0
USA und Kanada	"	10,1	28,6	32,7	31,2	24,7	33,3	38,0	27,6	34,6
Ostblockländer	"	3,6	24,4	23,0	18,8	21,5	19,6	31,8	17,8	28,9
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	111	118	119	120	117	118	122	120
Teilbeschäftigte	"	.	157	165	162	184	172	192	184	207
Umsätze insgesamt:	"	.	133	160	162	163	154	166	175	168
Übernachtungen	"	.	156	274	260	230	229	282	285	281
Beköstigung	"	.	131	147	148	161	150	160	169	162
Fremdenverkehr in 241 Berichtsgemeinden										
• Fremdenanmeldungen	1 000	167	204	349	322	324	263	341	370	345
• Auslands Gäste	"	36	46	137	109	68	68	135	125	76

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile. - 2) Einschl. Umsatz- (Mehrwert-)steuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	764	1 488	1 300	1 146	1 041	1 383	1 480	1 260
* Auslands Gäste	"	68	102	341	254	132	157	351	300	159
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	325	537	488	456	425	493	525	484
Luftkurorte	"	43	45	90	79	74	74	108	106	89
Sonstige	"	327	394	861	733	616	542	782	849	687
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 982	3 295	3 256	3 053	3 213	3 598	3 541	3 380
Wagenachskilometer	"	104 960	119 692	134 138	129 582	123 066	131 859	149 209	143 667	139 018
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 270	1 427	1 378	1 313	1 405	1 603	1 541	1 496
Nettotonnenkilometer	"	293	377	395	380	385	414	457	436	454
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	61 288	71 190	65 753	65 548	64 083	74 248	65 959	75 139
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	3 049	3 652	3 514	3 108	3 492	3 737	3 507	3 513
* Gütereingang	"	811	1 481	1 705	1 643	1 457	1 731	1 772	1 740	1 715
* Güterversand	"	1 001	1 568	1 947	1 871	1 651	1 761	1 965	1 767	1 798
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	3 947	4 198	4 174	3 904	4 262	4 529	4 376	4 249
Ladung	1 000 t	2 938	2 924	3 055	3 134	3 012	3 396	3 627	3 292	3 281
Auslastungsgrad 2)	%	80	88	87	89	89	90	90	85	86
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 135	4 465	4 379	4 127	4 610	4 648	4 820	4 370
Ladung	1 000 t	893	1 608	1 748	1 800	1 739	1 717	1 749	1 755	1 569
Auslastungsgrad 2)	%	70	85	86	87	88	89	88	84	83
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 705	7 891	5 949	7 566	10 113	11 019	6 210	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	"	366	26	60	34	21	46	52	32	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	6 047	6 273	4 835	5 873	8 049	8 932	4 848	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	628	601	345	582	802	816	412	...
* Lastkraftwagen	"	346	499	541	352	518	655	717	481	...
Zugmaschinen	"	640	453	389	322	520	518	436	356	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	255	487	258	207	415	657	204	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderung Personen 3)	1 000	20 118	20 888	19 529	18 211	21 808	21 496	20 844	18 561	24 097
Allgemeiner Linienverkehr	"	19 451	19 899	18 353	17 181	20 650	19 258	18 995	17 253	21 418
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	663	632	611	719	1 641	1 290	849	2 181
Berufsverkehr 3)	"	233	605	601	598	614	585	661	589	666
Schülerverkehr 4)	"	}	.	58	31	13	1 054	629	259	1 514
Markt- und Theaterfahrten	"		2	0	1	1
Gelegenheitsverkehr	"		434	326	544	419	439	597	559	459
Ausflugsfahrten	"	99	79	148	107	120	145	154	108	123
Ferienziel-Reisen	"	.	1	2	3	1	2	3	6	1
Mietwagenverkehr	"	335	246	394	309	318	450	402	345	374
Wagenkilometer	"	7 991	9 420	11 150	10 442	10 587	11 257	11 887	10 908	12 002
Allgemeiner Linienverkehr	"	6 338	6 462	6 590	6 377	6 602	6 369	6 757	6 451	6 942
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	1 160	1 205	1 168	1 281	1 756	1 598	1 305	2 090
Berufsverkehr 3)	"	233	1 131	1 186	1 158	1 243	1 127	1 247	1 164	1 333
Schülerverkehr 4)	"	}	.	29	19	10	38	627	351	756
Markt- und Theaterfahrten	"		2	0	2	1
Gelegenheitsverkehr	"		1 420	1 798	3 355	2 897	2 704	3 132	3 532	3 152
Ausflugsfahrten	"	479	566	1 091	1 047	911	918	1 062	1 035	944
Ferienziel-Reisen	"	.	34	130	111	64	69	126	213	74
Mietwagenverkehr	"	941	1 198	2 134	1 739	1 729	2 145	2 344	1 904	1 952
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 418	6 853	7 185	6 836	6 729	7 167	7 406	6 902
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 752	2 022	2 008	1 995	1 951	2 013	2 024	1 983
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 666	4 831	5 177	4 841	4 778	5 154	5 382	4 919
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 952	4 120	4 391	4 056	3 977	4 424	4 583	4 122
über 1 000 DM 6)	"	.	714	711	786	785	801	730	801	797
* Getötete Personen 7)	"	68	97	105	105	106	100	125	107	117
* Verletzte Personen	"	1 913	2 490	2 939	2 874	2 864	2 806	2 878	3 015	2 825
Schwerverletzte	"	765	868	1 011	975	991	939	1 019	1 082	993
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	36 110	36 961	31 893	35 952	37 463	35 381	31 639	38 746
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 084	909	962	1 077	726	919	956	1 182
Telegramme	"	99	65	76	74	66	62	71	69	66
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	831 772	898 680	828 680	804 742	835 137	925 014	858 909	885 357
Lastschriften	"	460 840	832 210	898 938	828 383	804 605	825 021	933 792	856 888	884 362
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 891	15 374	12 955	11 176	12 334	15 160	14 159	13 552
Auszahlungen	"	5 296	10 430	13 144	11 879	11 818	12 144	14 161	12 925	14 089
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	818	1 064	1 054	1 055	1 057	1 078	1 080	1 080	1 081
Fernsehrundfunk	"	78	852	825	829	831	889	891	894	897

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 4) Ab Januar 1969 einschließlich freigestellter Schülerverkehr. - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken 2)	Mill. DM	3 307	13 370	12 671	12 825	12 989	15 531 ^r	15 759 ^r	15 941	16 216
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 507	3 260	3 289	3 402	3 878 ^r	3 922 ^r	3 950	4 010
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 445	3 220	3 243	3 342	3 775 ^r	3 831 ^r	3 863	3 947
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	62	40	46	60	103	91	87	63
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	9 863	9 411	9 536	9 587	11 653 ^r	11 837 ^r	11 991	12 206
* an Wirtschaft und Private 2)	"	1 551	7 507	7 163	7 262	7 288	9 487 ^r	9 661 ^r	9 796	10 004
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	2 356	2 248	2 274	2 299	2 166	2 176	2 195	2 202
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	12 512	11 609	11 753	11 908	13 745	13 751	13 799	13 892
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	4 107	3 774	3 839	3 934	4 804	4 777	4 745	4 811
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	3 383	2 982	2 994	3 127	3 921	3 910	3 856	3 937
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	724	792	845	807	883	867	889	874
* Spareinlagen	"	1 857	8 405	7 835	7 914	7 974	8 941	8 974	9 054	9 081
* bei Sparkassen	"	1 274	5 496	5 139	5 189	5 221	5 746	5 763	5 811	5 819
* bei Kreditbanken	"	.	981	917	924	932	1 059	1 060	1 070	1 068
* Gtschriften auf Sparkonten 3)	"	105	434	476	395	358	418	555	427	432
* Ltschriften auf Sparkonten	"	78	344	419	316	301	366	522	346	405
Zahlungsschwierigkeiten										
Bankkurse	Anzahl	13	12	9	11	7	12	14	10	11
Vergleichsverfahren	"	3	2	1	-	1	2	-	3	2
Wechselproteste 4)	"	2 860	1 969	2 184	1 763	1 672	1 967	2 166	1 860	1 955
"	1 000 DM	2 017	2 772	3 048	2 568	2 327	3 772	4 035	3 739	3 532
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	147 152	91 514	104 358	231 281	245 509	155 190	117 070	265 454
* Vermögensteuer	"	2 443	7 461	2 770	18 093	1 789	1 783	1 599	19 937	1 811
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	16 625	18 369	14 917	16 053	16 806	18 795	15 598	17 550
* Biersteuer	"	3 176	5 214	6 203	6 657	6 239	6 447	5 746	7 199	5 940
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	112 710	60 411	59 350	202 868	215 255	124 080	67 669	234 938
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	224 120	187 522	178 760	290 924	306 856	259 463	228 043	323 789
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	79 516	91 664	82 006	77 694	110 504	115 147	111 906	107 149
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	1 766	14 574	15 820	36 023	22 705	23 253	24 830	22 938
* Beförderungsteuer 7)	"	1 582	272	114	- 50	67	23	82	16	16
* Zölle	"	8 704	8 129	6 545	2 733	11 588	4 855	7 460	4 043	9 705
* Verbrauchssteuern	"	32 345	45 201	38 495	42 894	40 626	44 892	41 825	48 153	48 061
* Tabaksteuer	"	18 677	6 474	5 556	8 094	6 961	3 823	7 319	4 497	6 668
* Mineralölsteuer	"	2 522	6 528	7 107	6 530	6 854	7 489	8 891	8 139	8 226
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	66 195	35 479	34 856	119 145	115 906	66 812	36 437	126 505
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 220	1 034	12 409	815	967	1 201	12 052	927
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	178 905	95 890	94 206	322 013	331 161	190 892	104 106	361 443
* Lohnsteuer	"	19 833	79 948	61 240	74 232	84 472	72 837	86 788	83 142	93 646
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	62 652	24 766	9 766	162 353	175 305	17 217	10 370	171 792
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	7 173	3 098	6 187	302	2 712	65 846	7 287	963
* Körperschaftsteuer	"	13 065	29 132	6 786	4 021	74 886	80 307	21 041	3 307	95 042
* Gemeindesteuereinnahmen 8)	"	83 725	196 164	.	.	206 278	208 379	.	.	246 159
* Realsteuern	"	76 545	181 145	.	.	190 970	189 729	.	.	227 385
* Grundsteuer A	"	8 599	9 541	.	.	10 405	11 106	.	.	11 052
* Grundsteuer B	"	15 026	26 468	.	.	27 844	29 392	.	.	30 671
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	135 495	.	.	143 094	139 797	.	.	174 571
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 641	.	.	9 627	9 434	.	.	11 091
* Sonstige Steuern	"	7 180	15 019	.	.	15 308	18 650	.	.	18 774

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. Von Dezember 1968 auf Januar 1969 teilweise statistisch bedingte Zunahme infolge Neugestaltung der Bankenstatistik. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite; ab Januar 1969 einschließlich Landeswohnungsbautonds der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Nach bis zum 31.12.1967 geltenden Recht. - 8) Einschließlich Steuern der Kreise: Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	109	102	112	107
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	136	140	145	148
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	135	137	137	139
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	83	83	81	75	82	82
Straßenbahnen, Obusse und Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	...	85	81	77	76	88	86	81	...
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	32 342	31 868	31 656	31 956
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	360 074	337 456	338 268	342 832
Kurzfristige Kredite	"	32 530	82 889	78 143	76 482	77 503
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	277 185	259 313	261 786	265 329
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	283 017	255 852	255 815	259 069
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	119 135	104 080	102 841	104 833
Spareinlagen	"	36 065	163 882	151 772	152 974	154 236
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	129,6	131,5	133,8	135,7	143,4	144,6	138,8	144,0
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 799	11 402	7 610	7 582	8 409	13 671	9 017	9 336
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 745	7 507	3 419	3 489	3 294	8 623	3 856	4 009
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 141	1 985	2 213	2 281	3 017	3 054	3 065	3 261
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 913	1 910	1 978	1 812	2 098	1 994	2 096	2 066
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4) 10)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	99,8	97,7	98,6	99,7	104,8	105,3 ^p	106,3 ^p	105,5 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5) 10)	1962/63=100	88,1	105,9	102,4	101,6	101,7	103,4	103,9	103,2	103,1
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 10)	1962=100	97,2	99,3	98,9	98,9	99,0	100,6	100,8	101,1	101,5
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	120,8	.	.	121,5	125,7	.	.	128,0
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	96,2	.	.	96,8	99,8	.	.	101,5
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	229,9	230,3	229,9	229,3	236,2	237,0	236,6	236,6
"	1958=100	100	125,2	125,5	125,2	124,9	128,7	129,1	128,9	128,9
"	1962=100	92,7	116,1	116,3	116,1	115,8	119,3	119,7	119,5	119,5
Ernährung	"	93,0	110,8	112,2	110,8	109,4	115,5	116,2	115,5	114,8
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	111,1	110,6	111,2	111,4	111,5	111,5	111,5	111,5
Wohnung	"	82,0	147,4	147,2	148,4	149,0	160,0	160,8	161,3	161,6
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	115,6	113,3	114,6	115,0	114,3	114,8	114,9	115,4
Hausrat	"	97,7	102,6	102,7	102,7	102,7	102,8	102,8	102,8	102,9
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,0	112,0	112,1	112,9	113,0	113,1	113,2
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	119,9	119,5	120,3	120,4	121,4	121,3	121,4	121,5
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	125,3	125,0	125,3	125,2	127,3	127,4	127,9	129,8
Verkehr	"	93,2	116,6	116,2	116,3	116,7	116,7	116,7	116,7	116,6
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	141,6	.	145,7
Weibliche Arbeiter	"	67,8	147,0	.	149,7
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	146,2	.	149,0
Weibliche Arbeiter	"	66,4	150,3	.	152,8
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	96,9	.	97,8
Weibliche Arbeiter	"	102,0	97,5	.	97,7

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitt Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Ab 1968 Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).

AUSZUG AUS DEN VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" .., 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" .., 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM - Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.